Heft 8 August 1994 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Der Fall Reich-Ranicki: Der Spion, der unter die Pimpfe kam
- Fülberth: Fußnote zu Eppelmann
- FAZens Fischer fischt frische Faschos
- Berlin-Architektur: Nolte in Beton
- Tourismus 1: Sarajevo ruft
- Tourismus 2: Frühstück beim Führer

in konkret August 1994

von konkret

an konkret

Der Spion, der unter die Deutschen kam von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Von Sachen und Sachsen von Thomas Ebermann
Das ging recht flott: Kaum scheint sich ihr die Möglichkeit zu bieten, möchte die PDS auch schon »Verantwortung« tragen und »Regieren lernen«

An der Grenze von Georg Fülberth
Die Abwicklung der DDR hat die Enquete-Kommission des Bundestags auftragsgemäß erledigt. Die Seilschaft, die daran mitwirkte, hat eine neue Staatsideologie erarbeitet: den »antitotalitären Konsens«

Auswuchs von Wolfgang Schneider

Operativer Vorgang »Schwamm drüber« von Boris Gröndahl
Mit viel Engagement stritt man sich um den IM »Sekretär«, Manfred Stolpe. In der entscheidenden Frage besteht Einigkeit: Die DDR war ein Unrechtsstaat

Giftschrank der Nation von Otto Köhler
Am 1. Juli haben die Amerikaner den Deutschen das Berliner Document Center, mehr als zehn Millionen NSDAP-Mitgliedsakten, übergeben – nicht ohne zuvor den kompletten Bestand kopiert zu haben. Aus gutem Grund

FAZens Fischer fischt frische Faschos von Michael Schilling
Wie der Italien-Korrespondentder »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, Heinz-Joachim Fischer, den Deutschen die schönen Seiten am Faschismus erklärt

Totaler Konsens von Wolfgang Schneider
Der amerikanische Journalist David Binder ist der Frage nachgegangen, wer für den Granatenanschlag auf den Zentralmarkt von Sarajevo am 5. Februar dieses Jahres verantwortlich gewesen ist, der die deutsche Presse in einen ganz besonderen Kriegsbegeisterungstaumel versetzte

Die Wahrheit über Gorazde von Boris Gröndahl

Kriterium ihrer Seeligkeit von Thomas Neumann
»What's right?« – Die »FAZ« diskutiert die Erfordernisse der nationalen »Schutz- und Schicksalsgemeinschaft«

Jeder ist uns der nächste 29 von ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

Buch des Monats: Falsche Flagge von Georg Fülberth
Reinhard Hübsch/Friedrich-Martin Balzer (Hg.): »Operation Mauerdurchlöcherung«. Robert Neumann und der deutsch-deutsche Dialog. S2 Kultur SDR/SWF/Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger, Bonn 1993, 227 Seiten, 24.80 Mark

Mafia bolsche njet von Werner Pirker
Die Mafia und der russische Staat sind so sehr miteinander verschmolzen, daß man sie kaum noch auseinanderhalten kann. Mafia bolsche njet – es gibt keine Mafia

mehr

Ein Aufatmen geht durch mich von Michael Scharang
Eine Geschichte aus New York über zwei Weltereignisse: über Schuberts Neunte und Österreichs Referendum

Who's left
AtemübungenDie Vereinigte Sozialistische Partei

Kunst & Gewerbe

Ein Ruf nach Ordnung von Daniel Libeskind, Layla Dawson
Layla Dawson sprach mit dem Architekten Daniel Libeskind über die Planungen für die Reichshauptstadt, seine Auseinandersetzung mit Vittorio Lampugnani, dem Protagonisten der neuen Einfachheit in der Architektur, und über Libeskinds aufregenden Entwurf für das Jüdische Museum in Berlin

Schlüpferstürmer von Harald Fricke
Großer Bahnhof für den Konzeptkünstler Martin Kippenberger. Eine Retrospektive des »kalkuliert asozialen Arschlochs«, die in Potsdam gezeigt wurde, hat einmal mehr die Frage aufgeworfen, wen gezielte politische Unkorrektheit noch provoziert

»Fucking Culture« von Klaus Bittermann
Zu den scheußlichsten Begleiterscheinungen des bosnischen Bürgerkrieges gehört der Tourismus westeuropäischer Künstler nach Sarajevo

Rassismus & Normalität von Oliver Tolmein
Zwei neue Bücher des Historikers Karl Heinz Roth beschreiben die deutsche Geschichte unter Fixierung auf eine proletarische Klassenperspektive

Gut, daß es nichts kostet von Kurt Pätzold
Am 15. Juni ist das Bonner »Haus der Geschichte« eingeweiht worden, ein Museum, in dem die Bundesrepublik ihre Erfolgsgeschichte abfeiert. Der Historiker Kurt Pätzold hat sich darin umgesehen

Alle Menschen werden Schwätzer von Kay Sokolowsky
Hans Meiser und Ilona Christen umschlingen mit ihren nachmittäglichen Talkshows Millionen

Picknick mit dem Führer von Petra Brückner, Korbinian Pfaff, Paul Schwan
Hochsaison im Berchtesgadener Land: Mehr als 320.000 NS-Nostalgiker tummeln sich jährlich im ehemaligen »Führersperrgebiet« am Obersalzberg, um jener »unbeschwerten Zeit« nachzuspüren, als die Deutschen noch an allen Fronten siegten

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 08/94, S. 4

von konkret

Am 9. Juli hat das Zentrale Wahlbüro der PDS in »Neues Deutschland« darüber informiert, daß durch eine einstweilige Verfügung des Landgerichts Hamburg uns im Auftrag von Herrn Hermann L. Gremliza verboten worden ist, weiterhin den Titel »Opposition konkret« zu verwenden. Angeblich würden dadurch Namens- und Titelrechte (KONKRET) verletzt werden... Der Druck auf die PDS nimmt von vielen Seiten zu – Ausdruck unserer Erfolge. Die Verwendung der Worte »Demokratie«, »Sozialismus« und »Opposition« ist uns gerichtlich noch nicht untersagt worden...

Das ist wahr und der Schaden beträchtlich: Die PDS darf ihre Wahlkampfmaterialien, die sie mit dem Titel »Opposition konkret« bedruckt hat, nicht mehr verbreiten, PDS-Anhänger sind verärgert über die Zeitschrift KONKRET und deren Herausgeber. Beides wäre zu vermeiden gewesen. Wie und von wem, das mögen die »lieben Genossinnen und Genossen« entscheiden, denen das Zentrale Wahlbüro der PDS aus gutem Grund nicht die ganze Wahrheit über den Fall gesagt hat. Sie sei hier nachgetragen:

Am 11. Mai, also zu einem Zeitpunkt, an dem erst ganz geringer Schaden entstanden war und weiterer leicht abzuwenden gewesen wäre, wurde die PDS darüber informiert, daß der Titel (nicht das Wort!) KONKRET als Warenzeichen eingetragen und geschützt sei, und die Partei deshalb aufgefordert, dessen widerrechtliche Benutzung zu unterlassen. Das mußte sein, denn es ist durchaus nicht in das Belieben des Inhabers eines Titelrechts oder Warenzeichens gestellt, ob er für dessen Schutz in jedem einzelnen Fall sorgen will oder nicht. Tut er es in einem Fall nicht, können andere, die sich des Titels bedienen wollen (versucht haben es mit KONKRET schon Dutzende, von katholischen Jugendgruppen bis zu Verlagen von Computerzeitschriften und Wörterbüchern), unter Hinweis auf die geduldete Benutzung vortragen, der Titel sei, weil auf dem Markt nicht durchgesetzt, frei für jeden. Seit vie-len Jahren gibt der Verlag der Zeitschrift KONKRET Sonderhefte wie LITERATUR KONKRET, SEXUALITÄT KONKRET, SPORT KONKRET etc. heraus und plant für 1995 zum fünfzigsten Jahrestag der deutschen Kapitulation das Heft WIDERSTAND KONKRET, muß also unbedingt darauf achten, daß es nicht zu Verwechslungen (etwa mit Veröffentlichungen unter dem Titel OPPOSITION KONKRET) kommen kann.

Anstatt – als Verursacher der Abmahnung – um ein Gespräch zu bitten und Vorschläge zu einer vernünftigen Regelung zu machen, ließ der PDS-Vorstand einen mehrfach für die »Taz« gegen KONKRET erprobten Anwalt den Titelanspruch am 18. Mai höhnisch abweisen. Etwa zur gleichen Zeit begannen Publikationen aus dem PDS-Umkreis damit, die politische Kritik, die KONKRET-Autoren am großen vaterländischen Propagandakrieg um die Kandidatur des Grafen Einsiedel geübt haben (siehe dazu das ausführliche Streitgespräch mit André Brie und Joachim Bischoff im Juli-Heft von KONKRET), mit persönlichen Diffamierungen und geschäftsschädigenden Behauptungen zu beantworten. KONKRET, dessen Herausgeber in solchen Pamphleten »Psychopath« und »Amokläufer« genannt wurde, durfte nach alledem getrost davon ausgehen, daß die PDS weniger an einer Vereinbarung als an einer juristischen Klärung interessiert war. Die hat das Hamburger Landgericht Ende Juni herbeigeführt, und, wie zu erwarten, anders als der von einem Anwalt der »Taz« und also schlecht beratene PDS-Vorstand erwartet hatte.

Erst als die einstweilige Verfügung zugestellt war, versuchte die PDS durch Jürgen Reents, den Sprecher ihrer Bundestags-Gruppe, der zugleich Autor der Zeitschrift KONKRET ist, eine Vereinbarung vorzuschlagen, wonach die Partei, wenn sie bis zum 16. Oktober über den Titel »Opposition konkret« frei verfügen könne, ihr Bedauern erklären könne, nicht vor der einstweiligen Verfügung des Landgerichts über die Rechte am Titel KONKRET verhandelt zu haben.

Es wurde dem Vermittler geantwortet, daß dieser Vorschlag, der nur zu Lasten des Geschädigten gehe, nicht akzeptabel sei. Er möge seinem Parteivorstand dennoch ausrichten, daß KONKRET bereit sei, mit der PDS über die Bedingungen für die Einräumung einer sog. Aufbrauchfrist, innerhalb derer bereits ausgedruckte Broschüren etc. weiterverwendet werden könnten, zu verhandeln. Noch sei es für eine vernünftige Regelung nicht zu spät.

Keine Antwort, kein Anruf, keine Rückfrage. Am Tag darauf erschien in »Neues Deutschland« die zitierte Erklärung des Zentralen Wahlbüros. Darin von dem Angebot kein Wort. Die Wahrheit ist immer konkret, sagt Brecht.

»Jeder ist uns der Nächste« II, die vollständige Dokumentation der in KONKRET veröffentlichten Chronik rassistischer Gewalttaten des Jahres 1993 in der BRD ist erschienen und kann für 15 Mark vom Archiv für Sozialpolitik, Brönnerstraße 9, 60313 Frankfurt/M., bezogen werden.

Vom 11.8. bis 10.9. findet in der Galerie am Pfaffenteich in Schwerin die Ausstellung »Standort Auschwitz« mit Bildern des Malers Christoph Krämer statt.

Zum Vormerken: Die erste Versammlung der Beteiligten an der KONKRET-Kommanditgesellschaft findet am 24. September von 12 – 18 Uhr in Hamburg statt. Persönliche Einladung folgt Mitte August.

Konkret 08/94, S. 6

an konkret

Zuspruch

KONKRET 6/94: »Auf gut deutsch« von Annas / Hagemeyer / Gottschalk + 7/94: »Herrschaftszeiten«

Es ist nicht zu übersehen, daß und wie KONKRET seine Vorurteile pflegt. Im Hinblick auf das »Mafia-Plakat« und das entsprechende Computerspiel gilt allerdings: Wo Sie recht haben, haben Sie recht!

Herta Däubler-Gmelin

stellvertretende Vorsitzende der SPD

Bonn

Heillose Verrottung

KONKRET 7/94: »Kungelkurs und Widerstand« von Sahra Wagenknecht

Mir gefällt diese angenehme Mischung von Ernst und Unterhaltung in Ihrer Zeitschrift jedesmal von neuem. So war es im Juli-Heft besonders erfrischend, nach dieser so ernsten Debatte über den Nationalismus der PDS, gleich auf den darauffolgenden Seiten den schönen Beitrag von Frau Wagenknecht zu lesen. Dieses verbissene Festhalten an Wahrheit und Fakten und dergleichen, das strengt doch etwas an. Hier hingegen entstand diese angenehme Mischung von Fug und Unfug, die mich trotz der Ernsthaftigkeit des Themas doch auch erfreute.

Besonders gut hat mir im Beitrag von Frau Wagenknecht das Wort von den »Rechtfertigungsbedürfnissen gewisser Herbst-Akteure« gefallen. Diese »gewissen« nicht »Kreise«, sondern »Herbst-Akteure« zu nennen, dazu bedarf es schon sprachlicher Kreativität und das an einem Punkt, wo es doch ein Leichteres gewesen wäre, auf das alte Bonmot von den »Novemberverbrechern« zurückzugreifen.

Ich bewundere den Mut, mit dem Frau Wagenknecht den Nachruf auf den toten Erich Honecker zur Abrechnung mit dem DDR-Sozialismus werden läßt. So, schreibt sie, »gibt es keinen Grund, gesellschaftliche Rückschläge in Fortschritte umzulügen«. Und beginnt sofort schonungslos: »Die DDR war das friedfertigste und menschenfreundlichste Gemeinwesen, das sich die Deutschen im Gesamt ihrer bisherigen Geschichte geschaffen haben.« Mir imponiert die offene Härte dieser Kritik. Beruhigt möchte man daran denken, daß die Deutschen die DDR trotz des »Gesamt ihrer bisherigen Geschichte« auch wieder abgeschafft haben, aber hier läßt Frau Wagenknecht doch einige Vorzüge der DDR zu schnell vergessen. Nun gut, die DDR war friedfertig und menschenfreundlich, aber brachte sie nicht gerade auch unter Erich Honecker den (Nah-) Ostdeutschen die Freiheit zur Selbstverwirklichung wieder? Welcher deutsche Mann träumt nicht davon, unter den schmissigen Klängen von Marschmusik im Stechschritt durch Berlin zu marschieren? War es nicht die DDR, die diese Träume lebendig erhielt bzw. wiederbelebte? Lag hier nicht viel vom deutschen Traum, in dieser angedeuteten Symbiose von preußischen Traditionen und Tugenden mit einem deutschen Sozialismus, geschaffen von ganzen Männern? Es ist zumindest ein kleiner Verdienst der DDR, ihr Scherflein dazu beigetragen zu haben.

Sehr berechtigt ist wiederum die Kritik Frau Wagenknechts an der Abschaffung des Ulbrichtschen Leistungsprinzips durch Herrn Honecker und des Ersetzens durch »opulente Sozialabgaben, die jedem Mitglied der Gesellschaft – ob faul ob fleißig, ob begabt ob unvermögend – in gleicher Höhe zugute kamen.« Solche empörenden Maßnahmen richten jeden Staat zugrunde und leisten dem Sozialschmarotzertum Vorschub. Die folgende Wirtschaftsanalyse ist einfach brillant: »Um die üppigen Sozialleistungen zu finanzieren, mußte die Akkumulationsrate gesenkt und eine zunehmende West-Verschuldung in Kauf genommen werden.« Aber nicht nur »westliches Kapital«, sondern auch »westliche Denkinhalte« kamen ins Land, und wie das ausging, ist ja besser bekannt: Die Abschaffung des Leistungsprinzips und zu üppige Sozialleistungen auch an Faule und Unvermögende. Das ist marxistische Analyse, das ist wunderbar!

Stephan Linck

Kiel

Die Behauptung, »es war die DDR, die den westzonal wiedererstandenen Imperialismus über vierzig Jahre daran gehindert hat, im Inneren und in der Welt zu tun und zu lassen, wonach ihm gelüstete«, ist überzogen. Tatsächlich stellten die Sowjetunion mit dem ganzen Ostblock, aber auch Verbündete der BRD weit größere Hindernisse für den deutschen

imperialistischen Expansionsdrang dar. Zu Ulbrichts Reformprogramm bemerkt Wagenknecht, es wäre ohne den 13. August 1961 »undurchführbar geblieben«. In Wahrheit wurde es aber auch mit ihm nicht realisiert, sondern abgebrochen, da mangels Demokratie im Lande der bürokratische Widerstand zu mächtig war. Am Ende der 60er Jahre haben Honecker und die Politbüromehrheit dann weniger sowjetische Aktivitäten gegen Ulbricht unterstützt, als die Abneigung der Breschnew-Gruppe gegen jede Reform ausgenutzt, um das Ja dieser Gruppe zu Ulbrichts Sturz zu erwirken.

Schließlich merkt die Autorin an, dem »sowjetischen Kungelkurs« habe sich Honecker dann entgegengestellt, als dieser »die Übergabe der DDR in seine Kompromißerwägungen einzubeziehen begann«. Sie vergißt, daß die DDR-Übergabe seit Stalins und Berijas Zeiten immer wieder erwogen wurde, also nichts Neues war. Auch wandten sich Honecker und die Seinen vor allem gegen jene Gefahren, die mit Glasnost und Perestroika, der Forderung nach Wahrheit in Geschichte und Politik sowie nach Mitbestimmung der Massen ihrem Regime drohten. Zum traurigen Ende des »Realsozialismus« hat keine Verschwörung von Finsterlingen in Moskau oder anderswo geführt. Es war die heillose Verrottung der herrschenden bürokratischen Systeme, die die Kapitulation vor dem Kapital, die Öffnung der DDR-Grenze per ZK-Beschluß, mit sich brachte.

Manfred Behrend

Berlin

Daß der Mauerbau für den Weiterbestand der DDR eine Notwendigkeit war, läßt sich nicht bestreiten. Ob jedoch das Ende, das die »Maßnahmen zur Grenzbefestigung im August einundsechzig« dem »lästigen Einwirken des feindlichen Nachbarn« gesetzt haben, wirklich »überfällig« war, halte ich doch für sehr fraglich.

Diese DDR dann als das »friedfertigste und menschenfreundlichste Gemeinwesen, das sich die Deutschen im Gesamt ihrer bisherigen Geschichte geschaffen haben« zu bezeichnen, ist allerdings unerträglich. Jeder Mensch hat das Recht, sich seinen Aufenthaltsort frei zu wählen. Dieses Recht ist in der DDR mit noch härteren Mitteln unterdrückt worden als in der alten und neuen Bundesrepublik.

Peter Alberts

Münster-Albachten

Lieber mit dem Erbfeind

KONKRET 7/94: Kunst & Gewerbe

Die Titulierung Baudrillards als »Sesselfurzer« scheint mir weniger von französischem Esprit als vielmehr von deutschem Humor zu zeugen. »Nichts wird dem deutschen Humoristen zum größeren Erlebnis als die Vorgänge der Verdauung«, bemerkte einst ein nicht ganz unbedeutender Humorkritiker; und die ergänzende Beobachtung, daß das Wesen des deutschen Humors darin bestünde, »dem Betrachter eine Belustigtheit aufzudrängen, die er selbst dann nicht mitmachen könnte, wenn er auch nur imstande wäre, ihre Ursache zu ergründen«, scheint mir Eure Polemik trefflich zu charakterisieren. Da halte ich’s dann doch lieber mit dem Erbfeind.

Michael T. Koltan

Freiburg/Br.

Konkret 08/94, S. 9

Hermann L. Gremliza

Der Spion, der unter die Deutschen kam

Vergessen Sie nicht, wir, meine Frau und ich, haben den Holocaust überlebt... Vergessen Sie nicht, Auschwitz war noch nicht befreit... Sie dürfen nicht vergessen, daß die deutschen Behörden in Polen alle Schulen verboten hatten... Und vergessen Sie nicht: Ich verdanke der Roten Armee mein Leben.

Sie haben es, wenn je gewußt, längst vergessen, die Redakteure der Bürgerpresse, die der Delinquent anläßlich der Interviews genannten Verhöre, denen sie ihn unterzogen, so flehentlich beschwor. Was, Reich-Ranicki, haben Sie gemacht damals, als unser Herausgeber, ein Leutnant des Führers, tief in Rußland jene Front hielt, hinter der die Gasöfen friedlich brannten? Und als wir im Westen Deutschlands mit den alten Kameraden wieder Staat zu machen begannen, verdiente Männer der SS und der Gestapo zu ziviler Tätigkeit in der Regierung oder auch in der Redaktion eines be-kannten deutschen Nachrichten-Magazins umerzogen? Wie bitte, Sie haben die Rote Armee herbeigesehnt? Sind Kommunist geworden und Capitan des polnischen Geheimdiensts? Und haben uns, die wir Sie, den polnischen Juden, dennoch aufgenommen und befördert haben, diese Verbrechen sechsunddreißig Jahre lang verheimlicht? »Wofür hat MRR die (polnischen) Orden erhalten?« fragt das Bilderblatt »Focus« spitz und antwortet durchbohrend: »Zu einer Stellungnahme war er nicht bereit.«

Andere bemühen sich um Fairness. Rolf Hochhuth erklärt in der »FAZ«, es sei Reich-Ranickis »Ehrenpflicht« gewesen, in den Geheimdienst »seines Vaterlandes« einzutreten, weil nämlich Geheimdienst eigentlich immer eine prima Sache sei, wie man vor allem an Canaris sehe, dem Abwehrchef von Hitlers Wehrmacht. »Zeit«-Redakteur Greiner, dessen Verleger Helmut Schmidt einst auch als Hauptmann am Wolgastrand zu verhindern sich mühte, daß die Rote Armee den Marcel Reich und seine Frau befreite, erweist sich als generös genug, einem »dem Warschauer Ghetto entkommenen Juden, 24 Jahre alt, ohne Brot im Bauch und Dach überm Kopf«, einem mit Armut, Hunger, Obdachlosigkeit, Unreife und der falschen Rasse Entschuldigten den roten Fehltritt doch noch einmal nachzusehen. Es gibt cholesterinarme Margarine und Leberwurst, im Feuilleton gibt es auch einen Du-darfst-Kommunismus.

Und einen Du-darfst-nicht-Journalismus, der darüber wacht, daß der dem Warschauer Ghetto entkommene Jude, 24 Jahre alt, ohne Brot im Bauch und Dach überm Kopf, später unsere Großmut nicht überstrapaziert. »Er hatte das Recht, den Deutschen Rechenschaft zu verweigern«, schreibt das neue Deutschland im »Neuen Deutschland«, aber »er hat es verwirkt, als er Persönlichkeitsrechte, die er für sich beansprucht, bei anderen gröblich verletzte«. Das Recht des dem Warschauer Ghetto entkommenen Juden, 24 Jahre alt, ohne Brot im Bauch und Dach überm Kopf, den Deutschen die Auskunft und Rechenschaft zu verweigern, wird im Fall mangelhaften Betragens widerrufen.

Reich-Ranicki ist Teil des Feuilletons und damit Teil des Problems: »Bin ich als Jude, der ich 1938 nach Polen deportiert wurde und jahrelang im Warschauer Ghetto und später außerhalb des Ghettos unter deutscher Bestialität gelitten habe, bin ich ausgerechnet der deutschen Öffentlichkeit Auskunft und Rechenschaft schuldig darüber, was ich noch während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren als polnischer Staatsbürger in der polnischen Armee und in polnischen Behörden getan habe?« Sein Recht, ausgerechnet der deutschen Öffentlichkeit Auskunft und Rechenschaft schuldig zu bleiben, verteidigt er, indem er ausgerechnet der deutschen Öffentlichkeit Auskunft und Rechenschaft gibt über die Lage des dem Warschauer Ghetto entkommenen Juden, 24 Jahre alt, ohne Brot im Bauch und Dach überm Kopf.

Was ihr den Geist der Zeiten heißt, das ist im Grund der Herren eigner Geist, und die herrschende Meinung ist die Meinung der Herrschenden. Die ausgerechnet deutsche ist die ihrer Bürgerpresse, ihres Fernsehens, ihrer »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« und ihres langjährigen Literaturredakteurs Reich-Ranicki. Sie ist es, die jetzt von ihm verlangt, was er von jedem Autor verlangt hat, der es mit dem Kommunismus zu halten schien: daß er eine triftige Entschuldigung für seine Verirrung vorlegt. Er war es, der ihr in tausend Buchkritiken das Recht gegeben hat, jedermann und also jetzt auch ihn abzustrafen, wenn er der Bourgeoisie zeitweilig den Dienst verweigert hat.

Und ausgerechnet Reich-Ranicki, der der deutschen Öffentlichkeit keine Antwort und keine Rechenschaft schuldig ist und sein wollte, antwortet und rechtfertigt sich: Er habe eben damals noch »an den Kommunismus geglaubt«, seinen »Irrtum« noch nicht »erkannt«, sei noch »verblendet« gewesen; als Hauptmann des polnischen Geheimdiensts, der wohl »alles in allem« schon zu seiner Zeit eine »kriminelle Organisation« gewesen sei, habe er entweder »nichts, buchstäblich nichts« getan, nur »harmlose Berichte« geschrieben und »niemandem geschadet«, obwohl er andererseits – »Ich war Kommunist und hielt das für meine Pflicht« – seine Tätigkeit für den Geheimdienst noch heute »nicht bedauert«.

Was heißt das? Was bedauert er nicht?: Seine Pflicht als Kommunist getan und den sozialistischen Staat geschützt oder diese Pflicht bei harmlosem Nichtstun vergessen zu haben? Reich-Ranicki teilt das Schicksal aller Angestellten, die in der

Bedrängnis nur ihre Haut und dennoch auch ein bißchen Ehre zu retten versuchen. Weil er vor sich nicht als Lump und vorm »Spiegel« nicht als verdächtiges Subjekt dastehen will, geschieht ihm beides.

»Mut und Charakterfestigkeit gehören nicht zu den hervorstechenden Tugenden der geschätzten Autorin«, hat Reich-Ranicki vor Jahren über die Schriftstellerin C. Wolf geschrieben. Wie aber sollte sie, die ihm und seinen Kollegen ausgesetzt ist, Tugenden entwickeln oder bewahren, die zu entwickeln oder bewahren ihm und seinen Kollegen auch nie erlaubt wurde? Acht Jahre ist es her, da mußte Reich-Ranicki zusehen, wie seine Vorgesetzten im Feuilleton »meiner geliebten FAZ« den Nazi-Historiker Ernst Nolte die Bestialität entsorgen ließen, die den Marcel Reich ins Warschauer Ghetto gebracht hat. Das äußerste, was der einst zu den Kommunisten Gegangene diesmal zustandebrachte: Er bedauerte den Vorgang in seiner Antwort auf die Umfrage der »Süddeutschen Zeitung« zum Jahreswechsel. Dies nie zu vergessen, brauchte er seine Herausgeber nicht zu mahnen.

Wenn sie zu Boden gestreckt ist von der Konkurrenz, kommt es vor, daß eine gekränkte Betriebsnudel die Wahrheit über das Geschäft verrät: Nicht in den Kulturteil, sondern »in die Rubrik Berufliches/Soziales« gehöre, was der Karasek zum Fall Biermann jüngst gesagt habe, schreibt der Biermann und hat Recht, weil in die Rubrik Berufliches/Soziales einfach alle gehören, die der Betrieb preist oder preiskrönen läßt, der Karasek, der Reich-Ranicki und allen voran der Biermann, der seinem Wohltäter blitzschnell in den Hintern trat, als erkennbar wurde, daß dieser Preisverleiher seinen letzten Preis verliehen hatte.

Reich-Ranicki war des Betriebs bester Mann für den Teil der Rubrik Berufliches/Soziales, den sie Literatur/Literarisches Leben nennen. Keiner hat wie er auf alle künstlerischen Flötentöne gepfiffen und den Literaten den politischen Marsch geblasen. Zum Einstand im westlichen Betrieb hat er sich »von der marxistischen Literaturtheorie wegen ihrer fragwürdigen Engstirnigkeit distanziert. Jetzt schrieb ich lobend über Böll...« Später wies er den 68er-Literaten den Weg, indem er die eine Novelle von M. Walser »belanglos, schlecht, miserabel« nannte, die nächste aber »ein Meisterwerk«, wobei jeder wußte und auch wissen sollte, daß zwischen den beiden Werken kein weiterer Unterschied bestand als der, daß sich der Walser nach dem Verriß des ersten von der kommunistischen Partei abgewandt hatte. Reich-Ranicki hat Autoren von links oder aus der DDR herübergepriesen, wenn sie aber nicht kamen, ihre nächsten Arbeiten niedermachen lassen. Drei Lyriker, die für den Literaturredakteur nicht existierten, sahen ihr erstes Gedicht am Tag nach ihrem Austritt aus der DKP in der »FAZ« gedruckt.

Marcel Reich-Ranicki hat sich, kurzum, wie kein zweiter um die bürgerliche Erziehung der deutschen Intelligenz und also um Deutschland verdient gemacht. Das ist viel für einen, der einst etwas war, womit man sich um Deutschland nicht verdient machen kann: Pole, Kommunist und Jude. Als es herauskam, stellte ihn eine garantiert doppel-arische Frau Krone-Schmalz im Fernsehen vor: »Er ist Kritiker und Jude.« Aus Polen konnte er auswandern. Aus der Partei konnte er austreten. Gegen den Rest helfen heute Überstunden als Erzieher so wenig, wie Anfang der dreißiger Jahre den deutschnationalen jüdischen Frontkämpfern, die sich bei der SA um die Teilnahme am gemeinsamen Kampf gegen Rotfront bewarben, ihr im Weltkrieg erworbenes EK II geholfen hat. Wird der Ju-de dazu noch – außerhalb seiner Frankfurter Kernarbeitszeit – gegen ihren Nolte frech, nehmen sie die nächste Gelegenheit wahr. Der Kritiker ist in Not. Die Herausgeber genießen und schweigen.

P.S.: Ich habe vor 18 Jahren in KONKRET gegen den Literaturredakteur der »FAZ« polemisiert. Ich habe am Ende dieser Polemik Worte gebraucht, die ich nie hätte gebrauchen dürfen. Herr Reich-Ranicki wird sich erinnern. Ich hätte ihn schon längst um Entschuldigung bitten sollen.

Konkret 08/94, S. 10

Herrschaftszeiten

Vorwärts 1

Wolfgang Roth, Anfang der siebziger Jahre Vorsitzender der Jungsozialisten in der SPD und Verfechter der innerparteilichen »Doppelstrategie«, der gesellschaftlich einfachen »Strategie systemüberwindender Reformen« sowie einer »antikapitalistischen Strukturreform«, später Bundestagsabgeordneter der SPD, dann wirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion und zuletzt Direktor der Europäischen Investitionsbank, ist kurz vorm Ziel: Er hat beim Bundestag den revolutionären Antrag gestellt, neben seiner Direktoren-Pension später auch seine Altersentschädigung als Bundestagsabgeordneter zu erhalten. Einstige Genossinnen und Genossen der diversen Juso-Flügel, die Reformistin Heidi Wieczorek, der Stamokap-Kandidat Klaus-Uwe Benneter, der Doppelstratege Karsten Voigt, der Antirevisionist Gerhard Schröder und der Reformer Norbert Gansel sind im Streit, ob Roths Erfolg schon als »systemüberwindende Reform« oder als »antikapitalistische Strukturreform« oder einfach bloß als »spitzenklassiges Vorbild« zu bewerten ist.

Vorwärts 2

Peter Glotz ist seit zwanzig Jahren der »Vordenker der SPD«, der man das auf den ersten Blick gar nicht ansieht. Aber vielleicht ist gerade dies das Geheimnis, denn wie die Partei aussehen wird, wenn sie Glotzens jüngster Forderung »Wir müssen umdenken« nachgekommen ist, hat man praktisch schon vor Augen. Glotz also:

Wir brauchen junge Unternehmer. Ich spreche besonders die Turnschuh-Generation an. Also junge Leute, die derzeit nicht genügend gefördert werden, um die gleichen Chancen zu haben wie Jungunternehmer in den USA.

Wir brauchen neue Finanzierungsstrukturen und Steuererleichterungen für neue Unternehmen. Eine bessere Beratung und vor allem Risikokapital. Wir brauchen also eine kulturelle Revolution. Der Staat sollte sich vor allem auch die Probleme der Regulierung und Deregulierung vornehmen. Aber es geht auch um den Rundfunkstaatsvertrag, um neue Lehr- und Lernprogramme. An vielen Punkten müssen wir umdenken. Unser Programm könnte ich mit Kurt Biedenkopf, Lothar Späth und auch mit Joschka Fischer sofort realisieren. Mit Helmut Kohl dürfte das nicht funktionieren.

Wählt Kohl!

Ganz normal 1

Die Erben der Erfurter Firma J.A.Topf & Söhne, die unter anderem für Konzentrationslager der Nationalsozialisten Krematoriumsöfen produzierte, wollen ihr ehemaliges Eigentum zurück. Wolfgang Storck, stellvertretender Leiter des Erfurter Amtes für offene Vermögensfragen, bestätigte entsprechende Anträge. Bei den Ansprüchen gehe es um die Firma und um einen Park. Für die Sprecherin der Erben, Dagmar Topf, »geht es um einen normalen Grundstücksstreit in den neuen Ländern«. Da die Chancen auf diesem Weg nach Storcks Meinung nicht sehr groß sind, ein vertraulicher Tip an Dagmar Topf: Versuchen Sie als »Opfer des Stalinismus« auf die Liste der Gesellschaft für das bedrohte Volk zu kommen. Und wenn es dann in Ihrem Park noch eine Thälmann-Büste abzuräumen gibt, kann nichts mehr schiefgehen.

Ganz Normal 2

Jedes Töpfchen findet sein Deckelchen, und so mußte die Dagmar Topf ihren Hartmut Soell, Universitätsprofessor in Heidelberg und Abgeordneter der SPD im Bundestag, nicht lange suchen. In der Debatte zum Bericht der Eppelmann-Kommission, die aber nicht herausfinden sollte, seit wann und wie der Berufspazifist und spätere Verteidigungsminister für die CIA gearbeitet hat, machte Soell seiner Dagmar Mut:

Ich möchte etwas an die Adresse der Teile der westdeutschen Öffentlichkeit, auch der Intellektuellen, sagen, die meinen, man dürfe noch nicht einmal vergleichen, geschweige denn gleichsetzen. Es gibt Dinge, wo die SED und die Stasi als ihr Schild und Schwert tatsächlich perverser gehandelt haben, als dies im Dritten Reich geschah, wenn das sicherlich auch nicht als Votum für die Praktiken der Nazis mißverstanden werden soll. Ich meine die Tatsache, die uns Jürgen Fuchs in der Anhörung im Reichstag sehr drastisch geschildert hat. Heinz Brandt, ein ehemaliger Kommunist, Überlebender von Auschwitz, hat gesagt, daß man sich in der Haft in der DDR isolierter gefühlt habe. Das heißt, die Zerstörung der Solidarität der politischen Opponenten und der politischen Häftlinge war etwas, was im Grunde schlimmer war als im Dritten Reich, wo die Solidarität der »Politischen« ein ganz entscheidendes, ein existentielles Mittel des Überlebens war ...

Nein, Dagmar Topf, mit dem Soell wollen wir Sie nicht einmal vergleichen, geschweige denn gleichsetzen.

Perestrojka 1

Nach einer Untersuchung der deutschen Lazarsfeld-Gesellschaft wollten im Juni nur noch 11,3 Prozent der Russen ihre Stimme Boris Jelzin geben. Im April hatten ihm 58,7 Prozent das Vertrauen (oder wie man das nennt) ausgesprochen. Premierminister Tschernomyrdin liegt jetzt bei 2,6 Prozent. 44 Prozent wollen keine der bestehenden Parteien mehr wählen. Die Auflösung der Sowjetunion halten 80 Prozent der sog. Kommunisten und der Nationalisten, aber auch 54,3 Prozent der sog. Demokraten für falsch. Nur 27 Prozent der Russen glauben, daß sich die wirtschaftliche Lage in absehbarer Zeit verbessern wird. Dafür vertraut jeder zweite Russe auf die Kirche. Für die, die auf Gorbatschow gebaut haben, das kleinere Risiko.

Perestrojka 2

Zwischen 1989 und 1991 ist die Sterberate von Männern zwischen 15 und 24 Jahren in der ehemaligen DDR um 40 Prozent gestiegen. Gegenüber »Focus« deutete Hans-Joachim Maaz, Psychotherapeut aus Halle, die Zahl so: »Psychosomatische Krisen wie Herz- und Kreislauferkrankungen tauchten schon sehr früh bei jungen Menschen aus der ehemaligen DDR auf. Im Sozialismus wurden psychische Probleme einfach totgeschwiegen.« Im Kapitalismus, der »Focus« und redende Psychotherapeuten in Halle hat, wird nicht mehr totgeschwiegen. Es wird gestorben.

Die neue Bundeswehr: Flügellahmes Friedenstäubchen oder stählerner Adler?

Plakat der Jungen Union in Hamburg für einen »Talk mit Volker Rühe«

Sag, wer mag das Männlein sein

Wolf Biermann, früher Sänger, wirkt zur Zeit als diejenige Instanz,welche festlegt, wann es recht war, Kommunist, ja Stalinistzu sein, wann nicht. Einziges Kriterium: Wann Biermann selbstund wann Reich-Ranicki Kommunisten oder Stalinisten waren,wann nicht. Diesem Gerechtigkeitssinn versucht der nachfolgendeText einen Sinn zu geben.

Unter dem Eindruck
eines deutschen Volkssängers
reduziert sich ein deutsches
Volkslied auf die Frage:

Ein Biermännlein steht im Blätterwalde
ganz schrill und dumm,
es hat von lauter Geifer
ein Mäntlein um;

sag, wer mag das Männlein sein,
das im Wald geht aus und ein
mit dem nach dem Wind
gehängten Mäntelein?

Die Antwort finden Sie, nachdem
nächstens der Wind sich gedreht
haben wird, in der nächsten
Ausgabe des deutschen Waldes.

Michael Scharang

Konkret 08/94, S. 12

Thomas Ebermann

Von Sachen und Sachsen

Das ging recht flott: Kaum scheint sich ihr die Möglichkeit zu bieten, möchte die PDS auch schon »Verantwortung« tragen und »Regieren lernen«

Der Weg zu Reputation und Salonfähigkeit, zur national zuverlässigen und von der Wirtschaft akzeptierten Kraft ist keine Strecke, die von heute auf morgen zu bewältigen ist. Antje, Joschka und Otto wissen, daß sie noch Maoistin, Streetfighter und RAF-Anwalt genannt wurden, als diese Betitelungen längst bloße Gemeinheiten waren, demagogische Erinnerungen an vergangene Tage, wie sie Herbert Wehner zeitlebens vorgehalten wurden.

Die Diffamierung von Demokraten als Extremisten befördert ihren Eifer, in Wort und Tat die Unhaltbarkeit der erhobenen Vorwürfe zu demonstrieren. Die PDS in Sachsen beschloß, dem Verfassungsschutz regelmäßig die Dokumente und Protokolle ihres Parteilebens auszuhändigen. Wie anständige Bürger sich nicht vermummen, hat eine demokratische Partei vor dem Geheimdienst des eigenen Staates nichts zu verbergen.

Wird so etwas belohnt? Natürlich nur dann, wenn die Diffamierten auf dem Teilstück der puren Anfeindungen eine gewisse Wählergunst nicht verlieren. »Die PDS, die man zu Recht (noch) nicht demokratisch nennen kann ...«, leitartikelt Rudolf Augstein – und das in Klammern gesetzte »noch« ist das entscheidende Wort, denn es bietet eine verheißungsvolle Zukunft: »Sie wird vielleicht nicht in der nächsten Bundesregierung sitzen, aber vielleicht doch schon in der übernächsten« (»Spiegel« 27/94).

Der Zeitrahmen ist sicherlich zu knapp bemessen, aber der Hinweis an die Schmuddelkinder, sie könnten Saubermänner werden, ist in den Ohren der Adressaten Musik, zumal Augsteins »nun kann man sie nicht mehr in den Bundesländern von der Regierungsarbeit ausschließen« ja Verheißung genug ist. Am gleichen Tag, an dem der »Spiegel« erschien, war im »Neuen Deutschland« schon verkündet worden, daß die alte PDS-Parole (»Alle wollen regieren – wir nicht«) obsolet und die jüngere (»Veränderung beginnt mit Opposition«) nun wortgetreu (»beginnt«!) zu interpretieren sei: »Beharren auf Opposition, so erfolgreich es in diesem Wahljahr ist, wird auf lange Sicht nicht ausreichen, um zu überzeugen ... Die Zeit des ausschließlichen Grundrechtsfundamentalismus und Protestes ist vorbei, schrieb André Brie dieser Tage. Die PDS, nunmehr in der Rolle des vollwertigen politischen Akteurs, müsse Opposition und Regieren lernen« (»ND«, 4.7.).

»Regieren lernen« – die Schule befindet sich auf den unteren Ebenen des Staatsapparats, in Gemeinden, Kreisen und Städten. Politiker beweisen hier ihre Qualität in der Diskussion von Sachthemen und der Lösung von Sachfragen, haben also Sachverstand und sind Kenner des Sachzwangs, der dem Dienst am Gemeinwohl den Rahmen setzt.

In den Parlamenten der unteren Ebene sucht die PDS, laut Selbstdarstellung, keinen Stunk mit anderen Parteien. »In den Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten, wo die PDS starke Fraktionen stellen wird, sind wir bereit, auch in den Rathäusern und Landratsämtern in Koalitionen mitzuwirken. Schließlich ist alle Kommunalpolitik gestaltende Opposition. Der wirkliche Unterschied verläuft zwischen oben und unten, nicht zwischen verschiedenen Vertreterinnen in einem Gemeinderat« (Erklärung des PDS-Landesvorsitzenden von Sachsen-Anhalt und seines Pressesprechers laut PDS-Pressedienst vom 17.6.94).

Da also der »Deutsche Städtetag« (d.h. unten) Widersprüche zur Bundesregierung (d.h. oben) hat, würde es die Opposition nur schwächen, wenn im Stadtrat Streit ausbräche, zumal Michael Schumann (PDS-Vorstand) »keinen Widerspruch fand«, als ihm im Rahmen einer Bundesvorstandssitzung seiner Partei die treffliche Formulierung einfiel: »Wenn wir in Verantwortung sind, werden wir oft die Sache nicht anders tun können als andere auch, aber wir müssen es anders tun.« Ihm gehe es, fügte er erklärend hinzu, »um die Realisierung von Bürgernähe«, also um eine andere Form der Verarschung derer, die von den Vollstreckern der Sachzwänge regiert werden (PDS-Pressedienst 1.7.).

Die Sachfrage, fern von Ideologie, unbeeinflußt von Weltanschauung, nicht tangiert von Kritik oder Zustimmung zur marktwirtschaftlichen Grundordnung, das Spezialgebiet des in jeder Ordnung funktionierenden Experten, des Meisters der »intelligenten Lösung« – sie wird auch von der PDS beherrscht, bescheinigen selbst parteipolitische Gegner.

Der »Spiegel« (27/94) weiß, daß »die Fundamentalisten sich flugs in Pragmatiker verwandeln«, denn in »Städten und Gemeinden rangieren Sachzwänge vor Ideologie«. Das »nordbrandenburgische Neuruppin hat seit Februar einen PDS-Bürgermeister ... Ein halbes Dutzend Vorlagen, darunter der ausgeglichene Haushalt 1994« (ausgeglichen – bravo!) »passierten unangefochten die Gremien.« Was dem »Spiegel« Neuruppin, ist der »Zeit« (24.6.) Sangershausen, wo »bei achtzig Prozent der Entscheidungen ... im Protokoll keine Gegenstimme vermerkt« sei, denn »dem Problem der Finanzierung könne sich auch die PDS nicht entziehen«. Selbst Angela Merkel bemerkt, »in einzelnen Sachfragen kann ich Übereinstimmungen mit der PDS nicht ausschließen«; Heiner Geißler weiß, »es wird keine sozialistische Ortsumgehung geben und auch keine christdemokratische, sondern nur eine richtige und eine falsche«; da will auch Udo Knapp (der ist jetzt SPD-Dezernent im Landkreis Ostvorpommern) mit einem Lob auf die Konstruktivität nicht geizen: »In der Praxis

unseres Kreistages in den letzten zwei Jahren hat die PDS dennoch konstruktiv und kreativ vielen gemeinwohlorientierten Vorschlägen der Verwaltung ... zur Mehrheit verholfen« (»Taz«, 5.7.). Selbst ein so ausgewiesener Kämpfer gegen die PDS wie der Sozialdemokrat Stephan Hilsberg hält es für »notwendig, der PDS zuzugestehen, daß sie gute Leute hat und durchaus praktikable Vorschläge macht« (»Taz«, 27.6.).

Einmal berauscht von der Idee, die Gesellschaft strukturiere sich nicht nach Interessen und Antagonismen, sondern Politik sei die sachgerechte Lösung von Sachfragen, meint der PDS-Landesvorsitzende Sachsen-Anhalts, »alle Sachfragen können Gegenstand von Verhandlungen sein, starre Grenzen zwischen Koalition und Opposition gehören ohnehin zum alten Denken«, und die »ND«-Kommentatorin Brigitte Zimmermann ergänzt, »daß zur Bewältigung gegenwärtiger und künftiger Probleme alle (!) Ideen gebraucht werden, auch die ungeliebten linken. Mehrheiten in der Sache anstatt eherner Parteibünde zu suchen«, ist deshalb ihr Vorschlag, der bei Hans Joachim Tschiche, dem Fraktionschef der Grünen in Sachsen-Anhalt Anklang zu finden scheint, denn für ihn ist »ohne die PDS keine Sacharbeit zu machen«. So weit geht der zukünftige Ministerpräsident dieses Bundeslandes nicht, aber er »hofft darauf, daß ... ausgehend von Sachthemen, ein mehrheitsfähiger Konsens viel öfter hergestellt werden könne, als jetzt der Rechenschieber erscheinen läßt« (»ND«, 7.7.), womit er richtig liegen dürfte, zumal die PDS-Fraktionsvorsitzende Petra Sitte schon bei den (nun nicht stattfindenden) Tolerierungsgesprächen nur »realistische Positionen« vortragen wollte: »Unter den gegebenen tagespolitischen Anforderungen hätten wir auch unseren grundsätzlicheren, visionären Ansatz zurückgestellt« (»ND«, 5.7.).

Für’s erste ist es schließlich visionär genug, nicht ausgegrenzt zu sein. Der nun gewählte SPD-Bürgermeister von Schwerin, Kwaschik, ist für den gescheiterten PDS-Kandidaten Gerd Böttger »ein Mensch mit Größe«, denn »die Wahl war kaum vorüber, da haben wir erstmal zusammen Mittag gegessen« (»ND«, 6.7.). Auch beim Landeschef der PDS Mecklenburg-Vorpommern, dem Genossen Holter, »ist keine SPD-Allergie auszumachen. Eher Bedauern darüber, daß Holter mit seinem SPD-Gegenüber Harald Ringstorff bisher in kein Gespräch über« (na, was schon:) »Sachthemen gekommen sei« (»ND«, 6.7.). Usw. usw.

Es steht für mich außer Zweifel, daß die PDS eine ultra-loyale Stütze der rot-grünen Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt sein wird, schon um dem Gedanken Nahrung zu geben, von ihr sei kein Hindernis, keine Forderung und erst recht keine Bedingung zu befürchten, die an die Wahl einer rot-grünen Regierung in Bonn zu knüpfen wäre.

Für die Zwecke der PDS müssen Grüne und Sozialdemokraten als Linke erscheinen, deren Bekämpfung eine sektiererische Torheit wäre: »Alle kennen die Wahlergebnisse von Sachsen-Anhalt – die Konservativen erhielten ein Drittel der Stimmen, die Linken zwei Drittel« (Wolfgang Rex im »ND, 2.7.). Die Abstraktion von der realen Politik der Parteien hat ihre Entsprechung in den Lügereien über die Wählerwünsche in Großdeutschland: »Es gibt in Ostdeutschland, etwas schwächer übrigens auch in den alten Bundesländern, ein beträchtliches und stabiles linksoppositionelles Potential (mit positiver Bewertung der Idee Sozialismus, sozial geprägten Wertorientierungen, linksorientierten politischen Einschätzungen und Forderungen). In Ostdeutschland gehören dazu mehr als 50, in Westdeutschland etwa 30 Prozent der Wählerinnen und Wähler« (Wahlauswertung von André Brie).

So ein nettes Völkchen, das ist die Botschaft, verdient doch, auf absehbare Zeit von der PDS (mit)-regiert zu werden.

Man muß natürlich für die »SED-Nachfolger« eine Absolution finden, wie sie für die 68er im Westen gefunden wurde. Der entschlossene Kampf gegen die (wenigen) »Stalinisten« in den eigenen Reihen kann als verdienstvoll gewürdigt werden, sozialdemokratisches Bedauern, 1990 nicht »Erneuerer« rekrutiert zu haben, ist ebenfalls hilfreich, und Joschka Fischer gibt auch ein nützliches Stichwort: »Die Gysis, die Modrows, auch die Wolfs im Sicherheitsapparat, waren Bestandteil der friedlichen Wende 1989« (»Die Woche«, 23.6.). Auch wenn die CDU noch tobt, Hans Apel und seine Kanaler warnen und manch Grüner lieber die bewährte Anti-Stasi-Schiene fahren würde: Demokraten kann man auf Dauer den Zutritt zur freiheitlich demokratischen Grundordnung nicht verweigern.

Thomas Ebermann diskutierte in KONKRET 7/94 über den Nationalismus der PDS

Konkret 08/94, S. 14

Georg Fülberth

An der Grenze

Die Abwicklung der DDR hat die Enquete-Kommission des Bundestags auftragsgemäß erledigt. Die Seilschaft, die daran mitwirkte, hat eine neue Staatsideologie erarbeitet: den »antitotalitären Konsens«

Es mag ja sein, daß Kohl nur ein zur Staatsfigur gewordener Privatmann ist, der als mal cholerischer, mal gemütlicher Familienvater beschrieben werden kann. Aber daneben hat er eben einen Job, und das Material, welches er bearbeitet, prägt ihn eben auch. Es ist die Macht, zu der er sich konform zu verhalten hat. So drückt bei Fernsehauftritten seine Körpersprache immer wieder aus, wer oben ist (nämlich er selbst) und wer unten (z.B. 1989/90 Modrow). Da er viel zu tun hat, muß er Wichtiges von Unwichtigem scheiden. Letzteres überläßt er gern Gestalten, die er für nebensächlich hält. Seine Erfahrungen haben ihn zum Beispiel gelehrt, daß er die Arbeiterbewegung nicht fürchten, ja nicht einmal respektieren muß. Das war zu Adenauers Zeiten noch anders. Für alle Fälle pflegte dieser die Sozialausschüsse der CDU, und an deren Spitze standen zeitweilig gewichtige Leute. Heute ist dieser Verein belanglos geworden, und Vorsitzender wurde der Pfarrer Eppelmann.

Auch die DDR ist eine erledigte Angelegenheit. Deshalb kann ihre Nachbehandlung ebenfalls dem Eppelmann anvertraut werden. Er war Vorsitzender der »Enquete-Kommission ›Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‹«, die im März 1992 vom Deutschen Bundestag eingesetzt wurde. Am 17. Juni 1994 hat sie ihr Ergebnis vorgelegt.

Enquete-Kommissionen des Bundestags gibt es seit 1969. Sie sollen Sachverstand organisieren, welchen das Plenum für die Gesetzgebung in schwierigen Materien zu benötigen meint. Das Kommando Rainer Eppelmann hatte mit solchen Absichten von Anfang an nichts zu tun. Es ging ja nicht darum, sich mit Hilfe der Wissenschaft eine Meinung zu bilden, sondern umgekehrt: Eine bereits feststehende Verurteilung sollte nachträglich mit der Patina des Expertentums überzogen werden.

Wer den Betrieb nicht kennt, wird sich fragen, weshalb allerlei Sachverständige und Zeitzeugen sich vor diesen Karren spannen ließen. Dies ist leicht dadurch zu erklären, daß hier eine Hand die andere wäscht. In der Arbeit der Enquete-Kommission sehen wir nämlich eine Seilschaft am Werk. Sie besteht aus a) gewerbsmäßigen Regimeopfern und b) professionellen Ostforschern. Beide haben während der Entspannungsperiode schon einmal schlechtere Zeiten gesehen und freuen sich, daß der Trog wieder gefüllt ist. Die Gelegenheit muß genutzt werden, denn sie könnte vergehen. Mittel sind reichlich geflossen. Einmal hat sich die Kommission sogar einen Betriebsausflug nach Moskau genehmigt: Man wollte nachschauen, ob die Archive noch da sind.

Hinten herausgekommen ist, was vorn hereingegeben wurde. Man ist zu dem Ergebnis gelangt, daß die DDR eine totalitäre Diktatur war. Das Substantiv – Diktatur – ist allerdings bereits ganz am Anfang vom Deutschen Bundestag beschlossen worden, denn es findet sich ja im Namen der Kommission: »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«. Das Adjektiv – totalitär – gibt nach siebenundzwanzigmonatiger Arbeit den Vorurteilsstand der fünfziger Jahre wieder.

Dies magere Ergebnis eines großen Aufwandes könnte die Auftraggeber, wenn die Gelder einmal wieder knapp und die Interessen anderen Themen zugewandt sind, knauserig machen. Deshalb hat die Kommission vorgebaut: daß so wenig Neues zu berichten sei, liege daran, daß das Wichtig-ste eben noch getan werden müsse. Deshalb werden immer wieder »offene Fragen und Forschungsdesiderate« angemeldet, und damit das ja nicht als Selbstkritik mißverstanden wird, wird schon ziemlich am Anfang des Berichts recht plump bekannt-gegeben, was gemeint ist: »Darüber hinausist es dringend erforderlich, daß die DDR-Forschung finanzielle und institutionelle Rahmenbedingungen erhält, die der politischen Bedeutung des Themas angemessen sind.«

In der Bundestagssitzung am 17. Juni ist aber bereits die Staatsideologie verkündet worden, die ab sofort gilt und zu deren Begründung es weiterer Wissenschaft wohl kaum noch bedarf. Das ist der »antitotalitäre Konsens«.

Ab sofort ist also wieder an die Totalitarismus-Doktrin zu glauben. Ihre in vergangenen Jahrzehnten mehrmals erfolgte Widerlegung war für die Katz. Es lohnt auch kaum, die Gegenargumente noch einmal zu rekapitulieren und darauf hinzuweisen, daß Ziele und Herrschaftsmethoden von Stalinismus und Nationalsozialismus so grundverschieden waren, daß ein gemeinsamer Begriff nicht auf sie angewandt werden kann. Vielleicht ist es wirklich lohnender, von dem Moment Wahrheit in dieser Doktrin auszugehen. Es besteht darin, daß im 20. Jahrhundert zu der sehr alten, bereits von den Römern dosiert angewandten staatsrechtlichen Form der Diktatur etwas hinzugetreten ist: eine terroristische Mobilisierung und Durchdringung der gesamten Gesellschaft, welche diese der Herrschaft restlos verfügbar macht, unter anderem durch die Omnipräsenz der Geheimpolizei, die Unentrinnbarkeit einer alternativlosen Staatsideologie und die völlige Schutzlosigkeit der Individuen gegenüber dem Exzeß der Gewalt, welche ungehindert auf Leben und körperliche Unversehrtheit zugreift. Wendet man diese Vorstellung auf die Sowjetunion an, dann erweist sie sich für die Zeit von ca. 1930 bis zum 20. Parteitag

der KPdSU 1956 als weitgehend zutreffend. Wer will, kann da von »Totaler Herrschaft« sprechen. Danach aber ging das System in eine Diktatur über, für deren Kennzeichnung jenes Adjektiv nicht weiter nötig ist.

Auf die DDR ist der Totalitarismusbegriff aber in keiner ihrer Entwicklungsphasen anwendbar. Hierin unterscheidet sie sich von Ungarn, Bulgarien und der Tschechoslowakei in den Jahren 1948 – 1956. Der Staat Ulbrichts hatte niemals einen ungehemmten Zugriff: Bis 1961 waren die Grenzen zur BRD bzw. zu Westberlin offen, nach 1956 wirkten bereits (wenngleich verzögert) die Revisionen in Nachwirkung des 20. Parteitags, ab 1963 erfolgte eine innere Lockerung im Zusammenhang mit dem Neuen Ökonomischen System, und allezeit war das staatliche Medienmonopol durch die westliche Konkurrenz unterlaufen. Die auch im Bericht der Enquete-Kommission ausführlich beschriebene Stellung der Kirchen der DDR ist mit der Behauptung einer »totalen Herrschaft« völlig unvereinbar. Die Deutsche Demokratische Republik war eine Diktatur, basta. Wer ein Adjektiv sucht, kann wählen zwischen »bürokratisch«, »sozialistisch« oder sonstwas – »totalitär« aber scheidet aus. Ob die Diktatur irgendwann einmal sogar gerechtfertigt war – und falls ja: wie lange – , ist Ermessenssache.

Wie das? Um derlei zu erörtern, muß man, anders als Bundestag und Enquete-Kommission, auf drei zählen können. In der Regel wird von der »zweiten deutschen Diktatur« gefaselt. Nun ist Deutschland in den letzten beiden Jahrhunderten ungewöhnlich reich mit den verschiedensten Staatsformen gesegnet gewesen: Absolutismus, konstitutionelle Monarchien, zwei parlamentarische Demokratien, drei Diktaturen.

Ja, drei. Am 5. Juni 1945 übernahmen die Vereinigten Staaten von Amerika, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich und die Französische Republik in einer gemeinsamen Erklärung »hiermit die höchste Autorität hinsichtlich Deutschlands, einschließlich aller Machtvollkommenheiten, die der deutschen Regierung, dem Oberkommando der Wehrmacht und allen staatlichen, städtischen oder örtlichen Regierungen oder Behörden zustehen«. Es wurde also eine Militärdiktatur eingerichtet. Ihr oberstes Organ – sozusagen die Junta – war der Alliierte Kontrollrat. Er war das Dach über den vier Militärdiktaturen, welche in den Zonen bestanden. Im Westen endete dieser Zustand mit dem Oktroi eines Besatzungsstatuts 1949, im Osten ging er in die Diktatur der SED über, welche trotz formeller Souveränität der DDR sehr lange noch Züge einer Fremdherrschaft beibehielt.

Ist der Rahmen einmal so gesteckt, kann man tatsächlich vergleichen. Die drei Diktaturen müssen danach beurteilt werden, was sie angerichtet haben und inwiefern sie zu ihrer eigenen Beendigung (die ja schon im römischen Diktaturbegriff fest verankert ist) beitrugen. Unter beiden Gesichtspunkten macht dabei das Besatzungsregime die beste Figur. Sein Zweck wurde genau definiert. In der Erklärung von 1945 sind folgende Aufgaben genannt worden: »Vorkehrungen für die Einstellung weiterer Feindseligkeiten seitens der deutschen Streitkräfte, für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Deutschland und für die Verwaltung des Landes zu treffen und die sofortigen Forderungen zu verkünden, denen Deutschland nachzukommen verpflichtet ist«. Waren diese Ziele erreicht (oder erwiesen sich als mit dem nun angewandten Mittel nicht realisierbar), konnte die Militärdiktatur aufgegeben werden. So geschah es ab 1949.

Die dritte Diktatur in Deutschland, also jetzt die DDR, stimmte mit der zweiten, der alliierten, darin überein, daß sie ihren Zweck und die Bedingungen ihres Endes festlegte. Der sowjetischen Fremd- und der deutschen Bürokratieherrschaft lag nach der Erfüllung der unmittelbaren Besatzungszwecke das Konzept der »Diktatur des Proletariats« zugrunde; das ist allerdings fast stets nur intern, nicht vor dem Volk vertreten worden. Immerhin: Seit es diesen Begriff gibt, ist sie als eine sich schließlich selbst erübrigende Staatsform gedacht worden. Daraus wurde nichts, und als das Scheitern nicht mehr zu übersehen war, begann die Überleitung in bürgerliche Herrschaft. Die Agonie der achtziger Jahre war eine Zwischenetappe auf diesem Weg. In einem der wenigen erträglichen Nachrufe auf Erich Honecker hat Peter Bender in der »Zeit« als ein unfreiwilliges Verdienst des Verstorbenen hervorgehoben, durch den ökonomischen Ausverkauf der DDR habe dieser einen gewaltfreien Übergang ermöglicht. Das ist milder Hohn und entspricht zugleich den Tatsachen.

Für solche Überlegungen war die Enquete-Kommission allerdings nicht zu haben. Eher zähneknirschend räumt sie ein, »daß es in der DDR systematischen, staatlich sanktionierten Massenmord, der auch nur entfernt der nationalsozialistischen Vernichtung der Juden und anderer als ›volksfremd‹ oder ›rassisch minderwertig‹ erklärter Minderheiten geähnelt hätte, nicht gegeben hat. Von der DDR ist auch kein Krieg ausgegangen, der auf die Eroberung von ›Lebensraum‹ und die Vernichtung oder Versklavung als minderwertig definierter Völker gerichtet war.«

Das klingt objektiv, ist aber wieder mal nur eine Dummheit. Das scheinbare Zugeständnis setzt nämlich voraus, daß der DDR, da Diktatur, derlei Schandtaten immerhin zuzutrauen gewesen wären. In Wirklichkeit gehörte es zu ihren Staatszwecken, diese ein für allemal unmöglich zu machen. Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 bald nach 1945 hätte Erneuerung der alten Gefahren bedeuten können. Gemeinsamkeit der vier Siegermächte wäre eine Möglichkeit gewesen, sie zu verhindern. Als sie zerbrach, war die ostdeutsche Diktatur ein anderes Mittel zu diesem guten Zweck. Daß sie so lange bestand, war vielleicht eine der Voraussetzungen dafür, daß die deutsche Gefahr für längere Zeit geringer geworden ist.

Eine solche Einsicht müßte allerdings den »antitotalitären Konsens« in Frage stellen, der – neben dem Zugang zu den Fleischtöpfen – die Kommission zusammenhielt. Er war die Voraussetzung dafür, daß man sich im übrigen kräftig fetzte. Einen erheblichen Teil des Kommissionsberichts machen die Sondervoten aus, meist vorgelegt von den sozialdemokratischen Parlamentariern und von ihnen rekrutierten Professoren. Sie zeigen in wünschenswerter Klarheit, daß es sich beim von der CDU/CSU/FDP-Mehrheit verabschiedeten Text sowie bei den Minderheitsberichten jeweils um Wahlkampfmaterial handelt. Die Sozialdemokraten nehmen sich die einstigen Blockparteien vor, die Union beschäftigt sich im Gegenzug »mit dem früheren Konsistorialpräsidenten der Berlin-Brandenburgischen Kirche«. Bei diesem Thema geriet man sich derartig in die Wolle, daß auch einmal die Türen knallten. In einem sozialdemokratischen Sondervotum liest sich das so: »Als abgelehnt wurde, anhand eines Antrages darüber zu reden, ob es überhaupt für ein Parlament legitim sei, über die Bekenntnisgemäßheit kirchlichen Handelns zu urteilen, verließen die SPD-Mitglieder der Kommission die Sitzung.« Die Mehrheit, nicht faul, formulierte daraufhin: »Die SPD ist sich bei ihrem Entlastungsangriff nicht zu schade, den oppositionellen Gruppen in der DDR zu unterstellen, ihre Geheimdienstliche Durchdringung sei ›noch erheblich höher als in der Kirche‹ gewesen.«

Schmutzige Wäsche wird allerdings nur mit einer Hand gewaschen. Die andere bleibt frei, um, wann immer sich eine Gelegenheit ergibt, die PDS zu ohrfeigen. Deren Abgeordneter Dietmar Keller, Mitglied der Enquete-Kommission, hat auch ein Sondervotum vorgelegt. In der Bundestagssitzung vom 17. Juni bekannte er sich ebenfalls zum »antitotalitären Konsens« und führte weiter aus: »Ich betrachte es als Mitglied der Enquete-Kommission der PDS/Linke Liste als meine moralische Pflicht und Verantwortung, mich bei den Opfern der SED-Diktatur zu entschuldigen.« Daraufhin gab es »Beifall bei der PDS/Linke Liste, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.«.

Vielleicht hat Keller inzwischen selber gemerkt, daß sein Auftritt ein Fehler war. Er wurde nämlich von den anderen Parteien dazu benutzt, um seine Genossen (insbesondere außerhalb des Bundestags), die nicht so weit gehen wollen, als unbelehrte Stalinisten vorzuführen. Die weithin vernünftigen Ausführungen, die er in seinem Sondervotum zur Geschichte der DDR vortrug, wurden mit Hinweis auf seine Entschuldigung zurückgewiesen: Er habe doch selbst zugegeben, daß es ein Unrechtsregime war. Keller hat versäumt, sich rechtzeitig bei Erich Kästner Rat zu holen: »Was auch immer geschieht: Nie dürft ihr so tief sinken, von dem Kakao, durch den man euch zieht, auch noch zu trinken!«

Die Kommission beendete ihre Tätigkeit in großer Hast. CDU, CSU und FDP wollten den Bericht unbedingt bis zum 17. Juni fertig haben, die SPD bremste. Darüber zerstritt man sich ein weiteres Mal. Doch ist man sich einig, daß es weitergehen soll. Der nächste Bundestag wird wohl wieder eine Enquete-Kommission oder etwas Ähnliches einsetzen.

Freunde linksradikaler Bestrebungen werden dies begrüßen. Zu den Gemeinplätzen in der Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik gehört die Aufzählung der Ursachen, welche in den sechziger Jahren zur Opposition von jungen Intellektuellen führten. Da ist von Nazi-Vätern und Modernisierungsdruck die Rede. Kann alles sein. Ein Punkt wird aber regelmäßig vergessen: die Tätigkeit der »Bundeszentrale für Heimatdienst« (später: »für Politische Bildung«) und ähnlicher Einrichtungen. Sie pumpten so viele Schreckensmeldungen über das Reich des Bösen in die jungen Gehirne, bis der aufgewecktere Teil des Nachwuchses das satt hatte und sich für den Teufel positiv zu interessieren begann. Die Propaganda hatte ein marktwirtschaftliches Grundgesetz mißachtet. Es besagt, daß ein Produkt schädlich wird, wenn es im Überfluß angeboten wird. Verkäuflich ist gerade mal noch das »Gut an der Grenze«, das ist jene Ware, welche als letzte gekauft wird, bevor das Zeug auf Halde liegen bleibt, nur noch Lagerkosten verursacht und schließlich teuer entsorgt werden muß. Geht das so weiter mit den offiziellen Sozialismus-Bewältigungen, dann könnte der Punkt bald wieder erreicht sein, an dem bei Menschen von Geschmack und Charakter nur noch peinlich auffällt, wer in der Art der Enquete-Kommission über die Deutsche Demokratische Republik sich äußert.

Konkret 08/94, S. 15

Wolfgang Schneider

Auswuchs

In der »Zeit« Nr. 26/94 hat Robert Leicht den »antitotalitären Konsens«, auf den sich während der Debatte über die Geschichte der »SED-Diktatur« alle im Bundestag vertretenen Parteien geeinigt hatten, eine »pure Selbstverständlichkeit« genannt. Das ist keine geringe Dummheit gewesen, denn weder gibt es hierzulande einen antitotalitären Konsens noch ist der Bourgeoisie an einem solchen überhaupt gelegen (was würde beispielsweise, wäre das anders, aus den gedeihlichen Beziehungen zur VR China und zur Türkei?).

Der einzige Konsens, der den Deutschen selbstverständlich ist, ist ein anti-antifaschistischer. Er äußert sich vor allem in dem Bestreben, die nationalsozialistischen Verbrechen aus dem kollektiven Gedächtnis zu tilgen. In der Regel wird zu diesem Zweck der Nationalsozialismus hinter der »SED-Diktatur« zum Verschwinden gebracht – durch übertriebene Darstellung und geflissentliche Wiedergutmachung des Ungemachs, das den NS-Tätern, ihren Unterstützern und Sympathisanten in der SBZ/DDR widerfuhr. Fortgeschrittene Vertreter des anti-antifaschistischen Konsenses verzichten allerdings auf jedwede historische Camouflage. Sie kennen die Deutschen nur als Opfer.

Wie fleißig und konsequent die anti-antifaschistischen Konsensbeschaffer sind, haben die letzten Wochen deutlich gemacht: Am gleichen Tag, an dem das Parlament sich über das »Unrechtsregime« der DDR ereiferte, lehnte sein Rechtsausschuß einen Antrag auf Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer der NS-Militärjustiz ab. Während die in der DDR verfolgten Kriegsdienstverweigerer längst einen Rechtsanspruch auf Entschädigung haben, gelten die etwa 50.000 Todesurteile der NS-Richter damit als rechtens. Das ist – folgt man den Ausführungen des SPD-Abgeordneten Soell in der bereits erwähnten Bundestagsdebatte – so überraschend nicht, gab es doch, erklärte Soell, in der DDR »Dinge, wo die SED und die Stasi als ihr Schild und Schwert tatsächlich perverser gehandelt haben, als dies im Dritten Reich geschah, wenn das sicherlich auch nicht als Votum für die Praktiken der Nazis mißverstanden werden soll«.

Weil eine derartige Distanzierung womöglich perverser ist als alles, was Schild und Schwert sich je haben zuschulden kommen lassen, hat auch der sächsische Minister für Umwelt und Landesentwicklung, Arnold Vaatz, sich an ihr versucht. Er weiß allerdings nur »von einigen Auswüchsen der Hitler-Diktatur«, von denen eine »Partei des Demokratischen Faschismus PDF« nach 45 sich hätte distanzieren müssen, wenn »alte NSDAP-Genossen« denn so »dreist« gewesen wären und sie hätten gründen wollen, schrieb der Ex-Bürgerrechtler mit Blick auf die PDS am 2.7. in der »FAZ«. Die »Auswüchse« können hier vollständig nicht genannt werden. 50 Millionen Kriegstote und die Vernichtung des europäischen Judentums gehören dazu.

Noch die behutsamste Distanzierung aber hat den Nachteil, daß sie benennen muß, von wem oder was da Abstand genommen werden soll, ist also einem gründlichen Vergessen eher hinderlich. Fortgeschrittene Vertreter des anti-antifaschistischen Konsenses üben sich daher längst nicht mehr in der Kunst des Relativierens. Sie sind Meister des Verschweigens geworden. Ihr ganzes Können haben sie im Streit um die Bewertung des 20. Juli gezeigt. Zum Beispiel der »Spiegel« (Nr. 28/94): »Daß die Männer des 20. Juli den Anschlag gewagt haben, bleibt ihr Verdienst. Und hätten die Verschwörer Erfolg gehabt, wären den Deutschen zumindest viele Kriegsopfer erspart geblieben. Bis zum Juli 1944 waren rund 2,8 Millionen deutsche Zivilisten und Soldaten umgekommen. Als Hitler zehn Monate später durch Selbstmord dem tausendjährigen Wahn ein Ende setzte, hatte der Diktator noch einmal 4,8 Millionen Deutsche mit in den Abgrund gerissen.« Oder Caroline Neubaur, in der »FAZ« vom 5.7.: »Unhistorisch denkt auch, wer heute sagt, der 20. Juli sei zu spät gekommen – für Potsdam, Dresden, Köln und Teile von Berlin hätte ein Gelingen des Attentats, auch zu diesem späten Termin, noch die Rettung bedeutet.«

Mitte Mai 1944 begannen die Deutschen mit der Deportation und Vernichtung der 750.000 ungarischen Juden. Mehr als 420.000 von ihnen wurden in den folgenden Monaten in Auschwitz ermordet. In der zweiten Augusthälfte, acht Wochen nach dem gescheiterten Anschlag auf Hitler, vergaste man dort an manchen Tagen mehr als 10.000 Juden. Inzwischen waren auch die Transporte aus dem aufgelösten Ghetto von Lodz eingetroffen, und die Sonderkommandos der Krematorien mußten zu Flammenwerfern greifen, um den Leichenausstoß der Gaskammern zu bewältigen. 50 Jahre danach aber haben im Gedächtnis der Deutschen die Täter den Platz der Opfer eingenommen. Der Rest ist nicht mal mehr Auswuchs.

Konkret 08/94, S. 17

Boris Gröndahl

Operativer Vorgang »Schwamm drüber«

Mit viel Engagement stritt man sich um den IM »Sekretär«, Manfred Stolpe. In der entscheidenden Frage besteht Einigkeit: Die DDR war ein Unrechtsstaat

Es soll Leute geben, die sich noch immer für die »Aufklärung der früheren Kontakte des Ministerpräsidenten Dr. Manfred Stolpe zu Organen des Staatsapparates der DDR, der SED sowie zum Staatssicherheitsdienst und (die) in diesem Zusammenhang erhobenen Vorwürfe« interessieren. Der brandenburgische Landtag beauftragte damit einen Untersuchungsausschuß, der seine Arbeit am 16. Juni abschloß. Doch schon in den Monaten davor riskierte zu nerven, wer sich darüber echauffierte, daß der »IM ›Sekretär‹« kein Schuldbewußtsein habe, das Problem aussitze und der Verantwortung aus dem Weg gehe.

Der Fall Stolpe – »was lernt uns das« (W. Ulbricht)? Erstens etwas über das Verhältnis der SED zur Kirche in der DDR, das Manfred Stolpe 30 Jahre lang mitgestaltete.

Als sich die DDR-Führung auf die dauerhafte Zweistaatlichkeit einrichtete, verfolgte sie ab 1958 die Lostrennung der evangelischen Kirche der DDR von der bislang gesamtdeutsch operierenden Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) mit oberster Priorität. Der nur in einer kurzen Phase 1952/53 wirklich engagiert geführte Kirchenkampf der SED wurde ganz aufgegeben; Ulbricht verkündete im Oktober 1960, zwischen dem Christentum und den »humanistischen Zielen des Sozialismus« gebe es keine Gegensätze. Ein weiteres Mal in der Geschichte des Realen Sozialismus verzichteten die Kommunisten auf ideologische zugunsten von Staatszielen.

Doch auch wenn die SED den politischen Kampf gegen die Kirche aufgab: Diese blieb die einzige gesellschaftliche Organisation in der DDR, die sich dem Einfluß der SED entzog. Im Gegensatz zu Gewerkschaften, Vereinen etc. waren die Kommunisten in der Kirche halt selbst nicht Mitglied.

Die zweite Lehre ist deshalb, daß einmal mehr die Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) dort begann, wo die Partei der politischen Auseinandersetzung auswich. Als Ansprechpartner und Kontaktpersonen warb das MfS ab Mitte der 60er Jahre in der Kirche zunehmend um Inoffizielle Mitarbeiter. Das Ergebnis dieser Entwicklungen war 1969 die Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) und schließlich am 6. März 1978 jenes »historische Gespräch« zwischen Erich Honecker und Bischof Schönherr, das das von Stolpe wesentlich mitentwickelte Konzept »Kirche im Sozialismus« besiegelte.

Ob das Eingehen der Kirche auf die Politik der SED die DDR eher stabilisiert oder destabilisiert hat, darüber möge sich die Contra selbst einig werden. Gewiß ist nur, daß die SED die DDR destabilisiert hat. Wie in der gesamten Deutschlandpolitik (zu der die Kirchenpolitik gerechnet werden muß) beschränkte sie sich nicht darauf, politische Positionen aufzugeben – sie gab noch Teile ihrer staatlichen Souveränität dazu. Sie duldete im Umkreis der Kirche Initiativen, Gruppen, Zeitungen, die sie eigentlich hätte verbieten müssen. Statt ihre eigenen Gesetze entweder durchzusetzen oder abzuschaffen, demonstrierte sie ihrem Staatsvolk, daß sie sich selbst nicht ernstnahm, woraufhin auch dieses jedes Vertrauen verlor.

Am folgenreichsten wird es allerdings sein, daß die unterschiedlichen Urteile über Stolpes Tätigkeit an der Schnittstelle Kirche-Staat nichts damit zu tun haben, daß man sich über die DDR oder das MfS uneinig wäre. Stolpe selbst spricht, wenn er als Widerstandskämpfer erscheinen will, wie alle vom »Totalitätsanspruch der Diktatur« DDR. Er bevorzugt es, mit Dietrich Bonhoeffer verglichen zu werden, dem Pastor der »Bekennenden Kirche«, dem die Nazis 1941 Rede- und Schreibverbot erteilten und der später für die deutschnationalen Hitlergegner um den Chef der Abwehr, Admiral Canaris, arbeitete. Immer wieder kommt Stolpe auf den christlichen Widerstand gegen den Nationalsozialismus oder auf den 20. Juli zu sprechen und zitiert diese als Beispiele dafür, wie man unter der Diktatur sauber bleiben kann – pro domo also.

Die deutschnationale Witwe Brigitte Seebacher-Brandt sekundiert: »Die Männer und Frauen, die in der Nazizeit Schreckliches durchlebten, haben, als alles vorbei war, auch selbst nicht zurückgeblickt.« Der deutschnationale Historiker Arnulf Baring nennt es eine »nationale Schande«, Politiker und Kirchenleute der DDR mit Stasiakten zu jagen. Der Konsens heißt: Die DDR war ein Unrechtsstaat – Schwamm drüber. Jetzt gelte es, die Einheit der Nation wiederherzustellen. Vor allem Wessis hätten sich da zurückzuhalten, saßen sie doch die ganze Zeit auf der sicheren Seite.

Daß es genau dieses Schweineargument der Nazieltern war, das 1968 in der alten BRD ein Teil der Linken nicht mehr durchgehen ließ, fiel schon niemandem mehr auf. Stolpes Entschuldigung ist denn auch ein Wechsel auf die Zukunft. Zum dritten Mal seit 1989 lernen die Deutschen, daß niemand sie zur Rechenschaft zieht, wenn sie Scheiße bauen. Zuerst erfuhren sie das durch die Wiedervereinigung: Die Teilung Deutschlands, von den Deutschen als Strafe empfunden, wurde nicht nur rückgängig gemacht, sondern erschien zudem nachträglich als Unrecht: »Es ist ein Urteil gefällt worden über das, was (in Deutschland) bis 45 geschehen ist: Man darf es folgenlos tun, auch wenn es unmoralisch war« (G. Fülberth).

Das Muster für den zweiten Fall schufen die Kalikumpel-Heulsusen von Bischofferode: Erst wählten sie zu 70 Prozent CDU, dann schrien sie, als die sich so verhielt, wie die SED immer gesagt hatte, und dann lachte sie niemand aus, sondern alle vergingen vor Mitleid. Stolpe (oder, von mir aus, die Grenzer) ist Nummer 3: Klar war die DDR eine Diktatur, klar hat Stolpe mitgemacht. Und?

Den Vogel schoß leider, ich kann’s nicht ändern, einmal mehr die Nationale Befreiungsbewegung PDS ab. Deren Chef, zugleich Vorsitzender des Stolpe-Untersuchungsausschusses, zog im brandenburgischen Landtag eine gewagte Parallele: Nelson Mandela, so Bisky, »rief als neugewählter Präsident als erstes zu einer Versöhnung mit seinen Gegnern auf, bei denen er 27 Jahre lang in Haft saß. In der Bundesrepublik Deutschland sehe ich weit und breit keinen Nelson Mandela.«

In Biskys Vergleich ist das Apartheidregime die DDR, das befreite Südafrika die wiedervereinigte BRD, und Nelson Mandela ist Friedrich Schorlemmer. Wer Lothar Bisky wäre, SED-Mitglied seit 1963, möchte ich gar nicht wissen. Ich weiß nur, daß ich persönlich ihn lieber nicht erleben möchte, wenn in Deutschland mal wirklich eine Diktatur zu Ende gehen sollte.

Boris Gröndahl sprach in KONKRET 7/94 mit Valentin Falin über den 20. Juli 1944

Konkret 08/94, S. 18

Otto Köhler

Giftschrank der Nation

Am 1. Juli haben die Amerikaner den Deutschen das Berliner Document Center, mehr als zehn Millionen NSDAP-Mitgliedsakten, übergeben – nicht ohne zuvor den kompletten Bestand kopiert zu haben. Aus gutem Grund

Ob der Papiermüller Hans Huber in München jemals irgendein Bundesverdienstkreuz bekommen hat – das Bundespräsidialamt in Bonn weiß es nicht, und der freundliche Herr Leitner von der Bayerischen Staatskanzlei hätte das angesichts des nicht sehr seltenen Namens nur in einer aufwendigen Suche herausfinden können, was wir ihm – bei 30 Grad Hitze – ersparen wollten. Gekriegt hat der Huber Hans mit Sicherheit keinen Orden, er konnte froh sein, daß er nicht wegen Geheimnisverrats ins Gefängnis mußte: Es waren nämlich keine Stasiakten, die er vor der Vernichtung bewahrte.

Um neun Uhr in der Früh, am 15. April 1945, fuhr auf Hubers Papiermühle ein SS-Offizier vor, dem alsbald ein ganzer Lastwagenkonvoi folgte. Hubers Lagerhaus wurde vollgefüllt mit Kisten voller Akten, und der SS-Offizier erteilte ihm, bevor er schnell wieder abfuhr, die strikte Weisung, die Papierberge durch seine Mühle laufen zu lassen und so zu vernichten. Doch der Papiermüller tat das nicht. Er schaute in die Kisten und beschloß: Kein einziges Aktenstück wandert in die Papiermühle. 14 Tage später war die US-Army da, der Hans Huber den Aktenberg übergab.

Die 65 Tonnen Naziakten aus der Papiermühle bei München wurden der Grundstock für das Document Center in Westberlin. Aus ganz Deutschland transportierten die US-Militärs erbeutete Naziakten nach Berlin-Zehlendorf zum Wasserkäfersteig, in das zum Teil unterirdische Gelände, wo zuvor die Gestapo-Abhörzentrale gesessen hatte. Insgesamt über zehn Millionen NSDAP-Mitgliedsakten, Aufzeichnungen der Reichsärzte- und der Reichskulturkammer, alles in allem rund 100 Millionen Vorgänge auf zwölf Regalkilometern oder rund 500 Tonnen Papier.

1967, zur Zeit der Großen Koalition, boten die USA dem Bundesaußenminister Willy Brandt Verhandlungen zwecks Übergabe des Document Center an. Doch der Ex-Emigrant nahm Rücksicht auf seinen Kabinettschef, das Ex-NSDAP-Mitglied Kurt Georg Kiesinger. Dieser Bundeskanzler mußte Sorge haben, daß allzu viele Relikte aus seiner Zeit als Rundfunkpropaganda-Verbindungsmann zwischen Ribbentrop und Goebbels in dem 100-Millionen-Blatt-Archiv ihrer Entdeckung harrten. Und als dann Brandt selber Kanzler wurde, sollte sein Vize und Außenminister Walter Scheel mit den USA verhandeln – problematisch: Dessen eigene NSDAP-Akte lag sicherlich auch im Document Center.

Es gab im Lauf der nahezu drei Jahrzehnte, die seither vergangen sind, immer neue Anläufe zur Übernahme der brisanten Bestände des Document Center durch die Deutschen, aber bei den Anläufen blieb es, gesprungen wurde noch lange nicht. Selbst der CSU-Rechtsaußen, der damalige Oppositionsabgeordnete Spranger hielt es 1979 für »aberwitzig, daß da jeder Student reinkommt, aber kein Abgeordneter der Opposition«. Er hatte vom damaligen Direktor des Document Center die Auskunft bekommen, daß das Archiv zwar »befreundeten« Regierungen und Wissenschaftlern offenstehe, Abgeordnete aber könnten nicht so ohne weiteres an die Akten heran.

Sein linker Kollege Hansen (SPD) kritisierte deshalb ausdauernd die SPD/FDP-Regierung. Die Auskünfte des Kabinetts Schmidt über die Zukunft des Document Center seien ein Musterbeispiel dafür, wie Parlamentarier in ihren Kontrollfunktionen »abgeschmettert« würden. Er sei, so erklärte Hansen, nach wie vor überzeugt, daß es im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten sehr unangenehm wäre, wenn durch freien Zugang zu diesem NS-Archiv ihre Betätigung im Dritten Reich ruchbar würde.

In einer Fernsehsendung der britischen BBC im Februar 1978 wurde der sozialdemokratische Abgeordnete sehr unfreundlich zur Regierung des Bundeskanzlers Schmidt: »Tatsache ist, daß die deutsche Regierung nicht will, daß diese Dokumente genutzt werden, weil sie ehemalige Nazis decken will, die in große Verlegenheit kämen, wenn gewisse Dokumente bekannt würden.«

Kiesingers Ex-Kabinettskollege Willy Brandt reagierte mit einer Absage an jegliche Aufarbeitung der NS-Vergangenheit: »Wir wären von allen guten Geistern verlassen, wenn wir ... jetzt anfangen würden, nochmal das, was vor 35 Jahren ein gewisses Ende gehabt hat, aufrollen zu wollen. Dies bringt uns innenpolitisch auch nicht einen Meter voran.«

Hansen bekam – so etwas hatte es zuvor nie gegeben – von seiner Fraktion eine strenge Rüge. Und es dauerte nicht mehrlange, da flog der Kritiker raus aus der Par-tei.

Im Oktober 1979 kündigte Bundesinnenminister Baum auf dem 53. Archivtag die Übernahme des Document Center für »spätestens 1981« an – im Juli 1987 schrieb er seinem zuständigen Parteifreund Bundesaußenminister Genscher einen ungehaltenen Brief, weil es immer noch nicht so weit war.

Doch man hatte Angst davor, daß das Document Center nicht mehr unter Westberliner Besatzungsrecht fiele, sondern dem Bundesarchiv zugeschlagen würde, wo es klare rechtliche Regelungen für den Zugang gibt. Immer wieder war von einem »Giftschrank« die Rede, in dem besonders brisante Akten von bekannten Politikern, Wirtschaftsleuten und Publizisten

lagen. In Bonn wollte man ihn nicht haben. Selbst eine Vernichtung der Papiere hätte nichts genutzt – die US-Behörden hatten sich Duplikate gezogen. Herrschaftswissen, das sie gern und sehr diskret bewahrten.

Nicht einmal ein so verdienter Mann wie Lothar de Maizière könnte heute dessen gewiß sein, daß seine etwaigen Stasiakten vor der Öffentlichkeit so geschützt würden wie die Naziakten Kiesingers – da drang nichts, was dem Bundeskanzler der Großen Koalition schaden könnte, aus dem Document Center heraus.

Andererseits könnte auch der unbekannte SS-Führer, der am 15. April 1945 mit seinem Lastwagen-Konvoi bei Hans Huber vorfuhr, sich schließlich freuen, daß sein Befehl zur Vernichtung der Akten einfach nicht befolgt wurde. Man stelle sich vor, er wäre ein paar Tage später doch noch zurückgekehrt, um die Ausführung seines Auftrags zu kontrollieren: Den Hans Huber hätte er doch glatt an die Wand gestellt und das Vernichtungswerk selbst noch vollbracht – zum Schaden von Zehntausenden ehrlichen und anständigen SS-Leuten, denen Himmler einst zuerkannte: »Von euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammenliegen, wenn 500 daliegen oder 1000 daliegen. Dies durchgehalten zu haben und dabei – abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen – anständig geblieben zu sein – das hat uns stark gemacht.« Vielen von diesen starken und anständigen Männern an ihrem Lebensabend geholfen zu haben, auch das war schließlich ein Werk des Document Center.

Es ist wahr, wir können uns heute nicht vorstellen, daß die Stasiakten eines Tages dazu dienen könnten, den westdeutschen Kundschaftern des Ministeriums für Staatssicherheit Rentenbezüge und sonstige Wohltaten des Siegerstaates zu vermitteln. Solcher Mißbrauch ist auch in Zukunft garantiert ausgeschlossen. Andererseits, völlig andererseits, dienen genau solchen Zwecken bis heute die Naziakten von damals. Da ist nicht nur die Wehrmachtsauskunftsstelle, die für die gehorsamen Veteranen des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion Dienstzeiten und Dienstränge feststellte, um ihnen die gerechte Rente, die verdiente Generalspension auszuzahlen. Nein, da offenbarte sich auch, daß ganz selbstverständlich für den freiheitlich-demokratischen Nachfolgestaat die Corporate identity der SS weitergalt, die da lautete: »Unsere Ehre heißt Treue.«

Wer aus dem Osten in die Bundesrepublik übersiedeln und als deutscher Staatsbürger anerkannt werden wollte, der hatte ganz schlechte Karten, wenn er zwar mit Courths-Mahler und Goethe aufgewachsen war, hervorragend deutsch sprach, aber schon damals den Verfolgungsmaßnahmen der SS unterlag, weil sein Blut nicht sauber war. Wer jedoch dieser SS diente, und wenn er auch nicht deutsch sprach, und wenn er auch keinen Schimmer hatte, wer Courths-Mahler und wer Goethe – Juden? – gewesen sein könnten, der und dessen Nachkommen hatten die Eintrittskarte zum freiheitlichsten Staat, den es je auf deutschem Bo-den gab. Die SS-Akten im Document Center geben den deutschen Behörden klare Auskunft, wessen Blut arisch, wer eindeutschungsfähig war – und so hätte der Hans Huber, wenn schon nicht dafür, daß er die NS-Akten nicht vernichtete, dann ganz bestimmt dafür, daß er sie ungewollt aufbewahrte, ein besonders großes Bundesverdienstkreuz verdient.

Gewiß, nicht nur die Versorgungsbehörden, auch westdeutsche Wissenschaftler hatten in den letzten Jahren nach den Bedingungen des Bundesarchivs Zugang zu den Personalakten (der Gesuchte mußte 30 Jahre tot oder vor 100 Jahren geboren oder unzweifelhaft Person der Zeitgeschichte sein). Für Westberliner aber galten lange Zeit schärfere Bestimmungen. Senatsdirektor Hans Peter Magen, der in der Westberliner Innenverwaltung über den Zugang Westberliner Wissenschaftler zu befinden hatte, sorgte – wie er an einem Beispiel ganz offen erläuterte – als Mann der Exekutive zugleich auch für die Wahrung des korrekten Geschichtsbildes. Sein Geschichtsamtsverständnis – laut »Frankfurter Rundschau« vom 4. Februar 1989: »Da wollte ein Forscher Einblick in die Akten eines Widerstandskämpfers des 20. Juli. Nach Hitlers Machtübernahme aber hatte der Mann zunächst ›die Berliner Verwaltung von Demokraten gesäubert‹, erläuterte Magen. Die Witwe erhob Einspruch, weil sie nicht wollte, so Magen, daß ›der Nimbus zerstört‹ werde. Das Material blieb unter Verschluß.«

Erst jetzt, da selbst das älteste Kabinettsmitglied, wenn auch nur aus nachrechenbaren biologischen Gründen, keine eigene NS-Akte mehr im Document Center zu fürchten hat, und da zudem der Stasi-Aktenberg den Blick versperrt, konnte das »Danaergeschenk«, wie es in Bonn genannt wurde, endlich in deutsche Hände übergehen. Die USA haben zuvor – und das ist gut so – von allen Akten Kopien angefertigt, die in Washington zugänglich sind.

Pünktlich zur Übergabe des Document Center am 1. Juli wurde die Nachricht einer NSDAP-Mitgliedschaft des ehemaligen Außenministers Hans-Dietrich Genscher in Umlauf gebracht, um jedem die Lächerlichkeit des Studiums alter Akten deutlich zu machen. Wenn ein unmündiger Siebzehnjähriger im letzten Jahr des Nazireiches einenAufnahmeantrag für die NSDAP unterschrieb, ist dies von solch schockierender Nebensächlichkeit, daß die allseitige Verbreitung einer diesbezüglichen Meldung nur als Schutzimpfung gedacht sein kann: Wenn das alles ist, wenn nichts Brisanteres im Document Center zu entdecken bleibt, dann braucht man sich dort auch nicht mehr umzutun.

Diese Schutzimpfung ist wichtig, denn brisante Überraschungen sind tatsächlich zu erwarten, falls sich neugierige Historiker in dem vom Bundesarchiv übernommenen Document Center an die Arbeit machen. Der Historiker Götz Aly antwortete 1988 in einem Interview mit der »Taz« auf die Frage, ob dort noch brisantes Aktenmaterial lagere: »Natürlich.

Hunderttausende von wertvollen und einmaligen Dokumenten über die NS-Zeit, die zum Teil noch überhaupt nicht aufgefunden sind, weil es auch bei den 30 Millionen Namen, die dort erschlossen sind, ja auch unendlich viel Mühe macht, dort zu arbeiten.« Er habe, sagte Aly damals, »noch keinen der Kontrahenten des Historikerstreits« dort jemals getroffen – »und zwar von beiden Seiten«. Das eigentliche Problem des Document Center sei: »Es wird viel zu wenig genutzt, und das liegt auch an der Faulheit der Historiker.«

Doch die glauben – und darin bestärkt sie der dickste Historiker der Republik – sie hätten ihre Hausaufgaben längst gemacht. Ob das der Grund ist, warum auch durchaus achtbare Historiker wie Wolfgang Benz, der das Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung leitet, die Bedeutung des Document Center herunterspielen? Zur Übergabe des Archivs an die Deutschen erklärte er jetzt der »Süddeutschen Zeitung«, warum Historiker den Weg dorthin für wenig erfolgversprechend halten: »Nach den Nürnberger Prozessen, der Entnazifizierung und der Tatsache, daß sich jetzt seit fast fünfzig Jahren Historiker mit dieser Dokumentensammlung beschäftigt haben, glaube ich nicht, daß sich darin noch großartige Geheimnisse befinden. Was sollen denn da für Enthüllungen kommen?«

So muß er schon 1988 über Archivarbeit gedacht haben. Damals hatte Benz in München als Mitarbeiter des in seinen Editionen sehr wählerischen Instituts für Zeitgeschichte zusammen mit seinem IfZ-Kollegen Hermann Graml ein *Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik* herausgegeben. Dort steht – verfaßt von IfZ-Mitarbeiter Hellmuth Auerbach – über die Zeit, die der bedeutende Mitvater des Grundgesetzes und erste Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hermann Höpker-Aschoff, im Dritten Reich verbrachte, dieser einzige Satz: »1933-45 lebte er in Bielefeld und trieb private Studien.« Am Ende der Eintragung über den ehemaligen preußischen Finanzminister (1925-1931) steht als Hinweis über den Verbleib seines Nachlasses: Bundesarchiv, Koblenz. Das ließe sich, wenn man wollte, von München im IC in fünf Stunden erreichen, die jedes IfZ-Mitglied nutzbringend mit der Lektüre eines Propädeutikums zur Quellenkunde verbringen könnte. Wer telefonisch vorbestellt hätte, hielte nach weiteren zehn Minuten Busfahrt (Linie 2) im Bundesarchiv die dicken Nachlaßakten NL 129 Höpker-Aschoff in der Hand, und schon nach kurzem Blättern würde sogar ein Mitglied des Instituts für Zeitgeschichte bemerken, daß es sich aus dem Bestand R144 Akten der Haupttreuhandstelle Ost bestellen müßte, die die Plünderung polnischen und jüdischen Eigentums betrieb. Insbesondere die Akte R144/319 mit den Protokollen der Treuhand-Leitersitzungen, auf denen ein gewisser Hermann Höpker-Aschoff, eben der, der nach Angabe der Zeitgeschichtler im fernen Bielefeld »private Studien« trieb, die Verschleppung von zwei Millionen Polen als Zwangsarbeiter ins großdeutsche Reich forderte. Kurz, auch die besten Archive nützen nichts, wenn es keine Historiker gibt, die sie benutzen.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 7/94 über die NS-Wirtschaftspläne für die Nachkriegszeit

Konkret 08/94, S. 20

Michael Schilling

FAZens Fischer fischt frische Faschos

Wie der Italien-Korrespondentder »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, Heinz-Joachim Fischer, den Deutschen die schönen Seiten am Faschismus erklärt

Strukturen und Organisationsformen wie die sozialen Sicherungssysteme, das Verhältnis individueller zu kollektiver Verantwortung, die bundesstaatliche Ordnung oder die gegenwärtig praktizierten Formen der Parteiendemokratie stehen auf dem Prüfstand.
Kurt Biedenkopf in der »FAZ«

Nach dem Scheitern des Kommunismus und der anscheinend wachsenden Funktionsschwäche der traditionellen Demokratien bleibt der Faschismus eine der Möglichkeiten der Politik.
Johannes Gross in der »FAZ«

Die alten Organisationsformen auf dem Prüfstand, der Faschismus eine neue Möglichkeit – an welcher Demokratie ließe sich der Fall besser exemplifizieren als an Italien, wo die Faschisten, die sich dort auch nach 1945 noch Faschisten nannten, jetzt in eine bürgerliche Regierung aufrücken konnten? Heinz-Joachim Fischer heißt der Mann, der es übernommen hat, jenen Deutschen, die sich die zitierten Gedanken machen, in ihrer »Frankfurter Allgemeinen«, deren Korrespondent in Rom er ist, die italienischen Rezepte für die deutsche Küche von morgen aufzuschreiben.

Nach fünfzig Jahren bringt die Erinnerung Verwirrendes hervor/Nicht alles Unrecht in Italien haben die Deutschen verübt heißt Fischers Beitrag in der »FAZ« vom 15. Februar 1994. In ihm beklagt er, daß *die Bedeutung der Resistenza, des italienischen Widerstands gegen den Nazi-Faschismus... nach dem Zweiten Weltkrieg gezielt aufgebaut und überhöht* worden sei zu einem *Gründungsmythos zum Schutz der neuen Demokratie.* Dieser Mythos schwinde nun, *selbst eine immer höhere Dosis der Entrüstung (verfehlt) ihre pädagogische Kraft* – wie das eben so ist mit dem verordneten Antifaschismus. Voll Sympathie zitiert Fischer das Verlangen des stellvertretenden Bürgermeisters von Padua in einem Brief an den Präsidenten Clinton, die USA sollten gefälligst die Rekonstruktion der von US-Truppen 1944 bei der Befreiung Italiens zerstörten Abtei Montecassino finanzieren. Daß damals, vor den barbarischen Amis, *wenigstens wertvolle Kunstschätze aus Montecassino gerettet werden konnten, ist das Verdienst des Oberleutnants Schlegel,* und wer wären Fischer und seine Frankfurter Allgemeinen, es unerwähnt zu lassen?

Im Monat darauf, am 23. März, gedenkt Fischer das nächsten Jahrestags: *Der Partisanenanschlag in der römischen Via Rasella war ein gelungenes Attentat. 33 Soldaten des Polizeiregiments »Bozen«, Deutsche aus Südtirol, wurden dabei getötet, als Vergeltung 335 Italiener von der deutschen Besatzungsmacht in der italienischen Hauptstadt erschossen. So war es gedacht,* nämlich von den Partisanen, die ja wußten, was die Deutschen tun würden, also die eigentlichen Täter waren. Dennoch seien lange Zeit *die Repressalien als Beispiel ungezügelter Grausamkeit der Nazi-Deutschen gegenüber dem italienischen Volk angeprangert, die erschossenen Geiseln als Opfer der Freiheit verherrlicht worden.* Das höre aber jetzt auf: *Es scheint, daß nach 50 Jahren das kommunistische Befreiungs- und Anprangerungskalkül seine Schuldigkeit getan hat.* Es sei richtig, wie die Südtiroler Zeitung »Dolomiten«, von »368 unschuldigen Opfern« zu reden, und *auch die »Unita« sollte nicht länger Heldenlegenden weben. Wer Tote zusammenzählt, die Opfer der einen wie der anderen Seite beklagt, handelt nur nach anachronistischer Ideologie »politisch unkorrekt«.*

Eine Woche später haben die Italiener gewählt, und Teil des siegreichen Dreibunds ist auch die »Nationale Allianz« der Faschisten. Nein, sagt Fischer, es ist dies zwar eine *Rechtspartei faschistischen Ursprungs*, aber direkt hervorgegangen ist sie *aus der postfaschistischen »Sozialbewegung«*, und wer wäre in einem Land nach dem Faschismus nicht nachfaschistisch, weshalb ihr Parteichef, der Mussolini für den größten italienischen Staatsmann des Jahrhunderts hält, nicht der Faschist Fini, sondern *der national ausgerichtete Fini* heißt. Das Wahlergebnis bedeutet Fischer eine *weitgehende Erneuerung des Parlaments*, den Abschied von *Parteien-Streit und Parteien-Schacher*. Fini habe, was *die alten Vorurteile gegenüber der Rechten* angehe, *das Feld aufgepflügt*. Fischer: *Sicher ist schon jetzt, daß der Ausgang dieser Wahlen in Europa nachhallen wird.* Und er liefert den gewünschten Hall gleich mit: *Nicht Italien ist nach rechts gerückt, sondern eine absolute Mehrheit der Italiener hat sich in den neuen politischen Formationen der Rechten und der Mitte wiedererkannt.*

In den folgenden Tagen muß sich Fischer dem unerwünschten Nachhall widmen, den die Wahl der Faschisten erzeugt hat. Am 31. März preist er den *höflichen, doch energischen Fini* an, am 2. April jedoch, nach Finis erneutem Hoch auf Mussolini, muß er ihn den *nationalistischen Fini* nennen und sich von der Heimatredaktion seine *nationalistisch ausgerichteten Post-* zu *Neofaschisten* umredigieren lassen. Noch eine Woche später, am 5. und 7. April, geht's mit *dem*

Neofaschisten Fini und seiner postfaschistischen »Nationalen Allianz« und der *neofaschistischen »Nationalen Allianz«* ganz durcheinander.

Mitte des Monats kriegt Fischer die Sache aber endgültig in den Griff: Es frage sich überhaupt, *ob die alten Bezeichnungen links, rechts, Mitte noch taugen*, und wenn schon, dann sei für die neue Regierung *die Bezeichnung »rechte Mitte« vorzuziehen.* Was sie auszeichne, sei ein *unbekümmerter Bruch mit einer von Korruption belasteten Vergangenheit und zahlreichen Vorurteilen.* Die hätten sich gezeigt, als die neue Mehrheit eine Frau für die Präsidentschaft der Kammer vorgeschlagen habe: *Wie stark manche Politiker noch dem alten Regime* (Regime = eine bürgerliche Demokratie, in der erklärte Faschisten nicht mitregieren dürfen) *verhaftet sind, erwies sich daran, daß sie die junge, dem engagierten Katholizismus verpflichtete Journalistin und Verlagslektorin als »Antisemitin« und »Faschistin« zu diskreditieren suchten.*

Fischer sagt wochenlang nicht, ob es für die Vorwürfe einen Grund gibt oder nicht – wer die Worte Antisemitismus oder Faschismus auch nur gebraucht, ist nicht mehr zu gebrauchen. Im neuen Italien, und das heißt hier wie überhaupt: Im Kopf des Italien-Korrespondenten Fischer, *werden die ideologischen Einteilungen rechts- und linksradikal als überholt angesehen – auch wenn noch intellektuelle Rückzugsgefechte mit Vorwürfen wie antidemokratisch und antisemitisch, faschistisch oder kommunistisch geführt werden.* Obwohl man natürlich *mit besserem Recht die Linksdemokraten nun Post-Kommunisten nennen könnte* als die »Nationale Allianz« Postfaschisten. Denn *die »Nationale Allianz«, der ehemalige »Movimento Sociale Italiano« (MSI), bekennt sich zur Rechten und gewann mit dieser Offenheit 13 Prozent der Stimmen. Früher waren die vom MSI einfach Faschisten oder bestenfalls Neofaschisten, was für die kommunistische Linke jedoch nicht Herkunft und demokratische Reform angab, sondern eine besonders raffinierte Form der Verschleierung der politischen Wurzeln – weshalb man sie aus dem politischen Spiel wie Parias ausschloß.*

Endlich ist Schluß damit: *Die Italiener kennen das autoritäre Regime des Faschismus und lehnen es ab; sie vergessen als Patrioten jedoch nicht, daß Mussolini nicht für Auschwitz verantwortlich ist, das Land modernisiert hat und ohne Hitler keinen Krieg in Europa geführt*, sondern nur unzählige Afrikaner abgeschlachtet hat. Darin ist sich Fischer mit seiner Heldin, der *Signora Presidente* einig, dieser *zierlichen Streiterin mit dem wilden Haarhelm, die ihre Energie aus einem festen Glauben und der christlichen Tradition* zieht und sich nicht bloß deshalb Faschistin nennen lassen will, weil sie am Faschismus »gute und schlechte« Seiten sieht.

Denn jetzt, am 26. April, ist bei Fischer und *in Italien der antifaschistische Vorbehalt gefallen, ein Tabu des Vergangenheitserbes gebrochen, ein Denkverbot überschritten. Ob es gefällt oder nicht, eine Mehrheit der italienischen Wähler rückte von der reflexartigen Verurteilung des Faschismus ab und will unterscheiden zwischen dem Guten und dem Schlechten damals, in welchem Mischungsverhältnis auch immer... Der antifaschistische Hebel... taugt also nicht mehr in der politischen Auseinandersetzung heute... Auch jenen, die für Hitler Verantwortung tragen, ist nun die antifaschistische Ausflucht versperrt... In Italien ist der Historikerstreit entschieden.*

Ob vielleicht viele Italiener, fragt Fischer nicht zuletzt sich, *es leid sind, die nicht unumstrittene Realität der Resistenza als Höhepunkt ihrer Geschichte zu nehmen?* Nicht wenige Italiener meinten (und Fischer mit ihnen): *Der Periode des Faschismus von 1922 bis 1943/45 sei nicht eine pauschale Verdammung angemessen – das wäre nur die Erfüllung linker Propaganda – , sondern eine differenzierende Sicht.* Wenn Signora Presidente den Duce *wegen dessen sozialer Gesetzgebung zum Schutz von Frau und Familie* lobe oder Fini ihn als größten italienischen Staatsmann des Jahrhunderts preise, *dann werden solche Sätze in Italien nicht als ungeheuerliche oder unfaßbare Entgleisungen verstanden, die geradewegs nach Auschwitz führen, sondern als diskussionswürdiger Versuch, die nationale Geschichte zu deuten.* Und manche Deutsche wie speziell der »FAZ«-Korrespondent weisen in diesem Zusammenhang gern auf *den von den Alliierten gezielt eingesetzten Bombenterror gegen italienische Städte (hin), bei dem mehr Italiener umkamen als durch deutsche Einwirkung.*

Als der deutsche Kanzler Italien besucht, erklärt ihm Heinz-Joachim Fischer, *was Kohl in Rom lernen kann*, und zwar *aus dem Zerfall der italienischen Schwesterpartei und dem Aufstieg des Fernsehkönigs Berlusconi. Man kann dagegen zunächst Empörung mobilisieren, Entrüstung über angeblichen oder vermeintlichen Mißbrauch von Fernsehmacht und die Ausnutzung eines »rechten« Wählerpotentials. Es ist jedoch fraglich, ob diese Ausgrenzungs-Mechanismen noch funktionieren. In Italien jedenfalls haben sie kaum noch Wirkung gezeigt. Sie setzen nämlich voraus, daß man zunächst die Wähler zur politisch korrekten Ansicht erzieht, bevor man von ihnen gewählt werden kann.* Was das Kohl lehren soll? *Wer meint, die demokratischen Auseinandersetzungen zwischen links und rechts mit ideologischen Vorurteilen bestreiten zu können, täuscht sich in den Wählern.* »Die Vorurteile« ist nur eines: *In Italien geht es nicht mehr um den Faschismus, sondern um die Bewältigung der bekannten nationalen Notstände.* Wie bei uns.

Mitte Mai heißen Italiens Faschisten bei Fischer nur noch *die rechte »Nationale Allianz« unter dem Sekretär Fini*, denn *inzwischen werden die Mobilisierung des Antifaschismus und die Empörung über postfaschistische Elemente in der Regierung Berlusconi weithin entweder als Pflichtübung der linken Opposition angesehen oder als Bekundungen politischer Korrektheit von Publizisten.* Umso verblüffter tut Fischer, daß *wie das Kaninchen auf die Schlange alle Welt darauf starrt, ob sich in Italien der Faschismus wiederbelebt.* In Italien gebe es ganz andere nationale Notstände: *Da sind*

nicht wenige besorgt. Sie fürchten, daß die Linke in einen Kommunismus zurückfallen könnte. Weil aber die nicht wenigen vor allem aus dem Italien-Korrespondenten der »FAZ« bestehen, widmet er sich gleich wieder den mehreren: *Vielleicht sollten die Linksdemokraten und Kommunisten dabei auch auf das Instrument des Antifaschismus und ihre antideutsche Obsession verzichten. Die Italiener reagieren auf den Faschismus nicht mehr so wie die Kinder vor dem schwarzen Mann. Wenn... über das Unrecht von damals detailgenau berichtet wird, so gleitet das Geschichtsbewußtsein ab in die Klischees von Gruselstorys, die mit der heutigen Wirklichkeit nichts mehr zu tun haben.*

Bis hierher hat Fischer zwar den Antifaschismus bekämpft, das offene Lob des Faschismus aber seinen Idolen Fini und Signora Presidente zugeschoben. Am 18. Mai endlich findet er selber den Mut, sich in einen römischen Großvater zu versetzen, der seinem Enkel die schönen Seiten am Faschismus erklärt: *Wenn dem siebzigjährigen Römer nicht die Zukunft des Landes am Herzen läge, würde er wie in den letzten fünfzig Jahren den Mythos des Antifaschismus als Keimzelle der italienischen Demokratie bestehenlassen. Da es ihm aber auch um jene bürgerlichen Werte geht, deren Italien heute wohl bedarf und die nicht deshalb schlecht sind, weil sie vom faschistischen Regime einmal mißbraucht wurden, unterscheidet er: Der propagierte Antifaschismus der Linken sei nicht dasselbe wie der Widerstand aufrechter Demokraten.*

Fischers römischer Opa führt seinen Enkel zum Foro Italico: *Dort steht am Tiber ein hoher Obelisk aus weißem Marmor mit den nie getilgten Buchstaben des Erbauers der immer noch größten Sportstätten der Ewigen Stadt: »Dux Mussolini«. »Der Faschismus ist Teil unserer Geschichte. Es hilft nichts, sie mit dem Bannfluch zu belegen. Schließlich waren damals alle Italiener Faschisten.«* Vor allem die Kämpfer der Resistenza.

Am 18. Mai schreiben Fischer, sein Opa und die »FAZ« die Geschichte, wie sie ihnen gefällt: *Was in Italien in den zwanziger und dreißiger Jahren geschah, ist bisher vornehmlich unter dem Gesichtspunkt betrachtet worden, welche Verstöße gegen die Prinzipien der individuellen Freiheitsrechte und der Demokratie und gegen die Minderheiten zu verzeichnen waren. »So hat die große Mehrheit der Italiener das nicht erlebt«, behauptet der alte Römer. Urbanistische Projekte – ob geglückt oder nicht – wurden in Angriff genommen, wie etwa die Straßen vor Sankt Peter oder vor dem Forum Romanum. Im Süden Roms plante man eine neue Stadt, das heutige EUR-Viertel, die das historische Zentrum entlasten sollte. Die dortigen Gebäude, etwa die Paläste für die Sozialversicherung und die staatliche Versicherung bezeugen nicht nur den – gelungenen oder entartenden – Bauwillen des Regimes, sondern auch seine sozialen Leistungen.*

Am 7. Juli schließlich zieht Fischer in einem Leitartikel unter dem beziehungsreichen Titel *Italien, der Faschismus und wir* Bilanz. Er weiß jetzt, was er im März und April erst hoffen durfte: *Die europäische Linke hat recht, sich über die politische Entwicklung der letzten Monate in Italien beunruhigt, besorgt zu zeigen. Was sich seit bald einem Jahr unter den Wählern und im Parteiengefüge südlich der Alpen tut, mußte Sozialisten und Sozialdemokraten, ehemalige oder wiederauferstandene Kommunisten alarmieren. Schließlich ist ihnen ein ganzes Koordinatensystem der politischen Kultur in wenigen Wochen durcheinandergeraten. Ein halbes Jahrhundert war der Faschismus mit Acht und Bann belegt..., verstoßen aus dem demokratischen Machtfeld, weitab von republikanischer Korrektheit.* Nun aber werde es eine offene Diskussion geben, *bei der die Teilnehmer gleiche Chancen haben, mag man sie ob ihrer Vergangenheit oder um der Polemik willen mit Lenins brutalem Klassenkampf, Stalins Schlächtereien, Mussolinis »Irrtümern« oder Hitlers Konzentrationslagern beflecken können.* Eine »offene Diskussion« und gleiche Chancen für die, die man mit Hitlers Konzentrationslagern treffen kann: die alten und die neuen Nazis.

Und auch die sprachliche Adelung seiner Klientel bringt FAZens Fischer in diesem Leitartikel zu Ende: Aus den Faschisten, die Neofaschisten genannt wurden, hatte er erst Postfaschisten, dann nationale Rechte gemacht. In der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 7. Juli 1994 nennt Fischer die Faschisten *Anti-Anti-Faschisten* und lobt anonyme italienische Historiker, die davor warnten, jene *aus der demokratischen Gesellschaft* auszuschließen. *Damit sind sieden meisten ihrer deutschen Kollegen voraus, und das wohl auch deshalb, weil sich in Italien von rechts nach links so etwas wie ein natürlicher Nationalstolz erhalten hat.* Deutschland von rechts nach links, erwache!

Michael Schilling schrieb in KONKRET 2/93 über die deutschen Freunde Bosniens

Konkret 08/94, S. 22

Wolfgang Schneider

Totaler Konsens

Der amerikanische Journalist David Binder ist der Frage nachgegangen, wer für den Granatenanschlag auf den Zentralmarkt von Sarajevo am 5. Februar dieses Jahres verantwortlich gewesen ist, der die deutsche Presse in einen ganz besonderen Kriegsbegeisterungstaumel versetzte

Eine Chronik in Schlagzeilen

6.2.94

Sarajevo-Blutbad: Granaten zerfetzten Mütter beim Einkaufen – Mit diesem Angriff richteten die Serben das schlimmste Blutbad seit der Belagerung vor 22 Monaten an (»Bild am Sonntag«)

7.2.

Empörung über Sarajevo-Blutbad: Bombt die Mörder nieder! – Eine serbische Granate (120mm) explodierte mittags auf dem Marktplatz von Sarajevo – ein Massaker! (»Bild«); *Wann, wenn nicht jetzt? Nach dem Massaker von Sarajevo – Rufe nach Schlägen gegen die serbischen Belagerer* (»FAZ«); *Wie lange noch?* (»FR«); *In Sarajevo tötete eine Granate 68 Menschen – Das schwerste Massaker unter den vielen, die von den serbischen Belagerern an den Zivilisten der bosnischen Hauptstadt verübt wurden* (»Taz«); *Eine neue Runde in der Interventionsdebatte – Luftangriffe auf serbische Stellungen machen vor allem psychologisch Sinn* (»Taz«); *Weg mit dem Waffenembargo! – Europäisches Forum für Bosnien-Herzegowina gegründet* (»Taz«); *Sarajevos schlimmste Stunde – Weltweite Empörung über Massaker* (»Welt«); *Blutbad in Sarajevo ruft weltweit Entsetzen und Forderung nach Eingreifen hervor – Auch Bonn nun unter den Befürwortern von Luftangriffen* (»ND«); *Sarajevo – Die Nato-Bomber stehen schon bereit* (»Bild«); *Sie karrten Leichen auf Lastwagen weg – Moslems fordern: Hebt das Waffenembargo auf – Weltweit Abscheu über Massaker in Sarajevo* (»HH-Morgenpost«); *Neue Scheindebatte über Luftangriffe* (»Taz«); *Massaker in Sarajevo schreckt Westen auf – Ruf nach Militärschlag* (»FR«)

8.2.

Gerassel oder Geklapper? – Die meisten europäischen Regierungen setzen noch immer auf Verhandlungen mit den Serben (»FAZ«); *Sarajevo – Was passiert, wenn die Nato bombt? ... bomben die Serben dann bei uns? – Bild-Leser empört: Die Politiker quatschen nur!* (»Bild«); *Warten statt Taten für Bosnien* (»Taz«); *EU für Luftangriffe gegen Serben* (»Welt«); *Das Versteckspiel ist zu Ende – Heute berät die Nato über Luftangriffe in Bosnien* (»Taz«); *EU befürwortet Luftangriff in Bosnien – »Belagerung Sarajevos mit allen Mitteln aufheben«* (»FR«); *Europa ist einig: Luftangriffe auf Serben – Ohne Gewalt wird das Morden nicht enden – Wer kann die Nato-Bomber losschicken?* (»HH-Morgenpost«); *Sarajevo ist überall* (»Taz«)

9.2.

Clinton will angreifen – Ultimatum an die Serben (»HH-Abendblatt«); *Bosnien-Führung ruft nach US-Luftattacken* (»ND«); *Rühe: Waffen für die Bosnien-Moslems!* (»Bild«); *Washington will die Nato für Luftangriffe in Bosnien gewinnen* (»FAZ«); *Clinton für Luftangriffe gegen serbische Stellungen – Rußland lehnt Intervention weiterhin strikt ab* (»SZ«); *Floskeln und leere Drohungen – Was der Westen der Strangulierung Sarajevos entgegensetzt* (»FAZ«); *Moskau macht Front gegen Luftangriffe in Bosnien* (»FR«); *Nato nach Frist für Luftschläge auf Bosnien* (»Welt«); *Nato einig über Ultimatum an Serben* (»FR«); *Sarajevo: Die Nato greift ein – Jetzt droht Nato den Serben mit Krieg* (»HH-Morgenpost«); *Nato darf in Ruhe weiterreden* (»Taz«)

10.2.

Die Nato will den Serben in Bosnien ultimativ mit Luftangriffen drohen – Moskau sperrt sich gegen militärische Schläge / Rußland bekennt Farbe (»FAZ«); *Nato stellt bosnische Serben vor die Wahl: Abzug der schweren Waffen oder Luftangriffe* (»SZ«); *80 Nato-Kampfflugzeuge einsatzbereit gegen Serben* (»FR«); *Ende der Scheinheiligkeit* (»FR«); *Moskau sperrt sich gegen militärische Schläge gegen serbische Stellungen bei Sarajevo / Grundsätzliche Einwände Rußlands gegen Luftangriffe auf Serben in Bosnien – »Aktion durch Beschlüsse des Sicherheitsrates nicht gedeckt«* (»FAZ«); *»Bomben auf Jugoland« – Nato bereitet Luftangriffe auf bosnische Serben vor* (»ND«)

11.2.

Serben geben sich unbeeindruckt – Rußland fordert Sitzung des Weltsicherheitsrates / Rußland leiht Serben diplomatisches Gewicht (»Taz«); *Rußland widerspricht Ultimatum der Nato* (»FR«); *Serben drohen der Nato Terror an* (»Welt«); *Nato*

droht mit Kampfeinsatz – UN-Resolution 836 ermöglicht Militäraktion in Bosnien – Kinkel denkt an logistische Hilfe (»FR«)

12.2.

Moskau sperrt sich nicht mehr – Keine Blockade von Nato-Angriffen auf Serben geplant (»FR«); *Luftangriffe – die Russen geben nach* (»HH-Morgenpost«); *Bosnien: Moskau lenkt ein* (»Welt«); *Überraschende Wende Rußlands – Boutros-Ghali kann über Luftangriffe entscheiden / Kinkel warnt Moskau vor einem Rückfall in alte Verhaltensmuster – »Russische und deutsche Interessen stimmen nicht immer überein«* (»FAZ«); *Nicht nur Artillerie im Visier der Nato – Einsatzplaner sind auch auf mögliche Ausweitung der Luftangriffe vorbereitet* (»Taz«)

13.2.

Nato-Planung für Luftangriffe auf 35 Artillerie-Stellungen bosnischer Serben abgeschlossen – Deutsche Soldaten in AwacsFlugzeugen sind beteiligt (»Welt am Sonntag«)

14.2.

BOMBEN FÜR DEN FRIEDEN – Stoppt die Nato die Serben? (»Spiegel«-Titel, Nr. 8/94)

Mitte Februar

Ja, Tapferkeit. Wir sind da. Die Soldaten der Bundeswehr erfüllen ihren Auftrag, auch unter persönlicher Gefährdung. (Anzeige der Bundeswehr in deutschen Zeitungen)

»Einsatz in Bosnien ja«

Wir wissen, wie es weiterging: Die serbischen Streitkräfte beugten sich dem Ultimatum. Sie zogen ihre schweren Waffen aus der näheren Umgebung Sarajevos ab bzw. übergaben sie der Unprofor. Die muslimischen Truppen nutzten die Gelegenheit und bauten ihre Stellungen in und um Sarajevo aus. Es folgten der Abschuß zweier serbischer Maschinen durch Nato-Kampfflugzeuge, die von muslimischer Greuelpropaganda begleitete Intensivierung der Belagerung Gorazdes durch serbische Verbände (s. Artikel von Boris Gröndahl: ‘Die Wahrheit über Gorazde’), zwei amerikanische Luftangriffe auf serbische Stellungen ebendort, ein erneutes Ultimatum der Nato an die Serben, deren Rückzug aus der unmittelbaren Umgebung von Gorazde, der Abschluß eines Bündnisses zwischen Kroaten und Muslimen, die Aushandlung eines mehrwöchigen Waffenstillstands für ganz Bosnien, sein Bruch durch eine großangelegte Offensive muslimischer Truppen an allen Fronten, usw.

Das Massaker auf dem Zentralmarkt von Sarajevo markiert also in zweifacher Hinsicht einen Wendepunkt im jugoslawischen Bürgerkrieg: Zum einen befinden sich die bosnischen Serben seither nicht nur diplomatisch, sondern auch militärisch in der Defensive, zum anderen hat der Anschlag sowohl zum ersten Kriegseinsatz der Nato seit ihrer Gründung als auch zum ersten Kampfeinsatz von US-Streitkräften in Europa nach 1945 geführt. Grund genug für den amerikanischen Journalisten David Binder (»New York Times«), sich noch einmal mit der Frage zu beschäftigen, wer für das Gemetzel des 5. Februar verantwortlich war.

Nach Durchsicht der diesbezüglichen UN-Dokumente und nach Befragungen der mit der Untersuchung des Falles befaßten (auch: Geheimdienst-)Spezialisten kommt Binder in einem ausführlichen Beitrag für die Züricher Wochenzeitung »Weltwoche« (Nr. 24/94), die bereits seit mehreren Monaten die Jugoslawienberichterstattung der westlichen Medien diskutiert (s. die Beiträge von Peter Brock und Martin Lettmayer in KONKRET 3 + 4/94), zu dem Ergebnis, daß a) weder geklärt wurde noch sich wird eindeutig klären lassen, auf wessen Konto der Anschlag ging, b) gewichtige Indizien für eine muslimische Täterschaft sprechen, c) vor allem die Clinton-Administration auf drastischen Maßnahmen gegen die Serben bestand, obwohl sie wußte, daß die Schuldfrage völlig offen war, ja, daß »keine der Unprofor-Untersuchungen ... den Serben die Verantwortung zu(schrieb)«. Binder fügt hinzu: Weder in den Tagen nach dem Anschlag noch irgendwann später »(gab es) einen klaren Hinweis oder irgendeinen Bericht vom Tatort, der die bosnisch-serbischen Truppen mit dem Anschlag in Verbindung gebracht hätte«, im Gegenteil seien »Spitzenbeamte der Uno wie auch der EG« überzeugt davon, »daß eine muslimische Einheit jene Granate abgefeuert habe«.

Diese Annahme werde, schreibt Binder, durch mehrere Indizien gestützt, unter anderem –

»durch frühere Unprofor-Berichte über Zwischenfälle ..., bei denen muslimische Soldaten vorsätzlich auf muslimische Zivilisten geschossen haben«; –

»durch Erklärungen des früheren Muslim-Kommandanten Juka Prazina, der im vergangenen Herbst in aller Öffentlichkeit damit prahlte, muslimische Stellungen in Sarajevo mit Granaten beschossen zu haben, um seine ehemaligen Waffenbrüder zu Angriffen gegen die Serben zu provozieren und dadurch den Konflikt zu verschärfen«; –

durch die Abschiedsbotschaft des Chefs der Unprofor-Truppen in Bosnien-Herzegowina, Generalleutnant Francis Briquemont, vom 9. Januar dieses Jahres, in der es heißt: »In Sarajevo provoziert die (muslimische) BiH-Armee die BSA (Serben) täglich. Dies ist für uns sehr leicht festzustellen, da sich die BiH-Mörser ganz in der Nähe von Unprofor-Einheiten befinden«; –

durch die Tatsache, daß auch Unprofor-Kommandant Michael Rose annahm, »Muslime hätten möglicherweise auf ihre eigenen Landsleute geschossen«. Zu den von ihm für den 9. Februar anberaumten Waffenstillstandsverhandlungen erschien der muslimische Kommandant, General Jovan Divjak, nämlich erst, nachdem Rose ihm und dem bosnischen Präsidenten Izetbegovic damit gedroht hatte, einen geheimen Bericht zu veröffentlichen, der »muslimische Schützen mit dem Angriff auf den Marktplatz in Verbindung« bringen würde. Woraufhin Divjak unverzüglich zum Verhandlungsort fuhr »und unterschrieb«; –

durch eine Kurzmeldung, die der UN-Sonderbeauftragte Yasushi Akashi einige Tage nach dem Anschlag an Generalsekretär Boutros-Ghali sandte: »Zwar könne niemand sicher sein, aber ›höchstwahrscheinlich‹ seien bosnische Muslime die Täter.«

Höchstwahrscheinlich – denn natürlich ist durch diese Hinweise eine muslimische Verantwortung für das Marktplatz-Massaker keineswegs bewiesen, zumal die ersten Untersuchungen des Tatorts, die den Granatwerfer in muslimischem Gebiet orteten, durch spätere dahin relativiert wurden, daß das Geschoß aus einer Gegend gekommen sei, in der sich auch serbische Truppen aufhielten. Allemal aber geben Binders Recherchen Anlaß, an eine der in den letzten Jahren so zahlreich gewordenen Sternstunden des hiesigen Pressewesens und daran zu erinnern, daß im antitotalitären Konsens deutscher Demokraten »der Gegenbegriff gegen den Totalitarismus der des Pluralismus ist«, wie der Historiker Horst Möller vor zwei Jahren ausgerechnet auf einer Veranstaltung verkündet hat, die den Gemeinsamkeiten der »Vergangenheitsbewältigung 1945 und 1989« mit voraussagbarem Erfolg auf die Spur zu kommen sich bemühte.

Der totale Konsens der deutschen Berichterstattung über den Krieg im ehemaligen Jugoslawien antizipiert jene totale Bereitschaft zum Dienst am Vaterland, die losbrechen wird, sobald deutsche Soldaten wieder ausrücken, um sonstwo auf der Welt nicht Brunnen zu bohren, sondern Ordnung zu schaffen. »Daß die Bundeswehr (nach dem Karlsruher Urteil, W.S.) überall auf der Welt eingesetzt werden darf«, bedeutet nun bereits auch dem Chefredakteur der linksliberalen »Woche«, Bissinger, »vor allem Verpflichtung für die politische Nomenklatura, sich ihrer Verantwortung zu stellen«: »Die deutschen Interessen hätten spätestens nach der Wiedervereinigung neu definiert gehört. ... Ein Land, das Sitz und Stimme im UN-Sicherheitsrat beansprucht, kann sich nicht bequem hinter Verbotsparagraphen verstecken.« Immerhin: »Die Meßlatte für militärische Expeditionen (!) muß sehr hoch gelegt werden.« Wie hoch? So hoch: »Einsatz in Bosnien ja, in Somalia und Ruanda aber ganz bestimmt nicht.«

»Einsatz in Bosnien ja« – die Berichterstattung über das Massaker auf dem Marktplatz von Sarajevo hat uns einen Vorgeschmack darauf gegeben, wie derartige Einsätze hierzulande in Zukunft begründet werden: ganz ohne Zutun irgendeines Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda.

Wolfgang Schneider schrieb in KONKRET 3/94 über Peter Brocks Kritik der westlichen Bosnien-Berichterstattung

Konkret 08/94, S. 23

Boris Gröndahl

Die Wahrheit über Gorazde

In der »Task Force On Terrorism & Unconventional Warfare«, einer Forschungsgruppe der Republikaner im US-Repräsentantenhaus, tummelt sich die Crème der antikommunistischen Haudegen der USA. Das gesamte Team gehört zu der rechtsextremen Clique um den Senator Jesse Helms, eine Art Heinrich Lummer der US-Politik, der Verbindungen in die CIA hat, zur afghanischen und zur nicaraguanischen Contra, zu Oliver North. Nimm irgendeine Schweinerei der USA, und Helms' Truppe hatte die Finger drin.

Aus diesem Verein soll eine Studie stammen, die die Nachrichtenagentur Tanjug verbreitet. Unter dem Titel »The Truth About Gorazde« analysiert das 22seitige Papier, datiert vom 4. Mai und unterschrieben von Yossef Bodansky und Vaughn S. Forrest, Director bzw. Chief of Staff der »Task Force«, »die Rolle, die die bosnische Regierung und das bosnische Militär dabei spielten, den Konflikt anzuheizen und den Westen, speziell die USA, in den Konflikt hineinzuziehen«. Warum diese Kalten Krieger auf Seiten der Serben intervenieren, bedarf der genaueren Analyse. Ihre Gorazde-Chronik jedenfalls ist eindrucksvoll.

Nach Forrest/Bodansky beginnt der Kampf um Gorazde im Herbst 92. Islamistische Guerrillas, bestehend aus afghanischen Freiwilligen (mit denen Forrest und Bodansky Seite an Seite gegen die Sowjets kämpften, von wegen Feindbild Islam) und bosnischen Moslems, beginnen eine Kampagne gegen die christliche Bevölkerung Gorazdes und erlangen die militärische Herrschaft über die Stadt. Die Moslems bauen die kleine Industriestadt 1993 zum militärischen Zentrum aus. Sie liefern mit Uno-Transporten Werkzeuge, Ersatzteile und Experten nach Gorazde, um die dortige Munitionsfabrik »Pobjeda« (Sieg) und eine chemische Fabrik instandzusetzen.

In den ersten Februarwochen 1994 beginnen die militärischen Aktionen der bosnischen Moslems. Ende März wird der Kampf um Gorazde dann zum »Startschuß für die Offensive« der Moslems.

Unter Bruch des zuvor vereinbarten Waffenstillstands eröffnen am 20. März die Moslems, die in Gorazde insgesamt 12 – 15.000 Mann unter Waffen haben, das Feuer auf serbische Stellungen. Die Offensive richtet sich auf das Tal zwischen Foca und Cajnice, das eine ideale Invasionsroute nach Montenegro bildet. Bosnische Serben und jugoslawische Regierung vermuten dahinter den Versuch, die jugoslawische Armee in Kämpfe zu verwickeln.

Nach anfänglichen Erfolgen der Moslems werden die serbischen Truppen um Gorazde verstärkt und können den Vormarsch aufhalten. »In dem Moment, als Sarajevo klar wurde, daß seine Truppen die Offensive nicht aufrechterhalten könnten«, so Forrest/Bodansky, »begann ein Propagandablitzkrieg über das Schicksal der Zivilisten in Gorazde.« Und weiter: »Was gebraucht wurde..., war ein größeres traumatisches Ereignis, das die amerikanische Öffentlichkeit aufschrecken und Washington dazu bringen würde, militärisch zu intervenieren.«

Daran, ein solches »traumatisches Ereignis« herbeizuführen, arbeiten die Moslems ab dem 30. März, als die Gegenoffensive der Serben beginnt. Am 31. März verlegen die Moslems ihre Kommandozentrale und Beobachtungsposten auf das Dach des Krankenhauses. Am 14. April ziehen sie Truppen und Artillerie neben dem Gebäude des Roten Kreuzes zusammen, am 18. richten sie einen Gefechtsstand im 3. und 4. Geschoß eines Hauses ein, in dessen 5. Stock zuvor Uno-Beobachter Stellung bezogen hatten.

Die Moslems, nicht interessiert an einem Waffenstillstand, sondern an einer diplomatischen Revision ihrer Niederlage, provozieren immer wieder gezielt serbisches Feuer; die zweigeteilte Propaganda Sarajevos braucht Bilder wehrloser Zivilisten für die Weltöffentlichkeit. Für den Hausgebrauch produziert man anderes Material: heldenhafte moslemische Krieger, die tapfer und erfolgreich gegen die Serben kämpfen.

Der Erfolg bleibt nicht aus. Am 10. und 11. April greifen zum ersten Mal Kampfflieger der Nato im Balkankrieg ein. Schließlich lockern die Serben Ende April den Belagerungsring um Gorazde, nachdem entsprechende Versuche zuvor nach moslemischen Provokationen wieder abgebrochen worden waren. Die Unprofor-Truppen unter dem britischen General Rose treffen am 27. April in Gorazde ein, eingerichtet darauf, tausende tote oder verwundete Zivilisten zu versorgen und abzutransportieren, die jene Berichte blutrünstiger Funkamateure geschmückt hatten, welche in der westlichen Presse so dankbar aufgenommen wurden. Sie stellen fest, daß ein Monat schwerer Artilleriebeschuß 200 Tote und 200 Verletzte hinterlassen hat, 70 Prozent davon moslemische Soldaten.

Der Autor dankt Jürgen Elsässer und John Goetz für ihre Mitarbeit

Konkret 08/94, S. 25

Thomas Neumann

Kriterium ihrer Seeligkeit

»What□s right?« □ Die »FAZ« diskutiert die Erfordernisse der nationalen »Schutz- und Schicksalsgemeinschaft«

In elf Artikeln diskutierten in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« nach Herkunft und Erfahrung recht unterschiedliche Autoren und eine Autorin unter der Frage, was rechts sei, die politische Verfaßtheit der Bundesrepublik und gaben ihre Wünsche für die Zukunft bekannt. Sechs Positionen lassen sich unterscheiden: eine nationalistische, eine nichtnationalistisch-kosmopolitische, eine nichtnationalistisch-europäische, eine, die unter den ersten drei Positionen einen Kompromiß stiften will, eine kulturnationale und eine kindische. Alle Teilnehmer sind sich einig, daß die Antwort auf die Frage, was hierzulande rechts sei, Nationalismus heißt. Aber nur ein Autor, Karlheinz Weißmann, wünscht ihn auch. Vielleicht wäre Frau Seebacher-Brandt ebenfalls bis an diesen Punkt gelangt, hätte sie nicht in ihrer aufgeregten Albernheit unterwegs den Faden verloren.

Die Diskussion verlief auch in der Sache uneinheitlich. Zumindest zwei nicht zu verkoppelnde Probleme standen im Zentrum. Da war die schwer zu beantwortende Frage, wie sich die internationale Politik nach dem Zusammenbruch des Sozialismus gestalten läßt, und die, ob »Deutschland« nach der Übernahme der DDR »in seine ursprüngliche geopolitische Lage zurückkehrte« und sich dadurch »aus der Schuld-Metaphysik und der üblich gewordenen schwarzen Legende« (Weißmann) befreien darf, um wieder ganz deutsche Nation werden zu können. Denn ohne das, weiß Weißmann, geht's natürlich nicht.

Es ist angenehm, sollte man meinen, wenn eine Mehrheit in einer Debatte um diese Frage und an diesem Ort so verteilt ist. Denn mit Ausnahme der erwähnten Autorin halten alle übrigen die Argumente Weißmanns für lächerlich oder degoutant – eine »anschwellende Zumutung« nennt der Wirtschaftsredakteur der »FAZ«, Hans D. Barbier, das. Aber Weißmann ist nicht einsam. Als Autorität kann er Schäuble und dessen Vision von der nationalen »Schutz- und Schicksalsgemeinschaft« herbeirufen und sich damit auf die zweitstärkste Figur in der die Bundesregierung dominierenden Partei stützen. Seine Position liegt, so betrachtet, also nicht rechts, ist auch nicht konservativ zu nennen, sie findet sich in der Machthierarchie des Landes gut vertreten.

Doch selbst Weißmanns Argumentation läßt sich wiederum unter zwei Perspektiven betrachten. In der einen wirkt sie lächerlich, in der anderen nicht. Lächerlich ist Weißmann, wenn er glaubt, nachweisen zu können, daß nach fünfzig Jahren sich die Erinnerung an die Geschichte des Nationalsozialismus, den Höhepunkt unserer nationalen Bewußtwerdung, verbraucht habe und »ein Niederschlag des geistigen und politischen Ausgleichs mit den gewandelten Verhältnissen« die Rückkehr zum ungestümen Nationalismus möglich und nötig mache. Das ist Schildbürgerlogik, und er weiß es. Nicht lächerlich wird es aber, wenn man seine Argumente danach abfragt, was diese Renaissance einbringen soll. Da ist er dann auch sehr präzise.

Nation ist für ihn die einzig relevante und alternativlose »moderne Form politischer Gemeinschaft, die das Bedürfnis der Menschen nach Eindeutigkeit befriedigt«, eine »nicht gemachte oder durch Überredung kurzfristig erreichte Basis«, auf der der »Staat beruht«. Und drittens sieht er die »Rückbesinnung auf die Nation ... im Zusammenhang mit einer anthropologischen Kehre, die das politische Denken durchläuft«.

Modernität, Eindeutigkeit und Anthropologie sind also die drei Felder, auf denen Weißmann die Merkmale seiner Nation findet. Mit Zygmunt Bauman ließe sich sagen: Das ist sehr konsequent gedacht. Rigoroses Fixiertsein auf Eindeutigkeit und unbestreitbare Gewißheiten prägt die Moderne und ist nur um den Preis totalitärer Ambitionen zu haben, nur, wenn Fremde ausgeschlossen bleiben. »Nation denken« – und so wie Weißmann denken – heißt totalitär denken.

Mir scheint allerdings, daß es wenig nützt, dagegen, wie es seine Kontrahenten tun, die Westbindung der Bundesrepublik zu reklamieren. Einmal ist das eine ideologische Bindung, deren Substanz von der Kontroverse mit dem Sozialismus belebt wurde, zum anderen verbindet sich damit die Vorstellung, die Deutschen seien nur von außen vor ihrem sie immer auch selbst verheerenden Nationalismus zu bewahren. Kommt Kinkel alle acht Tage verstört an den Kabinettstisch, weil das »Ausland« ihn wieder auf innerdeutsche Zustände verwiesen hat, so ist die Hoffnung darauf auch nicht erbaulich.

Der Nationalismus, so wie Weißmann ihn im Gefolge Schäubles vorträgt und vertritt, hat seine Anhänger nicht unter gefühlsduseligen Menschen. Das begann lange vor 1989, hatte Freunde auf der Linken und der Rechten; und beide trafen sich in der Verleugnung der deutschen Geschichte. Das wird auch zukünftig das Kriterium ihrer Seligkeit sein.

Kaum war die Debatte in der »FAZ« beendet – es sieht jedenfalls nicht danach aus, als könnten noch überraschende Argumente eingeführt werden – begann eine andere, weit realere zum Thema: die Denunziation Marcel Reich-Ranickis als jüdisch-bolschewistischen Geheimdienstler in polnischen Diensten, der sich die deutsche Literatur unter den Nagel gerissen hat. »Seine Macht hat er von uns«, schrieb Martin Ahrends im »Freitag« (24.6.94), einer Zeitung, die sich schon

mal für links gehalten hatte, »sie entspringt auch unserer (philosemitischen) Hilflosigkeit gegenüber der eigenen Nazivergangenheit«.

Weißmann und sein Anhang können hier vergnügt ein Terrain sichten, auf dem sich ganz neue Koalitionen auftun. Die »anthropologische Kehre« wird greifbarer. Das Bedürfnis nach Eindeutigkeit, diesmal unter den Intellektuellen, hat ein neues Opfer gefunden, ein Stück deutscher Nation ist zurückerobert.

PS: Nun hat die »FAZ« doch noch eine zwölfte Antwort auf die Frage »What's right?« nachgereicht, sie kommt vom gescholtenen Wolfgang Schäuble (6. Juni 1994) und lautet: »Der Platz in der Mitte«. Schäuble erteilt Weißmann als Person eine Absage, mit dem will er nicht in einem Atemzug genannt werden, in der Sache aber stimmt er ihm zu. Er möchte, was er die »alten Tabuzonen« nennt, lockern oder ganz abbauen; sieht bei »der Neuen Rechten ... diskussionswürdige Argumente«, zum Beispiel für »mehr Autorität im Inneren«, und in der »Nation als Schutzgemeinschaft« ein »identitätsstiftendes Band des Gemeinwesens«, unerläßlich, wenn »die schiere Vernunft allein nicht ausreicht, um auftauchende Mühsal zu akzeptieren und zu bewältigen«, wenn »Gefühl für Gemeinsinn und Gemeinwohl gefordert« ist. So weit, so gut wie Weißmann. Einen eigenen Akzent, allerdings kein eigenes Argument, bringt Schäuble mit dem Hinweis, eine so gedachte, propagierte und akzeptierte nationale Idee werde davor schützen, »angesichts hoher Asylbewerberzahlen oder vieler ausländischer Gesichter« oder Gelichter, »in Überfremdungsangst auszubrechen«. Das ist traurig, aber wahr.

Thomas Neumann schrieb in KONKRET 11/93 über H. M. Enzensbergers »Aussichten auf den Bürgerkrieg«

Konkret 08/94, S. 26

ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

Jeder ist uns der nächste 29

Donnerstag, 2.6.1994 –

In der Justizvollzugsanstalt Volkstedt bei Eisleben nimmt sich der Chinese Zhou Zhegen, 43, in Abschiebehaft das Leben. –

Das Landgericht Frankfurt/Oder lehnt die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen drei Eberswalder Polizisten ab, die der Ermordung des Angolaners Antonio Amadeu durch deutsche Rechtsradikale 1990 tatenlos zugesehen hatten. Es fehle an hinreichendem Tatverdacht. –

An einer Grillhütte des Freizeitparks Wispersee bei Heidenrod/Hessen kommt es nach verbalen Streits zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen deutschen und iranischen Ausflüglern, an deren Ende ein Deutscher die Iraner mit einer Motorkettensäge bedroht. Nach Angaben der Deutschen sei zuvor ein Iraner mit einer abgebrochenen Flasche auf einen Deutschen losgegangen. Der Iraner gibt an, er habe nur eine Flasche Bier umgeworfen. Die Polizei nimmt zwei 30 und 35 Jahre alte Deutsche vorübergehend fest.

Samstag, 4.6. –

Brandanschlag auf die Räume des türkischen Fußballclubs Vatan Sport in Bremen. –

In Düsseldorf kommt es in der Nähe der Altstadt zu rassistischen Unruhen. Etwa 50 Personen ziehen grölend durch die Straßen, rufen fremdenfeindliche und rechtsradikale Parolen und geben Schüsse mit Leuchtmunition ab. Die Polizei nimmt 47 Personen in Gewahrsam.

Sonntag, 5.6. –

In Luckenwalde/Brandenburg bedrohen vier rechtsextreme junge Männer einen 24jährigen Bangladeschi mit einem Messer, werfen ihn zu Boden und treten ihn mit ihren Springerstiefeln. Das Opfer muß ambulant behandelt werden. –

In Düsseldorf ziehen nach einem Fußballspiel rund 50 Personen grölend durch die Straßen, rufen fremdenfeindliche und rechtsradikale Parolen und schießen mit Leuchtmunition. Die Polizei nimmt 47 Personen in Gewahrsam.

Montag, 6.6. –

Die Staatsanwaltschaft in Magdeburg hat knapp vier Wochen nach dem Vatertagspogrom 62 Tatverdächtige ermittelt. –

Bei einer Kundgebung in Halle diffamiert Günter Deckert, NPD-Bundesgeschäftsführer und Kandidat zum Hallenser Oberbürgermeister, die in Deutschland lebenden Ausländer als »Scheinasylanten« und »Drückeberger«. Die PDS erstattet Anzeige wegen Volksverhetzung. –

Einer ausländischen Studentin werden in der Berliner U-Bahn von einem Deutschen vier Zähne ausgeschlagen. Die Fahrgäste reagieren nicht. Als die Frau dem flüchtenden Schläger laut rufend nachrennt, wird dieser von Jugendlichen gestellt. Die Polizei kommt erst, als sie unter dem Vorwand eines Raubüberfalls alarmiert wird.

Dienstag, 7.6. –

Der Bundesgerichtshof (BGH) entscheidet, daß gezielte Würfe mit Molotowcocktails als Tötungsdelikte bestraft werden können. Damit hebt der BGH ein Urteil des Landgerichts Neubrandenburg auf, das sieben 17 bis 21jährige bloß wegen Landfriedensbruchs und Brandstiftung verurteilt hatte, und verweist das Verfahren an das Landgericht zurück (AZ 4 StR 105/94). –

In Magdeburg wird unter dem Titel »Wir wurden von zwei Gruppen verfolgt den Rechtsradikalen und der Polizei« eine Dokumentation mit Gedächtnisprotokollen zu dem Vatertagspogrom vor vier Wochen vorgestellt. Danach habe die Polizei der Verfolgung von Ausländern durch Rechtsradikale nicht nur tatenlos zugesehen, sondern die Rechtsradikalen auch ermuntert sowie teilweise selbst Ausländer mißhandelt.

Donnerstag, 9.6. –

In Berlin wird ein 28jähriger Mann aus Ghana von drei Jugendlichen mit Messern bedroht. Eine Polizeistreife nimmt die drei Angreifer, darunter einen 17jährigen Polizeischüler, fest. In den Wohnungen der beiden Komplizen wird Propagandamaterial der neonazistischen FAP und der verbotenen Nationalen Front sichergestellt. Der Polizeischüler wird aus dem Dienst entlassen. –

Auf dem russischen Ehrenfriedhof in Forst/Brandenburg werden Grabstellen mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert.

Freitag, 10.6. –

Vier Wochen nach dem Vatertagspogrom in Magdeburg wird gegen vier Polizisten ermittelt. Gegen zwei Beamte wurde bereits ein Strafverfahren eingeleitet wegen Körperverletzung im Amt, begangen an einem Asylbewerber aus dem Irak. Die Polizisten werden vom Dienst suspendiert.

Mittwoch, 15.6. –

In Niedersachsen registrierte der Verfassungsschutz 1993 137 fremdenfeindliche Gewalttaten (309 im Vorjahr). Sonstige rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten wurden 87 (34) registriert. Diese Zahlen nennt Innenminister Glogowski (SPD) in Hannover bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts für Niedersachsen 1993. –

Bei einer Polizeiaktion in Kyritz/Ostprignitz-Ruppin werden sechs Rumänen festgenommen. Als ein siebter zu flüchten versucht, feuert ein 35jähriger Polizist zweimal auf den Flüchtenden und trifft ihn in den Kopf. Der Rumäne stirbt am nächsten Morgen. Der Polizeibeamte gehört zu einer Einsatzgruppe, die im Raum Kyritz gebildet wurde, um gegen Autodiebstähle und andere Straftaten vorzugehen, die Rumänen zugeschrieben werden.

Sonntag, 19.6. –

Brandanschlag auf das Gebäude eines deutsch-türkischen Freundschaftsvereins in Bremen. Es entsteht ein Sachschaden von 70.000 Mark. –

In Lübben im Spreewald werden fünf portugiesische Arbeiter von 20 bis 25 deutschen Jugendlichen angegriffen. Vier der Arbeiter können sich in ihrem Kleinbus in Sicherheit bringen, der fünfte wird von den Jugendlichen niedergeschlagen und ausgeraubt.

Dienstag, 21.6. –

Die Berliner Kriminalpolizei leitet aufgrund von Berichten über die Mißhandlungen von vietnamesischen Zigarettenhändlern durch Polizeibeamte ein Ermittlungsverfahren ein. Es liegen 27 Berichte von Berliner Opfern vor und 15 weitere aus dem Polizeirevier Bernau nordöstlich von Berlin.

Mittwoch, 22.6. –

In einer S-Bahn-Station in Frankfurt/Main wird ein 23 Jahre alter Marokkaner mit lebensgefährlichen Stichverletzungen aufgefunden. Das Opfer war aus unbekannter Ursache mit einem Mann in Streit geraten und wurde mit einem Messer verletzt. Der Täter konnte flüchten. –

Wie die Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS/Linke Liste mitteilt, registrierte das Bundeskriminalamt im April diesen Jahres 245 ausländerfeindliche Straftaten. Dabei handelt es sich um vier Brandanschläge, 46 Angriffe gegen Personen und 195 sonstige Straftaten. –

Das Bundesamt für Verfassungsschutz registrierte zwischen dem 1. Januar und dem 15. Juni diesen Jahres insgesamt 670 rechtsextreme Gewalttaten. Die rechtsextreme Gewalt richtet sich vor allem gegen Ausländer. Außer 378 Straftaten gegen Ausländer wurden 31 antisemitische, 42 gegen politische Gegner und 219 sonstige Delikte registriert. –

Das Landgericht Potsdam spricht den wegen des Brandanschlags auf ein Asylbewerberheim in Dolgenbrodt angeklagten Silvio J. wegen Mangels an Beweisen frei.

Donnerstag, 23.6. –

Brandstiftung in einem Asylbewerberheim in Hamburg-Osdorf. Der Ostflügel des Gebäudes wird durch das Feuer völlig zerstört. In dem Gebäude wohnen nur noch sechs Personen, von denen niemand verletzt wird. –

Das Jugendgericht Magdeburg verurteilt einen 18jährigen Mann, der sich an dem Vatertagspogrom beteiligt hatte, zu einer Jugendstrafe von einem Jahr und acht Monaten Haft. Das Gericht befindet den Angeklagten für schuldig, am Rande der Ausschreitungen zweimal die Hand zum Hitlergruß erhoben zu haben. In das Strafmaß wird eine bereits bestehende Haftstrafe von 17 Monaten auf Bewährung, zu der der Angeklagte im April verurteilt worden war, einbezogen. –

Das Landgericht Leipzig verurteilt zwei rechtsradikale Jugendliche wegen eines Brandanschlags auf ein Flüchtlingsheim in Sachsen zu Bewährungsstrafen von 21 bzw. 24 Monaten. Die zur Tatzeit 18 und 21 Jahre alten Angeklagten hatten im September 1992 zwei Brandsätze auf das von rund 160 Menschen bewohnte Haus in Eilenburg geschleudert.

Freitag, 24.6. –

In Neulöwenberg überfallen unbekannte Täter einen Vietnamesen, als der mit seinem Auto hält. Die Angreifer springen aus einem folgenden Wagen und schlagen auf den Vietnamesen ein. Als dieser zu Fuß flüchten kann, rauben die Täter sein Auto.

Samstag, 25.6. –

In Mönchengladbach erschießt ein 57jähriger deutscher Familienvater einen 38 Jahre alten Türken, weil der sich nachts vor dem Haus des Kaufmanns mit einem Landsmann unterhält. Der Deutsche schießt nach dem Ruf »Ruhe, sonst knallt's!« vier Mal und trifft tödlich. Gegen den Täter wird Haftbefehl wegen Totschlags erlassen. Ausländerfeindliche Motive gibt es nach Ansicht der Polizei nicht.

Das Archiv für Sozialpolitik Frankfurt/M. erstellt diese Chronik für KONKRET seit November 1991

Antisemitische Angriffe

Donnerstag, 12.5. –

In Dresden schänden unbekannte Täter den Jüdischen Friedhof. Sie werfen 36 Grabsteine um und zerstören die Umrandungen der Gräber.

Mittwoch, 18.5. –

Unbekannte Täter reißen auf dem Jüdischen Friedhof in Höchberg/Landkreis Würzburg 13 Grabsteine um.

Samstag, 28.5. –

Der Jüdische Friedhof in Beerfelden/Odenwaldkreis wird von unbekannten Tätern verwüstet. Zwei 20 und 21 Jahre alte Männer gestehen einige Tage später die Tat; sie hätten in betrunkenem Zustand und »ohne besondere Motivation« gehandelt.

Donnerstag, 2.6. –

In Dresden werden auf dem Neuen Annenfriedhof etwa 25 Grabsteine umgestoßen und Grabumrandungen zerstört.

Freitag, 10.6. –

Wie jetzt bekannt wird, hat sich kurz nach dem Synagogenanschlag in Lübeck der niedergelassene Chirurg und offizielle Durchgangsarzt der Berufsgenossenschaften, Rigolf Hennig, beim Senat der Stadt beschwert, daß sich die Stadt in Israel für das Attentat entschuldigt habe. Diese »hysterische« Reaktion gebe »Veranlassung, die hierfür Verantwortlichen des Senats dem Psychiater zu empfehlen«, schrieb Hennig. Die Stadt Lübeck hat die zuständige Ärztekammer um eine Überprüfung gebeten, ob verbandsrechtliche Schritte eingeleitet werden können.

Samstag, 18.6. –

Nach Angaben der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten randaliert eine Gruppe rechtsgerichteter Jugendlicher im früheren KZ Sachsenhausen. Acht Männer und zwei Frauen zwischen 17 und 20 Jahren legen an einem der SS-Wachtürme Blumensträuße nieder und zerstören einen Blumenkranz in der Gedenkstätte.

Mittwoch, 22.6. –

Das Landgericht Mannheim verurteilt den Vorsitzenden der NPD, Günter Deckert, wegen Volksverhetzung, der Aufstachelung zum Rassenhaß, der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und der Beleidigung zu einem Jahr Haft auf Bewährung und zu einer Geldstrafe von 10.000 Mark. Deckert hatte die Ermordung von Millionen Juden in NS-Konzentrationslagern geleugnet.

Konkret 08/94, S. 28

Georg Fülberth

Buch des Monats: Falsche Flagge

Reinhard Hübsch/Friedrich-Martin Balzer (Hg.): »Operation Mauerdurchlöcherung«. Robert Neumann und der deutsch-deutsche Dialog. S2 Kultur SDR/SWF/Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger, Bonn 1993, 227 Seiten, 24.80 Mark

Am 5. Juli 1961 hielt der Schriftsteller Robert Neumann im überfüllten Auditorium Maximum der Marburger Philipps-Universität einen Vortrag mit dem Titel »Was geht uns Eichmann an?« Eingeladen war er vom Clausthaler Wingolf, einer nichtschlagenden, farbentragenden evangelischen Verbindung. Neumanns Adresse hatten sich die Korporierten von KONKRET besorgt.

Das Thema war aktuell. In Jerusalem stand Adolf Eichmann vor Gericht. Ende 1959 hatten in mehreren Städten der Bundesrepublik antisemitische Schmierereien stattgefunden, darunter an der Kölner Synagoge. Die Notstandsgesetze wurden vorbereitet; einige ihrer Gegner zogen Parallelen zum Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung und dessen Bedeutung für die Etablierung Hitlers. Es war die Zeit, als immer wieder ehemalige NS-Täter in Führungspositionen der BRD entdeckt wurden. Häufig kamen die Hinweise auf sie aus der DDR. Diese befand sich damals in einer prekären Situation. Inzwischen war die Bundesrepublik zum westeuropäischen Akkumulations-Zentrum aufgestiegen. Ihren Arbeitskräftebedarf deckte sie nicht nur durch die Anwerbung von Menschen aus Südeuropa: Gleichzeitig strömten große Massen von DDR-Bürgern in den reicheren Westen. Täglich veröffentlichte die »Bild-Zeitung« hohe »Fluchtzahlen«. In ihrer Legitimationskrise verwies die DDR-Führung auf die faschistische Gefahr in der BRD. Der Nationalsozialismus und seine Fortwirkung war somit auch ein Thema in der Auseinandersetzung zwischen den beiden deutschen Staaten.

Im November 1962 – die Mauer stand inzwischen – hielt Neumann seinen Vortrag ein weiteres Mal: an der Ostberliner Humboldt-Universität, eingeladen vom Pen-Zentrum. Er spielte eine Tonbandaufnahme der Marburger Diskussion vor und erbat Stellungnahmen. Diese wurden ebenfalls aufgezeichnet und eine Woche später in Marburg durch Wolfgang Abendroths Oberseminar unter Beteiligung Robert Neumanns besprochen. 1964 fand das Ganze noch einmal vor größerem Publikum statt: wieder im Marburger Auditorium Maximum sowie bei einer Diskussion im Westdeutschen Rundfunk.

Ende 1993 – jetzt war die Mauer wieder weg – sind die damaligen Aufnahmen als sechsteilige Folge vom Südwestfunk, vom Süddeutschen Rundfunk und von Radio Bremen gesendet worden. Ab 14. August 1994 wird der Mitteldeutsche Rundfunk nachkommen. Lange Auszüge liegen jetzt als Paperback vor. Der damalige Erstchargierte des Clausthaler Wingolf, Friedrich-Martin Balzer, hat sie zusammen mit dem Rundfunkredakteur Reinhard Hübsch herausgegeben.

Wir erhalten Einblick in ein intellektuell-politisches Stegreifstück, dessen Teilnehmer ihre Rollen aufsagen, ohne das Textbuch zu kennen. Dieses wurde nämlich erst 1989 zu Ende geschrieben. Auch Robert Neumann fungiert nicht als Autor, sondern als Regisseur und Darsteller.

In der Diskussion vom Juli 1961 spüren wir Nachwirkungen jenes akademischen Existenzialismus, der in den fünfziger Jahren an Einfluß gewonnen hatte und zu den restaurativen Tendenzen in ein kompliziertes, teils opponierendes, teils konformes Verhältnis getreten war. Mehrmals wurde die Situation einer individuellen »Entscheidung« konstruiert. Ein ehemaliger Infanterist gab seinen Beschluß bekannt, nie mehr ein Gewehr in die Hand nehmen zu wollen. Der Diskussionsleiter, ein Kirchenmann, bezichtigte sich, nicht zum Märtyrer geworden zu sein. Wolfgang Abendroth ging mit dem marxistischen Verursacher-Prinzip dazwischen: Die Eliten von Armee, Bürokratie und Justiz hätten zu den faschistischen Verbrechen »bewußt Beihilfe geleistet«. Deshalb komme es jetzt darauf an, »zu verhüten, daß Männer aus diesen Schichten, die bewußt mitgewirkt oder auf realen Widerstand verzichtet haben, wieder an führenden Stellen tätig sein dürfen«.

Der Hinweis auf die Kontinuität der Eliten wurde in der Ostberliner Diskussion so weit vergröbert, daß nahezu eine Übereinstimmung zwischen Drittem Reich und BRD entstand. Ein Sprecher vertrat die Meinung, »daß der Faschismus in Westdeutschland wieder entsteht«. Etwas vorsichtiger, aber nicht völlig davon abweichend äußerte sich Wieland Herzfelde: »Noch herrscht der Faschismus in der Bundesrepublik meiner Meinung nach nicht, aber er ist bereits in einem Zustand, wo es unter Umständen schon größter Kämpfe bedarf, um zu verhindern, daß er herrschen wird, an einem der kommenden Tage oder Jahre.« Neumann widersprach: Noch gebe es eine einigermaßen funktionierende Demokratie, mit der man solchen Gefahren entgegentreten könne. Er trug seine Irritation über die Haltung der kommunistischen Führungen nach dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffs-Vertrages 1939 vor und fand Widerspruch.

Abendroths Oberseminar, das eine Woche später zusammenkam, um die Tonbänder zu diskutieren, hatte also viel Stoff. Wir treffen hier auf eine sehr interessante Institution. Formal war es eher eine Art Privatissimum, Teilnahme war nur auf Einladung möglich. Da der Prinzipal in diesem Punkt erfreulich permissiv war, saß die Bude immer auch mit Lehramtskandidaten voll, welche mit den Fingern schnippten und riefen: »Herr Professor, ich weiß was.« Der Qualität der Diskussionen tat das überhaupt keinen Abbruch, Neuigkeiten aus Politik und Wissenschaft schlugen schnell um und wurden auf hohem Niveau diskutiert. Zuweilen sprachen berühmte Gäste, zum Beispiel Ernest Mandel und Pierre Broué,

jetzt also Robert Neumann. Die Instituts-Fama behauptete, daß auch der Habilitand Jürgen Habermas sich in diesem Gremium habe blicken lassen. 1968/69 wurde das Oberseminar eingestellt, wahrscheinlich galt es dem leidenschaftlichen Personal, das jetzt im SDS viel zu sagen hatte, als Ausgeburt der Ordinarien-Universität. Abendroths spätere, fast schon verzweifelte Versuche, es wiederzugründen, schlugen zu seinem großen Kummer fehl.

In den Oberseminar-Diskussionen der sechziger Jahre dominierte er zwar, aber seine klärenden Interventionen setzten meist erst dann ein, wenn der Nachwuchs sich ziemlich verfranst hatte. Das Tonband-Protokoll vom 23. November 1962 macht einige Debatten-Redner kenntlich: ein künftiger SPD-Oberbürgermeister, ein späterer sozialdemokatischer Landrat, mehrere Professoren in spe. Einige Assistenten pflegten einen linken Anti-Stalinismus, der, soweit sie der SPD angehörten, von normalem Antikommunismus nicht allzuweit entfernt war. In der Diskussion mit Robert Neumann entzündete er sich an den hanebüchenen Erklärungen der einstigen KPD-Führungen für ihre »Sozialfaschismus«-Politik und vor allem für ihre Haltung 1939-1941. Abendroth stimmte zwar mit der Tatsachenfeststellung der Kritiker überein, versuchte aber in der Wertung nach Kräften zu modifizieren. Vor allem zügelte er dort, wo die Belustigung über die Manöver der KPD-Leitung das Bild des kommunistischen Widerstandes insgesamt zu beschädigen drohte. Irgendwann brachte jemand die These vom Zusammenhang zwischen Antikapitalismus und Antisemitismus in der NSDAP auf. Die Widerlegung durch den jungen Hilfsbremser Reinhard Kühnl kühlte die Aufregung, welche der angebliche Fund auslöste, ab.

Einig war man sich im Urteil über die aktuelle BRD: Die ökonomischen, administrativen und juristischen Eliten des bürgerlichen Deutschland, welche für den Faschismus verantwortlich waren, seien noch nicht entmachtet, deshalb bestehe Wiederholungsgefahr, allerdings wahrscheinlich nicht in der alten Form.

Abendroths und Neumanns Kontrahenten in einer Rundfunkdiskussion am 20. Mai 1964, Rolf Schroers und Johannes Gross, waren heiter gestimmt. Kontinuität der Eliten? Aber das wollte man doch gerade! Die paar alten Nazis in Führungsstellungen seien nicht typisch, sie seien eben von gestern und nicht von heute und morgen. In der jetzt beginnenden Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit – sehr zu begrüßen! – erhalte das Land eine bessere Bourgeoisie.

An der Universität, in welche die Diskussion dann noch einmal (1964) zurückkehrte, war schließlich von Eichmann längst nicht mehr die Rede. Man debattierte statt dessen, ob ein offizieller Gesprächskontakt mit Ostberlin hergestellt werden sollte: Wandel durch Annäherung. Ein Redebeitrag des stud. phil. Hans Eichel in einer Vollversammlung 1964 ist wohl nur deshalb dokumentiert, weil der Sprecher später Ministerpräsident wurde.

Erst die nachträgliche Lektüre macht den Sinn des Ganzen klar. Damals begann das, was imperialistische Geistesriesen heute gern »die Zivilisierung der Bundesrepublik« nennen: die Modernisierung und Flexibilisierung eines Staates, der unter Vorantragung des Hakenkreuzes niemals zur Wiedervereinigung gekommen wäre. Diese Umschminkung zur »Sanften Republik« wurde von den Akteuren zunächst als Abwehr einer obrigkeitsstaatlichen Gefahr, später – von einigen besonders Verrückten – als »Systemüberwindung« verstanden.

Robert Neumann – emigrierter Jude, Autor der Parodiensammlungen *Mit fremden Federn* und *Unter falscher Flagge* – hat in Tagebuch-Eintragungen und 1964 in einem Artikel für die »Zeit« folgende Begründung für seine Aktivitäten genannt: Eichmann sei für ihn nur ein Vorwand gewesen, in Wirklichkeit habe er Ost und West an einen Tisch bringen wollen. Diesem Thema habe sich nämlich keine der beiden Seiten entziehen können. »Im Judenproblem, im gemeinsamen Schuldgefühl, lag – so glaubte ich – die Möglichkeit für ein leitartikelfreies Gespräch.« Den Ost-West-Kontakt führte er auf seine persönliche Initiative zurück. Was er wohl nicht wußte: Zur gleichen Zeit bemühten sich Universitäts-Parteileitungen der SED planmäßig und gezielt um Kontakte zu westdeutschen Hochschulen. Für Heidelberg, Marburg und Münster war Leipzig zuständig. Durch solche Gespräche sollte die Anerkennung der DDR gefördert werden. War die einmal erreicht, mußte man sehen, was aus der bisherigen scharfen Kritik an der BRD wurde.

Solche Kontakte widersprachen der offiziellen Politik der Bundesregierung. Ein Vortrag des Volkskammerpräsidenten Dieckmann in einem Marburger Vorort im Januar 1961 wurde abgebrochen, nachdem Korporierte die Fensterscheiben zerschmissen hatten. Die offizielle Bundesrepublik und ihre Rechten mußten offensichtlich damals erst von der DDR und einigen Linken zu ihrem späteren Glück genötigt werden. Das individuelle Resultat sah anders aus als das historische. Zum Beispiel landete der Erstchargierte schließlich im SDS.

Heinz Kamnitzer, lange Jahre Pen-Präsident und Mitwirkender der Ostberliner Diskussion von 1961, fühlt sich heute verladen. In einem 1993 geführten Interview mit Reinhard Hübsch sagte er: »Ich bin erst jetzt durch Sie davon unterrichtet worden, daß ich an einer ›Operation Mauerdurchlöcherung‹ beteiligt gewesen bin. Damals sagte man uns, man wolle unbeschadet aller Gegensätze – nicht nur der Weltanschauung, sondern auch (wenn Sie so wollen) der Staatsverfassungen – einfach zusammenkommen, um festzustellen und auszumessen, was der Raum der Gemeinsamkeiten ist. Also von einem Gedanken wie etwa ›Da ist eine Mauer, und die muß (in Ihrem Titel heißt es:) durchlöchert werden‹, von so etwas war überhaupt keine Rede.« Kamnitzer hat endlich gemerkt, was da begann: »Und wenn ich dann jetzt noch bei der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte höre, daß etwa Herr Bahr sagt, die ganze Verständigungspolitik der

Sozialdemokratie sei ja darauf gerichtet gewesen, die Verhältnisse sozusagen zu kippen; wenn ich höre, wie etwa Dr. Vogel – ich glaube, er war es – sagte, es sei ›ideologische Erosion‹ gewesen, die die Sozialdemokraten da auf die Bahn brachten (und er benutzte dabei ein Klischee, das ich ironischerweise aus unseren Sprach-Zusammenhängen her kannte) – wenn ich das alles resümiere, so ist es post mortem eigentlich schmerzlich für mich.«

Tja, so kommt es eben, wenn man vor lauter Faschismus den Kapitalismus nicht mehr sieht. Betreibt das andere System seine Feindseligkeit mit freundlicherem Gesicht, gehen am Ende die Argumente aus. In jenen Dialogen verließen sich die DDR-Vertreter nicht in erster Linie auf innere Systemqualitäten des Sozialismus, sondern auf Außenverhältnisse. Neben der angeblichen Faschismus-Tendenz der BRD waren es Friedenschance und Kriegsgefahr. Seit Heinemann und Brandt überwog der zweite Aspekt. Ringvorlesungen über »Braune Universität« und Friedensbewegung aber haben letzlich die DDR mehr entlegitimiert als die BRD. Sie erschienen als Selbstheilungskräfte des Westens, weshalb es einer Gegenwelt im Osten gar nicht bedürfe.

Kamnitzer sollte sich aber trösten. Konsequente Abgrenzung hätte die Niederlage nicht vermieden, sondern ihr lediglich eine andere – vielleicht noch ärgere – Form gegeben.

Noch einer sinniert über sein Leben: Ernst Nolte. 1965 war er als Ordinarius nach Marburg gekommen. Dort verfaßte er das Buch *Deutschland und der Kalte Krieg*, gründete den »Bund Freiheit der Wissenschaft« und besuchte Studentenvollversammlungen, wo er mitschrieb. Nach Abendroths Emeritierung warf er sich an einen anderen Frontabschnitt: Westberlin. In der »FAZ« vom 18. Mai 1994 hat er das Buch, in dem die von Robert Neumann angezettelte Diskussion dokumentiert ist, rezensiert und viel Schlimmes darin entdeckt. Er kommt zu dem Schluß: »Im Rückblick mag man sich fragen, wie eigentlich ein Staat und eine Gesellschaft, die mit so geballter Energie sowohl von außen wie von innen angegriffen wurden, überleben und am Ende sogar einen vollständigen Sieg erringen konnten – mindestens dem Anschein nach. In Augenblicken der Besinnung könnten die führenden Politiker der Bundesrepublik wohl ein Empfinden haben, das demjenigen des ›Reiters über den Bodensee‹ nahekäme.«

Alles falsch. Niemals waren Staat und Gesellschaft der BRD in Gefahr. Die Ökonomie war allezeit robust. Und just die Bestrebungen, welche Ernst Nolte als Vorbereitung zum Hochverrat bekämpfte, haben die nationale Sehnsucht im Endeffekt besser bedient als seine Agitation. Er hat jahrzehntelang im falschen Saal gesungen.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 6/94 über »Gemeinsinn und Feindbild«

Konkret 08/94, S. 30

Werner Pirker

Mafia bolsche njet

Die Mafia und der russische Staat sind so sehr miteinander verschmolzen, daß man sie kaum noch auseinanderhalten kann. Mafia bolsche njet – es gibt keine Mafia mehr

Anläßlich einer erweiterten Sitzung des Kollegiums der Generalstaatsanwaltschaft informierte der stellvertretende Ministerpräsident der russischen Föderation, Juri Jarow, Anfang Juni über den gegenwärtigen Entwicklungsstand des Kapitalismus in Rußland. Demnach kontrolliere das organisierte Verbrechen zur Zeit 40.000 Betriebe und Unternehmen, darunter auch staatliche. Mindestens 150 Mafia-Gruppierungen würden das wirtschaftliche Potential des Landes unter sich aufteilen und dabei immer tiefer in das Bank- und Kreditwesen, den Außenhandel und das Transportwesen eindringen. Den Immobilien- und Konsumgütermarkt hätten sie bereits nahezu vollständig unter ihre Kontrolle gebracht. Unter Berufung auf westliche Experten meinte Jasow, daß die Profiteure der »Wirtschaftsreform« bisher insgesamt 100 Milliarden Dollar außer Landes gebracht hätten – mehr als die gesamte Außenschuld der ehemaligen UdSSR.

Tatsachenfeststellungen wie diese bringen die ideologischen Apparate nicht im geringsten in Verlegenheit. Die Produzenten einer korrupten Ideologie wären freilich nicht sie selbst, würden sie nicht auch die korrupten Interessen unmittelbar reflektieren, das heißt affirmativ zum Ausdruck bringen.

Beispielsweise Wjatscheslaw Dudschenko, der sich sich heute als Präsident einer »Innovation Systems Co. Ltd.« ausweist. Der Soziologe hat die mageren Jahre hinter sich gelassen, die er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Moskauer »Institut für Marxismus-Leninismus« absitzen mußte – perestroikabewegt, als die Zeit dazu gekommen war. Weil der Kandidat der Wissenschaften dabei selbstverständlich in immer schärfere Gegnerschaft zum »totalitären System« geraten mußte, konnte seinem ausgeprägt analytischen Denken schließlich nicht entgehen, daß es sich bei der KPdSU um die größte Verbrecherorganisation aller Zeiten gehandelt hat. Als Kandidat der Marktwirtschaft richtete er seine Kritik jedoch nicht gegen die Schattenwirtschaft, die ihr Sicherheitssystem damals in den korrupten Teilen des Parteiapparats fand, sondern gegen die »kommunistische Unterdrückung« dieses Unternehmertums. Denn unter den hauptstädtischen Intellektuellen war es längst zur fixen Idee geworden, daß der Wirtschaftskriminalität, deren Akteure laut Gawriil Popow den »sozial aktivsten Teil der Bevölkerung« ausmachen, eine marktwirtschaftliche Avantgarderolle zufalle.

Es gehörte zur spezifischen Legitimationsweise der neokapitalistischen Umwälzung in Rußland, eine postkommunistische Situation zum theoretischen Ausgangspunkt zu nehmen, die die marktwirtschaftlich-»kreative« Minderheit der Mehrheit der Pauperisierten, als dem übriggebliebenen Menschenmaterial des »Lumpensozialismus«, gegenüberstellt. Diese extremistische Strategie der sozialen Transformation, die in der Schocktherapie ihre ordnungspolitische Begründung fand, bedarf der Gewalt. Und da es mit dem »diskreten Charme der Bourgeoisie« in Rußland nicht so weit her ist, läßt sich in der Literaturzeitschrift »Nowy Mir« (Nr. 1/1993) folgender Text eines Reformliteraten namens Dragunski lesen: »Selbst wenn es gelingt, die Zahlungsbilanz ausgeglichen zu gestalten und den Rubel konvertierbar zu machen, werden nur 10 Prozent der Bevölkerung wirklich in der Marktwirtschaft leben. Aufgabe des Staates muß es daher sein, dafür Sorge zu tragen, daß dieser Kreis nicht durch die verarmten Massen gestört wird. In diesem Zusammenhang sollte die Armee eine wichtige Rolle bei der Durchsetzung der Reform spielen.«

Die Armee als gesamtstaatliche Institution war für solche Aufträge bisher nicht zu haben. Wohl aber ihre »privatisierten« Teile, die Jelzin im Oktober 1993 buchstäblich zusammengekauft hat. Diese Sondereinheiten, die sich den Meistbietenden zur Verfügung stellen, sind mehr oder weniger bereits unter die Mafia-Gesetze subsumiert. Das heißt, daß die ordnungspolitischen Funktionen des kapitalistischen Staates weitgehend von den kriminellen Strukturen übernommen worden sind.

Die Mafia, so unser Soziologe aus der Vergangenheit des Marxismus-Leninismus, sei »der Hecht im Karpfenteich«. Einmal beim soziadarwinistischen Wesen der Verhältnisse angelangt, bemüht Dudschenko gleich auch noch die Wolfsgesetze. Im Norden Rußlands, so der tiefsinnige Hinweis auf realsozialistische Fehlentwicklungen, sei der Wolf als Gesundheitspolizist, der durch Eliminierung der Schwachen das Überleben der Population gesichert habe, weitgehend ausgerottet worden. Wäre es nun nicht an der Zeit, den »Mörder der Tundra« in Natur und Gesellschaft zu rehabilitieren? Mit dieser sozialhygienischen Empfehlung hat Dudschenko sowohl die wölfischen Gesetze der Transformation als auch die kapitalistisch-ordnungspolitische Rolle der organisierten Kriminalität exakt auf den Punkt gebracht.

Natürlich gehört zur Ideologieproduktion im gegenwärtigen Rußland auch die habituelle Fortsetzung der antistaatlichen Reflexe: der Staat als ewige Verneinung des freien Unternehmertums. In der usprünglichen »romantischen« Phase der Unternehmensgründungen 1988 ff. lief diese Argumentation wie geschmiert. Das nach kreativer Entfaltung strebende Privatkapital sah sich von den überkommenen Strukturen auf Schritt und Tritt behindert und, schlimmer noch, nach allen Regeln bürokratischer Kunst erpreßt. Das stimmte auch. Nur stellte dies keineswegs ein realsozialistisches Rückzugsgefecht dar, sondern entsprach der ureigensten Entwicklungslogik des postkommunistischen Kapitalismus. Die

kriminellen Strukturen waren im Schatten des bürokratisch-sozialistischen Milieus entstanden, das sich immer stärker mit ihnen identifizierte. Der Schatten überlebte sein Original. Nur wurde der zum Original gewordene Schatten selbst wiederum von seinem Schatten eingeholt.

Was als bürokratische Nachhut der Entwicklung galt, war schon wieder die Vorhut. Das System der Schutzgelderpressung bildet heute die innerste Organisationsstruktur des Kapitalismus mit russischem Antlitz. Es ist nicht nur eine Quelle der Bereicherung, sondern die bestimmende Marktstruktur, die »vermittelnde« Instanz der Umverteilung, die antisoziale Garantie der Transformation, das kollektive Sicherheitssystem der »starken Interessen«. Es ist – als ordnungspolitischer Exekutor elitärer Interessen – zu einer Art »ideellem Gesamtkapitalisten« geworden, unter dessen Gesetze auch das ausländische Kapital subsumiert ist. In Rußland entscheidet über Erfolg oder Mißerfolg allein die jeweilige Stärke der mafiosen Sicherheitssysteme. Wer am meisten zahlt, bestimmt die Musik. Die sich auf dem Markt behauptenden ausländischen Firmen sind so gesehen mehr Täter als Opfer, indem sie die »schießenden Strukturen« praktisch unter Vertrag nehmen, was wiederum deutlich deren kompradorischen Charakter zum Ausdruck bringt.

Der Staat, erklärte der gefallene Soziologe, sei der schlimmste aller Erpresser, weil er als Steuereintreiber nur kassiere, ohne den Schutz des Unternehmertums zu garantieren. In einigen Regionen freilich, so Dudschenkos augenzwinkernder Hinweis, hätten die örtlichen Behörden gemeinsam mit den privaten Schutzgelderpressern eine Art Aktiengesellschaft gegründet – zur Zufriedenheit aller Beteiligten. Das »soziologische« Resümee: »Mafia bolsche njet.« Es gebe keine Mafia mehr. In gewisser Weise stimmt das auch. Die Mafia verschmilzt als Resultante hegemonialer Interessen mit der Staatsmacht.

Die Macht wird selbst kriminell. Als solche ist sie ausschließlich als Diktatur der Exekutive, das heißt in ihrer jelzinistischen Form denkbar. Da die Möglichkeiten parlamentarischer Kontrolle durch die neue Verfassung minimiert worden sind, haben die Dirigenten des Chaos unbeschränkte Möglichkeiten, das Land nach ihrem Ebenbild umzumodeln, ohne dies irgendwie verantworten zu müssen. Jelzins blutiger Coup vom Oktober verfolgte allein den Zweck, durch die Zerschlagung der Sowjets die Form der Macht ihrem Wesen anzupassen. Das selbstherrscherliche Regime stützt sich auf eine riesige, gegenüber der Zeit vor dem August-Umsturz um das Doppelte angewachsene Armee von Bürokraten, die das Eigentum untereinander aufteilen.

Wie der bereits erwähnte Juri Jarow mitteilte, werden bis zu 50 Prozent der ergaunerten Einkommen in die Bestechung staatlicher Funktionsträger »investiert«, was bedeuten würde, daß fast der gesamte exekutive Teil des Staatsapparats von der Mafia ausgehalten wird. Es wird geschätzt, daß 10 bis 15 Prozent der Duma-Abgeordneten direkt oder über Mittelsmänner mit den kriminellen Strukturen verbunden sind. Die Rechtsschutz- und Staatssicherheitsorgane geben unter solchen Bedingungen natürlich eine äußerst komische Figur ab. Erstens wirken auch hier die Finanzspritzen der Unterwelt, was diese in die Lage versetzte, ein effektives Präventivsystem aufzubauen, das sie weitgehend unverwundbar macht. Zweitens sind die »Besten« unter den »Staatsschützern« zu den Sicherheitsorganen der kommerziellen Strukturen übergelaufen, und drittens zählt es nach wie vor zu den Lieblingsbeschäftigungen der meinungsbildenden Apparate, die Sicherheitsorgane als »Überbleibsel des Totalitarismus« zu diskreditieren.

Die kriminelle Oberschicht, an einer Stabilisierung der von ihr geschaffenen Macht- und Besitzverhältnisse interessiert, sieht sich nun freilich mit ihren eigenen Gesetzen konfrontiert. Bankiers beißen Woche für Woche zu Dutzenden ins Gras; der Direktor des mächtigen Lada-Konzerns, ein Privatisierer in eigener Sache, wurde Angang Juni von einer Autobombe zerfetzt. Die »kriminelle Revolution« frißt ihre Kinder. Es ist, als sollte die Farce auf Stalins blutige Tragödie geliefert werden. Die Aufteilung Rußlands ist bei alledem noch nicht beendet. Ein einheitliches Finanzzentrum zur Verwaltung der kriminellen Fonds, wie es das marktwirtschaftliche Establishment anstrebt, ist angesichts der Tätigkeit von 5000-6000 Gruppierungen und Banden wohl nur auf einem sehr hohen Abstraktionsniveau vorstellbar.

Nach monatelangem Siechtum hat Präsident Jelzin Mitte Juni seinem fatalen Hang zur Dramatisierung der Politik wieder nachgegeben und zum »Großen Vaterländischen Krieg« gegen das organisierte Verbrechen aufgerufen. Die Mafia dürfte von diesem Blitzangriff kaum überrascht worden sein, wohl aber die Duma, die von der Präsidialmacht praktisch nicht mehr zur Kenntnis genommen wird. Über seinen Anti-Mafia-Ukas räumte sich Jelzin gesetzgebende Vollmachten ein, die noch weit über die autoritäre Verfassung hinausgehen und die Strafgesetzgebung zur Ermessenssache der Behörden machen. Diese haben jetzt unter anderem das Recht, Verdächtige bis zu 30 Tage ohne Anklageerhebung festzuhalten.

Als der »starke Mann« hinter dem Erlaß wird der im staatlichen Obst- und Gemüsehandel großgewordene Moskauer Bürgermeister Anatolij Ljuschkow vermutet, dessen Gauner-Physiognomie gemeinhin als »Schaufenster der Demokratisierung« gilt und über den Jewgeni Jewtuschenko (»Stirb nicht vor dem Tod«) schreibt, daß er den Verkauf und Weiterverkauf von Immobilien geniesse wie ein Zuhälter den Verkauf und Weiterverkauf seiner Prostituierten. Ljuschkows heimliche Regie würde den vaterländischen Charakter des »Unternehmens Scharf« erst ins richtige Licht rücken: als ein Schlag der russischen »Godfathers« gegen die Konkurrenz der »südlichen Clans« – unter aktiver Nutzung der xenophoben Stimmungen in der Bevölkerung, was Jelzin und die Seinen schon immer ausgezeichnet verstanden haben. Erst im Januar

dieses Jahres hat Jelzin einige 10.000 Markthändler aus den transkaukasischen Republiken des Landes verwiesen.

Werner Pirker schrieb in KONKRET 5/94 über völkische Tendezen in der KP Rußlands

Konkret 08/94, S. 32

Michael Scharang

Ein Aufatmen geht durch mich

Eine Geschichte aus New York über zwei Weltereignisse: über Schuberts Neunte und Österreichs Referendum

Jeder, der mich kennt, weiß, weil ich es jedem sage, daß es keinen Sinn hat, mich vor sechs Uhr abends anzurufen, da ich als Nachtarbeiter, der morgens zu Bett geht, mittags aufsteht, dann Sport treibt, indem er den Blick bis zur Ermüdung über den Sportplatz schweifen läßt, dann den Arbeitsplatz aufräumt, seine Wohnung in einem Wiener Vorort und neben jenem Sportplatz, dann ißt, Frühstück, Mittag- und Abendessen in einem, worauf er mit vollem Bauch und leerem Kopf die Lektüre beginnt, in der Meinung, dem schlechten Einfluß des Lesens auf diese Weise Schranken zu setzen, dann schwarzen Kaffee trinkt und in der Folge, wiewohl noch verzagt, pochenden Herzens die Arbeit aufnimmt, kurzum: da ich als Nachtarbeiter vor sechs Uhr abends nicht ansprechbar bin.

Entsprechend sprachlos bin ich, als heute mittag, an einem Sonntag noch dazu, das Telefon läutet. Da es in mir keinen Partner findet, monologisiert es vor sich hin. Es wird, denke ich, früher oder später resignieren. Es resigniert nicht. Ich lege mich von dem einen auf das andere Ohr, und wiewohl ich wieder ruhig liege, fühle ich mich geschunden. Mir fällt ein, daß ich nicht nur die vergangene sondern auch die Nacht davor kaum geschlafen habe.

Und mir fällt ein, warum. Erleichtert atme ich auf. Es hat sich gelohnt, zwei Tage und zwei Nächte hartnäckig geblieben zu sein. Am Freitag bin ich auf die Spur gestoßen, endlich, ich habe sie aufgenommen, habe sie verfolgt, und sie hat sich als richtig erwiesen.

Nun ist Sonntag mittag, und seit ich weiß, warum ich mich elend fühle, geht es mir besser. Auch das Läuten des Telefons stört mich nicht mehr. Was ist mir doch geglückt in diesen beiden Tagen! Mein Leben lang stand ich, wenn ich Schuberts Neunte Symphonie hörte, vor einem Rätsel, das sich, je tiefer ich in diese Musik hineinhörte, umso weniger lösen ließ.

Nicht von ungefähr versuchte ich es am Freitag anders, hörte nicht in die Musik hinein, sondern hörte zu. Und sie erschloß sich. Und Tag und Nacht habe ich nicht nachgelassen, Wörter dafür zu suchen, bis ich heute morgen das letzte Wort fand und zu Bett ging. Spatz wird sich wundern. Ich werde ihn heute noch anrufen.

Nun bin ich froh, geweckt worden zu sein, und meine von Schuberts Musik wundgehörten Ohren empfinden das Läuten des Telefons als Musik. In dieser versöhnlichen Stimmung hebe ich den Hörer ab und nenne meinen Namen. Ich gratuliere Ihnen, höre ich Michelangelo Spatz sagen.

Mister Spatz! rufe ich. Als hätten Sie es geahnt. Ich muß Ihnen etwas mitteilen, auch wenn Sie es nicht hören wollen. Ich weiß, Sie lieben Schubert nicht. Ich muß es Ihnen dennoch sagen: Sie, Michelangelo Spatz, Sie wären nichts ohne Franz Schubert. Ich weiß, das kommt überraschend für Sie. Es kommt aber auch für mich überraschend. Ich weiß es auch erst seit heute. Sie sind als Komponist nicht denkbar ohne die Neunte von Schubert. Gerade Sie nicht, der Sie behaupten, ein Nachfolger von Webern zu sein.

Quatsch, sagt Spatz, und er, der Amerikaner, der gewöhnlich mit mir jenes klare Deutsch spricht, das sein Vater, Auslandsösterreicher aus Profession, ihn gelehrt hat, sagt Quatsch mit starkem amerikanischen Akzent. Ein Zeichen, daß er sich ärgert.

Ein Grund für mich fortzufahren. Die Neunte von Schubert, sage ich, ist die Zerstörung all dessen, was die Musik Bachs und die der Wiener Klassik auszeichnet: das wertvolle Motiv und die redliche Verarbeitung: das alte feudale und das neue bürgerliche Ideal – vergegenständlicht in einem Kunstwerk, das der Adel bezahlt und der Bürger benutzt.

Die Neunte von Schubert ist die Musik der neuen Zeit, sage ich, die Musik des Industriekapitalismus. Unfaßbar offen trägt sie die Merkmale der massenhaften Warenproduktion musikalisch zur Schau, nein, zu Markte, als Wundmale auch, als Wundmale vor allem im Scherzo und im Finale, wo die Musik in fröhlicher Resignation sich nur noch weiterbewegt als Reklame ihrer selbst. Musik danach ist, bis Schönberg, ein trauriges oder aber ärgerliches Mißverständnis. Ich will das jedoch nicht in einem Ferngespräch ausführen, das käme Sie zu teuer. Ich werde Ihnen schreiben.

Mir schreiben? fragt Spatz. Daß er auch das Wort schreiben mit amerikanischem Akzent versieht, verstehe ich allerdings nicht. Es kann ihn doch, daß ich ihm schreiben will, nicht ärgern.

So ist es, antworte ich.

Ich habe es befürchtet, sagt Spatz: daß sie es nicht verkraften werden, zweimal in einem Monat von New York nach Wien zu reisen, noch dazu vergeblich. So daß sie bald wieder reisen müssen, falls Sie Ihre Karenzierung weiter betreiben wollen. Vermutlich sind Sie mit Ihren Gedanken schon in Wien. Oder Sie haben zu viel getrunken.

Letzteres bestreite ich vehement, reibe mir dabei die Augen, setze mich im Bett auf, schaue aus dem Fenster und merke bestürzt, daß ich nicht, wie ich wähnte, in Wien bin sondern in New York. Ich sehe die Mercer Street und dahinter an der

Ecke Broadway / Bleecker Street mein Lieblingshaus. Es ist das einzige mit einem gemauerten Wasserturm auf dem Dach; die Wassertürme auf den umliegenden Häusern sind aus Eisen und Blech und holzummantelt.

Spatz, denke ich, hat recht, das mehrmalige Hin- und Herfliegen, vergeblich obendrein, hat mein Ortsbewußtsein zerrüttet. Und mein Rechtsbewußtsein. Nicht ich habe um Karenzierung gebeten, die staatliche Stelle, die mich seit dreißig Jahren beschäftigt, hat mir eine Karenzierung angeboten, und nun, da ich darum ansuche, ziert die Behörde sich.

Egal, sagt Spatz, ich habe nur angerufen, um Ihnen zu gratulieren.

Ich schweige. Ich weiß, das ist für beide peinlich. Ich halte Schweigen dennoch für besser. Mir ist nun klar, daß Spatz' Anruf nichts mit meinen Schubert-Studien zu tun haben kann. Wenn aber nicht dazu, wozu dann will Spatz mir gratulieren? Endlich redet er weiter. Sie haben gewonnen, sagt er.

Um Gottes willen, rufe ich. Mir fällt ein, daß heute der Tag des Referendums ist, nein, war. Es ist zwölf Uhr in New York, sechs Uhr abends in Österreich, es ist die Stunde der Hochrechnung, wenn nicht schon das Ergebnis der Volksabstimmung feststeht. Und Spatz kennt es, er wird nach Wien telephoniert haben. Um Gottes willen sage ich, und meine Stimme erstirbt, habe ich tatsächlich gewonnen?

Ich erhebe mich mit dem Telefonhörer in der Hand von dem Futon, das auf dem Fußboden liegt, und bedaure sogleich, diesen Kraftakt unternommen zu haben, denn bei dem Gedanken, gewonnen zu haben – schließlich habe ich Spatz prophezeit, daß sich keine Mehrheit für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union wird finden lassen, da sich noch nie eine Mehrheit hat finden lassen für etwas, das diesem Staat auch bekommen wäre; somit heißt, daß ich gewann, daß meine Befürchtung eintraf – bei dem Gedanken also, wieder einmal habe eine Mehrheit sich gegen einen friedlichen Umgang mit anderen Ländern ausgesprochen, wird mir übel, der Schweiß tritt mir aus dem Leib, ich mache einen rettenden Schritt zu dem Sessel, der vor dem Schreibtisch steht, und setze mich.

Heimlich, sagt Spatz, haben Sie wohl damit gerechnet. Aber gewiß nicht mit einer Mehrheit von 66 Prozent.

Mit einer Mehrheit wofür, frage ich. Ja, in diesem Augenblick habe ich Hoffnung, daß es einmal in meinem Leben eine Mehrheit für etwas gibt, wofür auch ich eintrete, einmal nur, doch diese Hoffnung ist so winzig, daß sie den Keim einer Hoffnung zu nennen schon vorwitzig wäre.

Ich rufe sie später an, sagte Spatz.

Sind Sie wahnsinnig? rufe ich und verausgabe dabei meine letzte Kraft.

Ich habe recht gehabt, sagt Spatz, Sie haben zu viel getrunken.

Ich flehe Sie an, sage ich, verraten Sie mir das Ergebnis.

Ich wiederhole, sagt Spatz, eine Mehrheit von 66 Prozent hat sich für die Europäische Union ausgesprochen. Und nicht nur Sie können es nicht fassen, niemand kann es. Schon gar nicht in Österreich.

Was halten Sie davon, frage ich, wenn wir uns in einer halben Stunde bei Bruno treffen?

Ich kenne die Antwort, ich weiß, daß sie zögernd kommen wird, und Spatz enttäuscht meine Erwartung nicht. Wir haben uns noch nie woanders als bei Bruno getroffen, und deshalb wohl legt Spatz Wert darauf, bei jeder Verabredung so zu tun, als gelte es erneut, eine gute Wahl zu treffen. Bruno? fragt er; Bruno klingt nicht schlecht.

Bruno ist eine Cafe-Konditorei, deren vier kleine Tische und deren Sessel auf dem Gehsteig vor dem Lokal ab Mittag im Schatten stehen, da sie, die Konditorei, ostseitig liegt, was sie noch einladender macht; die flaumige Topfentorte, hierorts merkwürdigerweise cheesecake, Käsekuchen genannt, und der schaumige Espresso wären Grund genug hierherzukommen.

Der wahre Grund aber für Spatz und mich, uns hier zu treffen, besteht einfach darin, daß Bruno der dritte Punkt eines gleichseitigen Dreiecks ist, deren zwei andere Punkte meine Wohnung und die von Spatz sind. Die drei Punkte liegen nah beieinander, da eine Seite des Dreiecks nur hundert Meter lang ist: meine Wohnung in der Bleecker Street (knapp nördlich der Houston Street, noch im Village), die Wohnung von Spatz in der Prince Street (knapp südlich der Houston Street, schon in Soho) und die Cafe-Konditorei Bruno am LaGuardia Place (immer noch im Village und insofern noch immer nicht in Soho), am LaGuardia Place, der, weil er Place heißt, kein Platz ist sondern eine Straße.

Einverstanden, antwortet Spatz, wir sehen uns bei Bruno; aber nicht in einer halben Stunde. Auch diesen Teil der Antwort kenne ich. Immer ist ihm, Spatz, eine halbe Stunde zu knapp bemessen; immer hingegen ist die Frage offen, wann er glaubt, am Treffpunkt sein zu können. In zwei Stunden, sagt er. Ich protestiere. Jetzt, in dieser Minute, würde ich mit ihm über die Volksabstimmung sprechen wollen. Das aber kommt für Spatz nicht in Frage.

Sie wissen, sagt er, ich arbeite an einem Streichquartett. Das weiß ich durchaus nicht, antworte ich, und Spatz unterbricht mich sofort: Haben Sie keine Sorge, ich arbeite selbstverständlich auch am Jüngsten Gericht.

Dieser Lügner, denke ich mir, ich denke es mir nur, es auszusprechen wäre verfrüht, ein wenig hat Spatz in letzter Zeit tatsächlich am Jüngsten Gericht gearbeitet. Jüngstes Gericht nennen Spatz und ich eine Fernsehserie, die ich, mehr im Scherz als im Ernst, gesprächsweise entworfen habe, damals, als Spatz und ich zum erstenmal in New York aufeinandertrafen, beide gedrückt von Geldsorgen.

Spatz hat damals gemeint, sollte ich noch zu Lebzeiten zu Geld kommen wollen – eine plumpe Replik darauf, daß ich ihm stolz von dem Buch erzählte, das ich ein Jahr zuvor veröffentlicht hatte, ein Buch von 300 Seiten über den Satz von Karl Kraus: »Deshalb sollten die, die eine ›Stimme‹ urgieren, sich bewußt sein, daß sie als Schrei noch aus erstickendem Chaos bestimmt ist, Sprache zu sein; und daß ein Gestaltungswille, der von Natur dazu neigt, vom Stoff überwältigt zu werden, nicht Stellung nimmt, sondern Stand sucht im tausendfachen Ansturm eines Übels, das mit ihm leichter fertig würde als er mit ihm«, eine plumpe Replik darauf, daß ich stolz erzählte, von dem Buch über diese 58 Worte aus *Dritte Walpurgisnacht* seien nach einem Jahr bereits 57 Exemplare verkauft, was ich auf das Glück zurückführen würde, einen Verlag gefunden zu haben, der weder bei der Ausstattung des Buches noch bei der Werbung gespart hatte – Spatz also hatte damals gemeint, sollte ich zu Geld kommen wollen, möge ich das – wennschon in New York – dann beim Fernsehen versuchen; er würde sich diesem Versuch gern und hilfreich anschließen, schließlich würde ich das Englische äußerst unzureichend beherrschen. So ist Das Jüngste Gericht geboren worden.

So kommen Sie mir doch nicht jetzt, ersuche ich Michelangelo Spatz, in diesem historischen Augenblick, wenn in Österreich einmal etwas Erfreuliches passiert, mit Ihrem Streichquartett,von dem ich seit Wochen nur höre, daß Sie es weggelegt haben.

Ich habe, antwortet Spatz, heute Vormittag Cerhas letztes Streichquartett wieder gehört. Die Welt sieht anders aus seitdem. Dieses Streichquartett ist grandios; nein, es ist epochal. Mit der Einschränkung, daß mein Streichquartett, an dem ich nun doch weiterarbeite, dem von Cerha nicht nachstehen wird.

Wann sehen wir uns, frage ich. In einer Stunde, sagt er, bei Cerha. Bei Bruno, sage ich. Richtig, sagt er.

Friedrich Cerha ist in Wien der Lehrer von Michelangelo Spatz gewesen. Ihm, hat Spatz mir versichert, verdanke er viel, vor allem eine Auffassung vom Komponieren, die es ihm, Spatz, nicht ermögliche, in New York einen Cent zu verdienen. Daß er überhaupt nach Wien zum Studium gekommen ist, verdankt er allerdings seinem österreichischen Vater, einem Diplomaten, der, nach Jahren des Außendienstes in Rom, vor der Pensionierung zurückberufen wurde ins Wiener Auswärtige Amt und der glücklich war, den New Yorker Sohn in seiner Nähe zu haben. Nachhaltig beeindruckt, daß in der deutschen Anrede zwischen Sie und Du unterschieden wird, wo doch die amerikanische nur noch Vornamen kennt. Deshalb ist das erste gewesen, worum er mich bat, daß wir, er noch nicht vierzig, ich fünfzig, an Jahren so weit also nicht auseinander, daß wir, wie nah wir uns auch kommen mögen, einander stets mit Sie anreden.

Eine Stunde später, wie immer auf die Sekunde genau, trifft Spatz bei Bruno ein. Wer als Musiker die absolute Sprache spricht, hat offenbar auch ein exaktes Gefühl für den Wert der Zeit. Wie kommt es, sagt Spatz, daß der Obmann einer Partei, die laut Programm deutschnational ist, nun auf österreichischen Nationalismus setzt und sich geradezu fanatisch gegen ein Österreich in einer europäischen Union wehrt.

Heutzutage, sage ich, findet, wie schon oft in der Geschichte, das Leben der Wirtschaft bereits innerhalb anderer Grenzen statt als das Leben der Menschen. Es ist somit höchste Zeit, Grenzen aufzuheben, wo sie nur noch folkloristischen, also nationalen Wert haben. Damit wird freilich in den alten europäischen Nationalstaaten der alte Nationalismus brüchig, und die Nationalisten suchen panisch nach einem neuen. Was sie tun, ist zwangsläufig panisch, anachronistisch und grotesk.

Das können Sie, sage ich zu Spatz, daran ermessen, daß die Deutschnationalen, die auf Österreich bislang reagierten wieder protestantische Teufel aufs katholische Weihwasser, sich nun an einen neuen österreichischen Nationalismus klammern und diesen kümmerlichen Strohhalm auch noch mit Grünen, Kommunisten und sonstigen Klein- und Kunstgewerbetreibenden teilen. Diesen Leuten, sage ich, hat Musil den Roman *Der Mann ohne Eigenschaften* nicht hinterlassen, im anderen Fall sie nicht vergeblich neue absurde Eigenschaften wie zum Beispiel die österreichische Identität zu kreieren trachteten.

Haben Sie nicht, sagt Spatz, über ein Österreich, das zu einem von Deutschland dominierten Europa gehören soll, einmal anders gesprochen?

Ich habe, sage ich, anders gesprochen, als die Welt anders war. Dennoch steht aus, ob richtig war, was ich sagte. Aus zwei Gründen: Durch Vertrag ein Teil Westeuropas zu werden, ist für Österreich keine Zukunftsentscheidung, da es ein solcher Teil schon war. Wenige Länder sind wirtschaftlich von einem anderen Land so abhängig wie Österreich von Deutschland. Mitglied der Union zu sein, kann diese Abhängigkeit nur lindern. Im übrigen hat die österreichische Regierung bloß ratifiziert, was im wesentlichen schon österreichische Realität ist. Eine Mehrheit der Bevölkerung gegen die Wahrnehmung der Wirklichkeit wäre ein wahnhaftes Konzept für die endgültige Vernichtung Österreichs: eine Dritte Republik als Viertes Reich mit der Note fünf, der schlechtesten, in allen Belangen schon im ersten Semester.

Meine Freude, sagt Spatz, über das Ergebnis des Referendums ist übergroß, sie entspringt aber weniger der Sorge, was Österreich gut tut, als der Überlegung, wie die Welt vor Österreich geschützt werden kann, und sei es auch nur vorübergehend. Ein Land, das in einem einzigen Jahrhundert, einmal als Kaiserreich, einmal als Drittes Reich, zwei Weltkriege angestiftet hat, ist wohl am besten aufgehoben in einer Gemeinschaft, zu der nicht wenige Länder zählen, welche von Österreich überfallen wurden.

Außerordentlich merkwürdig aber, fährt Spatz fort, erscheint mir, daß es ausgerechnet Sie kümmert, daß Österreich wirtschaftlich gedeiht, daß also der Kapitalismus, dem Sie doch nichts Gutes nachsagen, blühen soll.

Falsch, sage ich. Ich bin schon zufrieden, wenn ein Kapitalismus, und zwar mitsamt Zivilisation, Österreich überhaupt erfaßt. Ich weiß, die Geldherrschaft ist nur eine zweifelhafte Freiheit gegenüber der Feudalherrschaft; doch immerhin eine Freiheit. Wer nicht in den Genuß dieser indirekten Herrschaft des Geldes über den Menschen gekommen ist, wird sich fortwährend zurücksehnen nach der alten direkten Herrschaft des Menschen über den Menschen, nach Feudalismus und Faschismus.

Das ist das Problem, sage ich, entzückt davon, daß Spatz nicht wieder auf sein Streichquartett zu sprechen gekommen ist, das ist das Problem vor allem in Österreich und in Deutschland: Ein heutiger Kapitalismus steht auf gestrigen Beinen und wackelt mörderisch durch die Gegend. Wo doch der Kapitalismus als Form des Wirtschaftens schon mörderisch genug ist. Wenn ihm auch noch der Giftmüll abendländischer Tradition als Basis unterlegt wird, ist die nächste Explosion nicht fern. Vielleicht taugt die Europäische Union als Feuerwehr. Eine kühle Dusche für die neofaschistischen Heißsporne: Das wäre für europäische Verhältnisse schon paradiesisch.

Doch ganz Europa, wendet Spatz ein, setzt mehr denn je auf Abendland und Kultur und verdammt Zivilisation als primitiv.

Das sind, sage ich, nur die hauptamtlichen Kulturschwätzer, die im übrigen identisch sind mit den beeideten Kunstfeinden. Wenn es der Zivilisation nicht gelingt, die Kultur zu überwinden, wird, was die Kultur als mögliche Menschlichkeit versprochen hat, nie als menschliche Möglichkeit zu erproben sein.

Und wenn, wendet Spatz ein, die neue Zivilisation sich damit zufrieden gibt, sich als neue Barbarei zu etablieren?

Barbarei, sage ich, wuchert dort, wo das jeweils neueste Unrecht mit der jeweils ältesten Lüge gerechtfertigt wird. Und woher stammen die alten Lügen? Aus dem Kulturfundus. Niemals im übrigen aus der Kunst. Nehmen Sie die Neunte von Schubert. Unbekümmert erzählt sie, daß sie ja gern eine klassische Syphonie wäre; doch die Zeiten sind nicht danach; sie scheren sich nicht mehr um den klassischen Gebrauchswert. Die bürgerliche Revolution hat zu sich selbst gefunden: Nicht mehr Ideen herrschen, sondern der Markt. Schubert nimmt das buchstäblich, seine Neunte ist eine einzige Marktschreierei.

Eine erfolgreiche wenigstens, sagt Spatz. Ich hingegen schreie seit einer halben Stunde nach einem Espresso und bekomme nun einen Cappuccino serviert.

Ganz im Sinne Schuberts, antworte ich. Schubert ist der Flaubert der Musik: illusionslos, zukunftslos, hoffnunglos. Doch nicht aus Ideologie. Sondern weil die Wirklichkeit so zu sein scheint. Akribisch genau zeigt die Neunte, daß es keinen Sinn hat, in einer Zeit, in der es gilt, eine Ware möglichst oft zu verkaufen, dem Hörer mehr als *ein* Motiv anzubieten. Und dieses eine Motiv soll möglichst oft verkauft werden, nach Möglichkeit in verschiedener Verpackung, nicht zu vergessen die jeweils gängigste, die Rossinische, nach der damals, zur Zeit der Neunten, auch in Wien, auch von Schubert gern gegriffen wurde.

Wie man das *eine* Motiv, die *eine* musikalische Innovation eine ganze Syphonie lang anpreist, sage ich in der Hoffnung, daß Spatz, der Experte, mich nicht auslacht, das allein wird Gegenstand des Komponierens. Und das Motiv selbst hört Schubert genial am Tingeltangel ab. Es gibt nichts außer jener Marktwirklichkeit, das die Gestalt der Neunten bestimmt. Und das ist mir, sage ich, Ermunterung genug, um den Satz zu riskieren, daß Zivilisation und Kunst vielleicht Verbündete sind. Gewiß aber, sage ich in einem Ton, als wüßte ich es, gewiß aber sind Kultur und Kunst einander feind.

So scheint, sagt Spatz, die Neunte Schuberts in Ihren Augen gewissermaßen die geistige Basis zu sein, auf der Österreich zivilisiertes Mitglied eines zivilisierten Europas werden könnte.

Sie wissen, sage ich, daß mir Übertreibung fern liegt, und ich möchte deshalb die Beziehung zwischen Schuberts Neunter und Österreichs Referendum nicht zu sehr strapazieren.

Ich danke Ihnen, sagt Spatz überschwenglich, allerdings zur Kellnerin, die ihm jetzt schon eine Topfentorte serviert, obwohl sie es nach seiner Hochrechnung erst in einer Dreiviertelstunde hätte tun sollen. Und mich fragt er: Ist es ein Rückfall in die Barbarei, wenn eine Kulturleistung wie das Servieren einer Topfentorte früher erbracht wird als die Hochrechnung es erwarten läßt?

Ja, sage ich. Und ich denke nicht daran, mich auf einen Kompromiß mit Spatz einzulassen. Wenn nämlich, fahre ich fort, ein New Yorker wie Sie von Topfentorte spricht, ist das auf jeden Fall barbarisch, da der cheesecake der Neuen Welt alles in den Schatten stellt, was das Abendland an Topfentorte je hervorgebracht hat.

Michelangelo Spatz schüttelt zwar den Kopf, läßt es sich aber schmecken.

Michael Scharang schrieb in KONKRET 8/93 über Volksmusik

Konkret 08/94, S. 36

Kunst & Gewerbe

Entschuldungsprogramm

Der KONKRET-Autor Otto Köhler hat ein Buch über den von der Treuhandanstalt organisierten und koordinierten Raubzug westdeutscher Unternehmen in der ehemaligen DDR geschrieben *(Die große Enteignung. Wie die Treuhand eine Volkswirtschaft liquidierte*. Knaur-Tb., 256 S., 12.90 Mark). Es ist dabei eine gründlich recherchierte Offenlegung und süffisante Kommentierung eines besonders krassen, also exemplarischen Falles staatlich gestützter kapitalistischer Bereicherungspraxis herausgekommen. Vom Nachweis der bewußten Inkaufnahme des Ruins der DDR-Wirtschaft, über die Beschreibung des mysteriösen Verschwindens von etwa 1 Billion Mark an Vermögenswerten der DDR, bis zur Schilderung einzelner »Marktbereinigungsmaßnahmen« und der offenen Brüskierung des Parlaments durch die systematische Behinderung der Arbeit eines Untersuchungsausschusses durch Treuhandverantwortliche und Bundesregierung – selbst ausgebuffte Kapitalismuskritiker werden da Informationen über marktwirtschaftliche Prozeduren finden, die sie sich selbst in ihren lichtesten Momenten so nicht vorgestellt haben.

So lobenswert Köhlers akkurate Recherche aber auch immer ist, so problematisch ist seine historische Einordnung und politische Bewertung der beschriebenen Vorgänge. »Köhler enthüllt die Treuhandpraxis als eine ganz bewußte, in der deutschen Geschichte verwurzelte Politik der volkswirtschaftlichen Liquidation eines ›eroberten‹ Landes«, freute sich am 12.7. das »ND« und begrüßte damit eine Darstellung, die durchaus geeignet ist, einer weiteren Relativierung des Nationalsozialismus von links Vorschub zu leisten. In einem zentralen Kapitel seines Buches schildert Köhler sowohl die Pläne, mit denen die Nazis unmittelbar nach den antisemitischen Pogromen des 9. November 1938 die Ausplünderung und Enteignung der Juden zu systematisieren und ihre Ghettoisierung vorzubereiten begannen, als auch die Arbeit der Haupttreuhandstelle Ost bei der Zerschlagung und Arisierung der Wirtschaft im besetzten Polen. Er schildert diese Schritte auf dem Weg zur Massenvernichtung als »Vorbild in dunkler Zeit« für die Behörde der Birgit Breuel und erweckt den Eindruck, es läge nach der »Liquidation« der DDR-Wirtschaft die Deportation der Ostdeutschen als nächster Schritt durchaus in der Logik eines »Krieges, den das Große Geld aus Westdeutschland gegen den ostdeutschen Habenichtsmehr führt«.

Was dazu dienen soll, ökonomische und politische Kontinuitäten in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts aufzuzeigen, sprengt jeden Vergleichsmaßstab. Das ganze Buch durchzieht eine so unangemessene wie überflüssige Parallelisierung einzelner Etappen der NS-Expansions- und Vernichtungspolitik mit dem Beutezug westdeutscher Konzerne in der ehemaligen DDR: Köhler nennt die Breuel-Behörde eine »Privatisierungstruppe im Göring-Ministerium«, genauer: an ihrem »traditionellen Ort«; er spricht von »Besatzungsoffizieren«, den »Interessen der westdeutschen Besatzungsmacht in Ostdeutschland« und einem »Einmarsch der West-Mark« in die DDR, so, als sei dieser gegen den Willen der Ostdeutschen erfolgt; er beschreibt das Nachdenken der NS-Planer über die Stillegung nicht zur Arisierung vorgesehener jüdischer bzw. polnischer Betriebe gezielt mit Vokabeln, die heute mit dem Wirken der Treuhandanstalt in der Ex-DDR assoziiert werden (»Abwicklung«, »Plattmachen«); und er charakterisiert die Praxis der Treuhandkreditvergabe an sieche DDR-Betriebe als »Sterbehilfe« – mit den Worten: »Dr. Mengele hat Vortritt vor Hippokrates.«

Die Ostdeutschen also als Juden von heute? Köhlers großzügige Analogiebildung subsumiert die nationalsozialistischen Verbrechen entgegen der formulierten Absicht des Autors dem normalen Gang kapitalistischer Geschäfte. Sie fördert vor allem aber die den Deutschen in diesem Jahrhundert zur zweiten Natur gewordene Haltung eines generellen Nichtverantwortlichseins, d.h. die Weigerung, Verantwortung für die Folgen des eigenen Tuns zu übernehmen. Die Konsequenzen der Wiedervereinigung stellt Köhler nicht den Ostdeutschen in Rechnung, die sie betrieben und die nun – wie schon von Hitler und Honecker – wieder mal nur »verraten und verkauft« (Köhler) worden sein, ihre Lage durch eigenes Handeln aber keineswegs mitverschuldet haben wollen. Und das ist scheußlicher als alles, was die Treuhand hat anstellen können.

Wolfgang Schneider

Aufruf I

Es wird hiermit eine Bürgerinitiative gegründet, die die zwei folgenden Forderungen erhebt:

Erstens, es muß dem Staat Bundesrepublik Deutschland, der, wie das Verfassungsgericht seit 1973 lehrt, »nicht ›Rechtsnachfolger‹ des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat ›Deutsches Reich‹« ist, *untersagt* werden, seine Straßen und Plätze, seine Universitäten, seine Kasernen und seine Intercitys mit den Namen so verdienter

Feinde dieses Staates zu schmücken wie Carl von Ossietzky (Uni Oldenburg), Hannah Arendt (ICE Hamburg-Karlsruhe) oder Rosa Luxemburg (Platz).

Statt dessen ist er, zweitens, zu verpflichten, durch genaue Kennzeichnung seiner Straßen und Plätze, seiner Universitäten, seiner Kasernen und seiner Intercitys hinreichend deutlich zu machen, wem er seine Machtstellung verdankt: Her mit Paul Hindenburg und Kaiser Wilhelm, Hermann Göring undKarl Dönitz, und, okay, als Kompromiß auch Axel Caesar Springer!

Aufruf II

Weiterhin wird eine Bürgerinitiative gegründet, die dafür eintritt, den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik damit zu beauftragen, *sämtliche* Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit *der Öffentlichkeit zugänglich* zu machen.

Vor zweieinhalb Jahren kündigte Jürgen »Mensch Jürgen« Fuchs, als er ein wenig in den Akten geblättert hatte, an: »Ich habe tatsächlich brisantes Material gesehen. Und mit diesem Wissen sage ich: Auf uns kommt etwas zu mit einer unglaublichen Gewalttätigkeit – Aktenberge, Auschwitz in den Seelen.«

Seitdem haben die Berufsbürgerrechtler ihre Akten eingesehen. Rausgekommen ist dabei wenig mehr als die berühmten Fotos von Bärbel Bohley beim Mülleimerausleeren. Gerichtsverfahren wegen Stasiakten? Fehlanzeige. Gleichwohl hält sich der Mythos hartnäckig, daß die Stasi irgendwie sowas wie die Gestapo gewesen sei.

Mit der Veröffentlichung dieser Akten könnte belegt werden, daß in der DDR vor 1989 schlimmstenfalls eine sammelwütige Bürokratie am Werke war, nach 1989 hingegen bundesweit unverantwortliche Demagogen.

Interessenten für die BIs melden sich bitte bei der Redaktion.

Aufruf III

An die Stewards und -essen aller Fluglinien:

Bitte achten Sie in nächster Zeit darauf, ob auf der Bordliste eines von Ihnen bedienten Fluges ein WEINLAND, PIT MR auftaucht. Sollte das der Fall sein, dann sagen Sie dem Herrn doch bitte einen schönen Gruß von der KONKRET-Redaktion, daß wir seinen »Billig-Airline-Test« in »Tempo« Nr. 7/94 gelesen hätten, und daß der uns ganz besonders gut gefallen habe, vor allem die Stelle, wo der Herr Weinland sich so lobend über Ihre kenianischen Kolleginnen vom African Safari Club äußert und sagt: »Ein paar Jahrhunderte Kolonialismus haben das Verständnis für Service geschult.«

Wenn Sie den Herrn Weinland dann gebeten haben, sich anzuschnallen, und wenn der Herr Weinland sich dann angeschnallt hat: Gießen Sie ihm dann doch bitteschön zirka zwei Liter kochendheißen Kaffee auf seine – wie sagt man unter »Tempo«-Lesern? Richtig: auf seine Klüten.

Der Kaffee ginge dann auf uns.

Im Fettnapf

Mit beiden Beinen tief im Fettnapf der antifaschistischen Materie steht Sonja Balbach mit ihrem Buch *»Wir sind auch die kämpfende Front«* (Konkret Literatur Verlag 1994, 200 Seiten, 25 Mark). Dort wird das Bild des Nazis bei Antifas als Problem verortet. Die Autorin bemüht sich, das rechte Image zu korrigieren, indem sie konstatiert, daß Burschen wie Mädchen in der rechten Szene Schutz, Sicherheit und Identität suchen. Balbachs eigene Arbeit straft sie Lügen: Keine der von ihr interviewten Frauen ist dem Individualisierungsschub zum Opfer gefallen, leidet an mangelndem Selbstbewußtsein oder ist von Obdachlosigkeit oder Armut bedroht.

Fingerspitzengefühl beweist Balbach auch während der Interviews, als es zur Leugnung des Holocaust und zur Ankündigung »wieder Arbeitslager zu schaffen« kommt. Sie fragt nach dem Verbleib der Journalisten und bekommt zur Antwort: »Alle, die über uns lügen, ab ins Arbeitslager. Und das werden neunzig Prozent von allen Journalisten sein.« Worauf Balbach schlagfertig mit »... darf ich die Lagerzeitung machen?« reagiert. Als purer Hohn entpuppt sich damit Balbachs Problembewußtsein, das sie in ihrer Einleitung über die Thematik des Holocaust äußert: »Infantiles, Provozierendes über das Grauen von Verfolgung und Vernichtung. Die menschenverachtende Ignoranz des jugendlichen Gegenübers macht einen fast hilflos und fegt bei vielen jegliche Bereitschaft zur Auseinandersetzung beiseite.« Sonja Balbach hielt durch – bis zum bitteren Ende.

Marion Lehrner

Wieso soll ausgerechnet Claudia Schiffer ein Modell für die Frauen sein? Das ist doch der Traum von Adolf Hitler.

»Benetton«-Fotograf Oliviero Toscani

Das schönste Feuerwerk der Welt dank des größten Kaufhauses von New York am höchsten Feiertag der U.S.A. diesmal aus dem Liegen betrachtet

von Michael Scharang

Oh Macy's
du ältestes unter den altmodischen
du größtes unter den unübersichtlichen
Kaufhäusern von New York City
in dessen Sonnenschirmabteilung
mehr Kinder sich verlaufen als
am Strand von Coney Island
an einem heißen 4. Juli

an einem wolkenlosen Unabhängigkeitstag
für den du
oh Macy's
Jahr um Jahr ein Feuerwerk spendierst
am East River oder am Hudson
in diesem Jahr aber auch noch den
Matratzenpreis nachließest um 60 Prozent

so daß ich
oh Macy's
dir endlich zu Füßen liegen kann
wenn ich am Feuerwerkshimmel sehe
wie deine Sterne sinken

Konkret 08/94, S. 38

Daniel Libeskind, Layla Dawson

Ein Ruf nach Ordnung

Layla Dawson sprach mit dem Architekten Daniel Libeskind über die Planungen für die Reichshauptstadt, seine Auseinandersetzung mit Vittorio Lampugnani, dem Protagonisten der neuen Einfachheit in der Architektur, und über Libeskinds aufregenden Entwurf für das Jüdische Museum in Berlin

Während des Internationalen Architekturforums in Magdeburg, im Oktober 1993, hielt Vittorio Magnago Lampugnani, der damalige Direktor des Deutschen Architekturmuseums in Frankfurt am Main, einen vielbeachteten Vortrag, in dem er sich kritisch zur Postmoderne und zur dekonstruktivistischen Architektur äußerte. Lampugnani nannte seinerseits sieben Forderungen an eine reformierte Architektur: Einfachheit als Verdichtung von Komplexität; Beschränkung der Materialien auf Stein und Putz, die für Gediegenheit und Zweckdienlichkeit stehen; das Postulat, daß Menschen eine geometrische Ordnung brauchten, die mit ihrem Körper harmoniere, um ihren Geist zu entfalten; daß mit dem Avantgarde-Mythos der Innovation zu brechen sei; daß Erneuerung entbehrlich sei und bald unökonomisch werde: Jedes alte Bauernhaus zeige, daß es keinen Widerspruch bedeute, die architektonischen Maßstäbe zu senken und gleichzeitig die Qualität zu heben. Seine Auffassung führte Lampugnani später öffentlich im »Spiegel« aus, und auch die zwei ersten Ausstellungen seiner Trilogie *Moderne Architektur in Deutschland zwischen 1900 und 1950* geben Zeugnis von seinem Credo, daß die Architekturgeschichte »von Zeit zu Zeit neu geschrieben werden muß – aus dem unumgehbaren Blickwinkel der Gegenwart«.

Daniel Libeskind, amerikanischer Architekt polnischer Herkunft, der im internationalen Architektenwettbewerb für die Erweiterung des derzeit schon im Bau befindlichen Berlin Museums mit der Abteilung Jüdisches Museum den ersten Preis gewonnen hat, attackierte Lampugnanis Vorstellungen in englischen und deutschen Architekturzeitschriften als »einen Ruf nach Ordnung«. Der »Spiegel« zog es jedoch vor, Libeskinds Kritik an Lampugnani nicht zu drucken.

Lampugnani ließ jüngst verlauten, er habe »kein Interesse mehr an einer öffentlichen Auseinandersetzung über meine Architekturvorstellungen«. Das ist allerdings auch nicht nötig. Schließlich werden seine Ideen bei der Planung des »neuen Berlin« in Beton gegossen.

Herr Libeskind, was haben Sie gegen »Einfachheit in der Architektur«?

Es geht nicht um Einfachheit. Es geht um einem Ruf nach Ordnung. Das hat nichts mit Einfachheit zu tun. Es hat zu tun mit der ideologischen Verengung von Problemen auf ein Dogma, und das ist nichts Einfaches, sondern etwas Komplexes. Verborgen unter dem Begriff der Einfachheit werden eigentlich ganz andere Ziele verfolgt.

Ihr Entwurf für das Jüdische Museum ist eine expressive, symbolische, in Ermangelung einer geeigneteren Kategorie kann man sagen: dekonstruktivistische Architektur. Lampugnani behauptet, in einer Welt, die vom Chaos bedroht werde, befriede der Dekonstruktivismus das Chaos, indem er es elegant und angenehm gestalte, ohne jedoch irgendwelche Probleme zu lösen, und diene sich damit dem Kleinbürger an. Glauben Sie, daß diese Kritik am Dekonstruktivismus nur einem Ressentiment gegen die Freiheit des Ausdrucks entspringt?

Zweifellos. Lampugnani hat immer wieder, auf verschiedenste Weise, versucht, Tatsachen zu leugnen. Er bedient sich aller nur möglichen Argumente gegen Innovation und gegen die zeitgenössische Architektur, und zwar stets im Namen einer Erneuerung der alten Ordnung. Er behauptet, das Jahr 1945 habe das Ende der Ordnung bedeutet. Er läßt sie nicht etwa 1933 enden. Seine Botschaft ist, daß die ganzen Nazigebäude schon in Ordnung waren, bis auf die, die halt etwas zu groß geraten sind. Das grenzt an die neofaschistische Auffassung darüber, wie die Welt auszusehen habe, und zum Schaden für die Welt scheinen Lampugnanis Ansichten ziemlich genau denen zu entsprechen, die der Berliner Bausenat und der Baudirektor, Herr Stimmann, propagieren.

Sie haben gesagt: »Die Maßstäbe, die der Architekt für die Stadt Berlin, Stimmann, anlegt, sind autoritäre und repressive Erlasse«, und Sie haben gewisse Berliner Kreise folgendermaßen charakterisiert: Es herrsche dort »eine häßliche Atmosphäre, die der Pathologie einer Zeit ähnelt, in der die Vorstellung von ›entarteter Kunst‹ entstand«.

Ich habe diese Atmosphäre selbst erlebt; Sie können das zitieren. Mein Entwurf für das Jüdische Museum wurde von Stimmann als »pervers« bezeichnet, und – für mich äußerst interessant – er warf ihn in einen Topf mit Mies van der Rohes Nationalgalerie und mit Bauten von Hans Scharoun und Erich Mendelsohn. Er behauptete, diese vier Architekten hätten die verheerendsten Auswirkungen für Berlin gehabt. Es ist zwar eine wundervolle Gruppe, der er mich da zuschlägt, aber für einen Beamten, der den Architekten der Stadt Baugenehmigungen erteilt, ist das eine höchst befremdliche Äußerung. Wenn ich also das Wort »entartet« benutzt habe, so war das nicht metaphorisch gemeint. Ich wollte vielmehr deutlich machen, wie da weite Bereiche ausgeschlossen werden: Die Diskussion von Gedanken und die Realisierung von Bauten wird verhindert, und zwar durch ausdrückliche Manipulation, oder nennen Sie es Propaganda: was richtig und was falsch ist, was moralisch und was unmoralisch ist, was sauber und was schmutzig ist, was anständig und was unordentlich ist. Die

Argumente und Begriffe, die die Verwaltung in diesem Fall benutzt, sind absolut die gleichen, wie sie in der Ausstellung »Entartete Kunst« von 1936 verwendet wurden. Ich kann Ihnen entsprechende Textpassagen zeigen. Herr Stimmann hat mir diesen Vorwurf während einer öffentlichen Veranstaltung gemacht, bei der zehn oder zwölf Personen anwesend waren. Es existiert auch ein offizieller Brief zu diesem Thema. Da das Ganze passierte, als in Berlin die Rekonstruktion der Ausstellung »Entartete Kunst« gezeigt wurde, habe ich zu ihm gesagt, Herr Stimmann, Sie sollten sich diese Ausstellung ansehen, weil Ihnen vielleicht nicht klar ist, was Sie da sagen. Ich war äußerst höflich. Später tat es mir leid, daß ich so höflich gewesen war.

Wie haben die anderen Anwesenden reagiert?

Sie waren entsetzt, absolut entsetzt.

Wie äußerte sich das?

Eine ganze Reihe von Briefen wurde geschrieben. Aber lassen wir diesen Vorfall. Ich wollte nur die Atmosphäre schildern, die in Berlin herrscht. Nehmen Sie die Architekturwettbewerbe, etwa den Spreeinsel-Wettbewerb für das Regierungsviertel. Es gab 50 Einreichungen, 25 davon aus Berlin, und alle sahen sie gleich aus. Und zwar so auffallend, daß die »FAZ« und der »Tagesspiegel« sich fragten, wie es möglich sei, daß 50 Leute zu genau demselben Entwurf kommen. Was wußten sie, was lag in der Luft? Es gibt eine stille Übereinkunft, daß man den Stil und die Architektur produziert, die im Augenblick gefragt sind; und Vorfälle wie der erwähnte weisen die Richtung.

Was meinen Sie mit »stiller Übereinkunft«?

Mit »still« meine ich, daß niemand zu widersprechen oder Zweifel anzumelden wagt; wenn Sie widersprechen, kommen Sie auf die schwarze Liste, so wie ich in meinen letzten fünf Berliner Jahren. Sobald Sie Einwände gegen diese Vorstellungen erheben, sind Sie draußen.

Haben Sie Beweise für schwarze Listen?

Es gibt Architekten in Berlin, die aufgefordert werden, sich an dreißig, vierzig Wettbewerben pro Jahr zu beteiligen. Es will schon etwas heißen, wenn man als Architekt nicht zur Teilnahme aufgefordert wird. Ich möchte nicht eingebildet erscheinen, aber ich bin in diesem Land und in der Welt ziemlich bekannt. Daß ich nach dem Jüdischen Museum nie mehr eingeladen wurde, nicht ein einziges Mal, das erfordert schon einige Mühe. Ich bin nicht der einzige, dem das auffällt: Der »Tagesspiegel« schrieb vor einigen Monaten: Wieso wurde Libeskind nicht aufgefordert, was hat ihn zur persona non grata gemacht? Und nicht nur ich: Es gibt eine ganze Reihe von Architekten, junge Architekten, die woanders studiert haben, die andere Anschauungen vertreten, die auch ausgeschlossen werden. Denn gefragt ist diese eingeengte Vorstellung von Ordnung, die von zwei oder drei Architekten vertreten wird.

Könnten Sie beschreiben, worin das Subversive, das Antiautoritäre und Provokative, Ihrer eigenen Arbeit liegt?

Ich würde sagen, was ich mache, ist realistisch. Nehmen Sie meine Pläne für den Alexanderplatz. Selbst konservative Kritiker haben geschrieben, es sei ein realistischer Entwurf. Ich verwende das Wort subversiv positiv. Was ich mache, untergräbt die ideologischen Prämissen der Architektur, die nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben. Diese Ideologien haben die Zukunft im Sinn, während meine Arbeit sich mit der Gegenwart und mit dem, was möglich ist, auseinandersetzt. Bei dem Alexanderplatz-Wettbewerb war ich der einzige, der die stille Vorgabe zurückwies, daß sämtliche Bautenim Osten abgerissen werden müßten. Nicht,weil ich sie für ansehnlich oder ästhetisch wertvoll hielte, sondern weil das nicht der Weg zu einer Verbesserung des öffentlichen Raums und der Stadt ist. Es kann nicht die Lösung sein, Häuserblocks zu zerstören,die existieren und weiterhin funktionieren – all den perversen utopischen Träumen von Leuten zum Trotz, die sie niederreißen wollen.

Die Moderne wollte ästhetische und soziale Werte miteinander verbinden und die Maßstäbe für die Mehrheit höher setzen. Jetzt wird mit eben diesen Maßstäben die Lebensqualität gesenkt, vor allem bei Bauten, die keinen Profit versprechen. Das Problem bei der Finanzierung besteht darin, daß die Bodenpreise infolge der Spekulation die Hälfte der Kosten bei allen Bauvorhaben ausmachen. Mit den restlichen 50 Prozent des Budgets sollen die Architekten dann Wunder vollbringen. Also werden Raumaufteilung, Größe und Anzahl der Zimmer, Flurbreite, Deckenhöhe und Qualität der Ausstattung auf ein Minimum reduziert. Wie sollen Architekten mit so etwas umgehen?

Es stimmt, was Sie sagen. Der Hauptantrieb ist derzeit in Berlin die Spekulation. Es geht um Grundbesitz und um Gier. Das ist vielleicht unvermeidlich, da die Stadt sich entwickelt. Noch schockierender ist aber, daß von öffentlicher Seite oder von Architekten so wenig zur Lebensqualität und zum öffentlichen Raum zu hören ist, obwohl wir doch aus der Geschichte wissen, daß sie es sind, die Städte lebenswert und interessant machen, und nicht die Reduzierung auf eine steingewordene Demonstration von Kapital.

Warum protestieren die Architekten nicht? Haben sie Angst, daß sie keine Aufträge mehr kriegen?

Auf jeden Fall. Fragen Sie irgendeinen Architekten. Alle werden Ihnen privat sagen, daß die Situation hier in Berlin grauenhaft ist, doch es melden sich nur die zu Wort, die nicht mehr hier arbeiten, die ihre Zukunft woanders sehen oder begreifen, daß es ihnen auch nichts nützt, wenn sie schweigen. Das hat aber, soweit ich sehe, noch zu keinen Veränderungen geführt. Ich stelle nur fest, daß man es auf fatalistische Weise hinnimmt, daß die Stadt für die nächsten zehn Jahre den Launen eines einzigen Bürokraten unterworfen ist, und zwar in Zusammenarbeit mit einer Anzahl mächtiger Architekten, die selbstverständlich davon profitieren, da sie alle sicher vierzig Gebäude zu planen und zu bauen haben. So etwas kennen wir aus der Vergangenheit, aber in dieser Stadt und in diesem Land haben solche Vorgänge eine besondere Bedeutung, da sie mit einer politischen Linie verbunden sind, die nicht ausdrücklich beim Namen genannt wird.

Was für eine politische Linie?

Ich denke, Lampugnani benennt sie sehr deutlich, wenn er von Ordnung redet – zurück zu *unserer* Architektur, zurück zu *unserem* Nationalstil. Das trifft sich mit den Interessen von Gruppierungen, die das Berliner Schloß gern wieder aufbauen möchten und die Stadt auf regressive Weise in eine historische Zeit zurückversetzen wollen, die ihr, wie sie hoffen, Macht, Ansehen und Charakter verleiht. Ich habe es schon gesagt, und ich wiederhole es jetzt: All die Vorstellungen von selektiver Geschichte, selektiver Ausradierung von Geschichte, selektiver Verkündung von Geschichte und Umschreibung von Geschichte sind Teil einer umfassenden revisionistischen Tendenz im heutigen Europa, aber hier in Deutschland springt sie besonders ins Auge und gibt Anlaß zu großen Befürchtungen, denn sie muß im historischen Kontext gesehen werden.

Handelt es sich bei diesen Ideen um eine bestimmte Architektenschule?

Lampugnani ist kein einzelner. Er verleiht nur den Interessen anderer Ausdruck. Zweifellos handelt es sich nicht um eine unschuldige, spontane Reaktion auf das, was derzeit geschieht. Und dieses Gedankengut manifestiert sich nicht nur in Architektur und Stadtplanung, sondern auch anderswo in der Politik. Wo immer diese Leute auftauchen, trifft man – unter dem Deckmantel von Vernünftigkeit – auf ein gemeinsames Bemühen um die Etablierung eines Stils des »Zurück zu den Ursprüngen«. Deutschland hat sich nach der Wiedervereinigung auf dramatische Weise verändert. Ich glaube, den meisten ist das nicht bewußt. Sie schauen immer noch auf das Deutschland der 60er oder 70er Jahre zurück. Und das Bild ist falsch. Das Deutschland nach der Wiedervereinigung ist ein anderes Land. Es hat mit neuen Problemen zu kämpfen, mit seiner eigenen Identität, damit, was Deutschland als Ganzes ist, wie sein Programm aussieht. Das alles ist nicht mehr wie zu Zeiten der Teilung.

Sie haben gesagt: »Die besten Produkte des zeitgenössischen Geistes entspringen dem Irrationalen, während das, was sich in der Welt durchsetzt, was herrscht und häufig tötet, sich immer im Namen der Vernunft vollzieht.« Glauben Sie, daß sich in einer Zeit, in der irrationale, nationalistische und atavistische Stammesgefühle die Oberhand gewinnen, Widerstand mit einer Kritik der Rationalität begründen läßt?

Ich denke, man sollte sich mit dieser Pseudorationalität nicht einverstanden erklären, auch wenn sie stets als Rationalität auftritt. Bauwerke entstehen aus vielen verschiedenen Erfahrungen und nicht nur aus solchen, die sich in einer Reihe von Diagrammen darstellen lassen. Wenn Sie Unter den Linden oder die Friedrichstraße entlanggehen, so stellen Sie fest, daß das, was da gebaut wird, im Grunde nur einer einzigen Formel gehorcht, die sich baulich kristallisiert hat. Sie können aber eine Formel nicht schematisieren und auf eine ganze Stadt übertragen. Ich vermute, die Menschen werden entsetzt sein, wenn sie die Ergebnisse sehen, aber dann wird es zu spät sein. Dann werden die Straßen schematische Alleen sein, die von neuem jener Vorstellung Vorschub leisten, die Realität ließe sich auf eine Banalität reduzieren – sei es die Speersche Banalität, mit der sie entlang riesiger Achsen angeordnet wird, sei es die Banalität des Kleinbürgers.

Massenmord und die Zugfahrpläne für seine Ausführung, die man zuweilen für rational hält, sind ja absolut irrational.

Genau. Ich bin froh, daß Sie das ansprechen, weil ich meine Bemerkung nicht als platte Rationalitätskritik verstanden wissen will.

Die Entscheidung für die Ausweitung des Berlin Museums durch die Hinzufügung eines Jüdischen Museums wurde im Juni 1989 gefällt. Ihr radikaler Entwurf wurde vor der Wiedervereinigung aus 157 westdeutschen und 8 international bekannten Architektenentwürfen ausgewählt. Inwiefern ist Ihr Entwurf – ein Zickzackplan mit lauter sich kreuzenden Fluchtlinien – ein Niederschlag dessen, was Sie über Berlin und die deutsch-jüdische Geschichte denken?

Es ist interessant, daß das Jüdische Museum jetzt nicht mehr, wie noch im Architekturwettbewerb beschrieben, eine Abteilung innerhalb des Berlin Museums bildet, sondern zu einem Jüdischen Museum geworden ist, das einen »Teil der Erweiterung« des Berlin Museums darstellt. Ich denke, das ist Teil des Entwurfs. Er verbindet die deutsche Geschichte Berlins mit der jüdischen, denn man kann Max Jakob Friedländer und Walter Benjamin nicht aus der jüdischen Geschichte entfernen, und man kann sie auch nicht aus der deutschen Geschichte heraussäubern.

An Berlin kann man das Verhängnis der Vernichtung der jüdischen Bürger Deutschlands und der sechs Millionen in Europa begreifen. Man sieht, was es für Berlin bedeutet, wenn diese Bürger nicht mehr in der Stadt sind. Sie fehlen hier. Es existiert eine große Lücke. Was wir die Modernität Berlins nennen und mit dem Besten von Deutschland verbinden, mit all

jenen Siedlungsprojekten, mit Walter Gropius, mit Schriftstellern und Malern, ist ein Mythos, den Fremde von Berlin im Kopf haben mögen. In Wirklichkeit fehlt hier all jene städtische Kultur. Meine Arbeit ist in gewisser Weise mit einer Geschichte verknüpft, die nicht mehr leicht zugänglich ist. Sie ist über Bücher, über Filme, aus zweiter Hand zugänglich, als ungebrochene kulturelle europäische Tradition ist sie in dieser Stadt jedoch keine Selbstverständlichkeit.

Das stellen Sie durch die konkreten »Leerstellen« in der Struktur Ihres Museumsentwurfs dar. Als Ihre Reflektion über diese Abwesenheit.

Ja, es handelt sich um eine architektonische Ausdrucksweise, weil diese Leerstellen Räume sind, die nicht zugänglich sind. Es sind nicht eigentlich Museumsräume. Wenn man sich nicht mit der Auffassung zufrieden gibt, daß die Juden zu einer ethnologischen Spezies geworden sind, sondern weiß, daß sie, in ihrer Abwesenheit, immer noch Teil der Geschichte der Stadt sind, dann muß man sich der Tatsache ihrer Abwesenheit stellen. Es ist ein unhintergehbares Faktum, daß man diese Dinge nach dem Holocaust nicht obenhin behandeln kann. Es gibt eine Kontinuität, aber zu ihr gehört eine Lücke, und das ist das Entscheidende und verpflichtet zur Erinnerung. Und diese Tatsache verändert die gesamte Vergangenheit, da man begreift, daß die Leerstelle nicht mit 1933 und dem nationalsozialistischen Regime beginnt, sondern mit den Pogromen des 12. und 14. Jahrhunderts, sie ist Teil der zweitausendjährigen europäischen Ablehnung der Juden.

Teil der christlichen Kultur?

Teil der Behandlung des Juden als des Anderen. Davon handelt das Museum im Grunde, und ich denke, es ist gewiß nur ein Gebäude, aber es ist auch eine emblematische Lesart der Stadt.

Ihr Entwurf wirkt, als ob man ein Schwarzweiß-Bild ansieht. Zuerst sieht man nur die schwarzen Teile, aber man kann es auch anders anschauen, dann sieht man nur die weißen. Beide gehören zusammen, aber was sind die massiven Teile und was die Löcher?

Das stimmt, es geht um Lesarten. Was das Museum für mich zu einer wichtigen Einrichtung macht, ist die Tatsache, daß es nicht so sehr ein Kulturprodukt ist als vielmehr selber eine Interpretationseinrichtung, eine Maschine, die dem Besucher die Gelegenheit bietet, Texte, Musik, Kunst, Stadtplanung, Theater, Stoffe, Moden deutend zu verstehen. Es sollte einen Weg weisen in die schwierige, erstaunliche und vielseitige Geschichte, die über die Grenzen der Stadt Berlin und Deutschlands hinausreicht. Sie gehört allen, und alle sind Teil von ihr.

Ist Ihnen je der Gedanke gekommen, daß Ihre Arbeit in Berlin ebenso wie die von Zwi Hecker, dem Architekten der Heinz-Galinski-Schule, die zur Zeit gebaut wird, und manchen anderen jüdischen Architekten, die aus allen Teilen der Welt eingeladen werden, an Wettbewerben für speziell jüdische Themenvorhaben teilzunehmen – daß all diese Arbeiten etwas von Juwelen haben, mit denen deutsche Verwaltungen ihr Land schmücken, so als wollten sie sagen: Seht her, wie tolerant wir sind, wir nehmen unsere Vergangenheit an und bemühen uns um Wiedergutmachung. Und gleichzeitig nehmen die Angriffe auf jüdische Gedenk- oder Gebetsstätten, auf türkische Familien, auf Asylsuchende, ausländische Touristen, Schwarze, Homosexuelle und Behinderte ständig zu. Erfüllen Sie eine Alibifunktion?

Es ist etwas Wahres an dem, was Sie sagen. Mir kam dieser Gedanke, kaum daß ich in Deutschland war, weil ich vorher noch nie als »jüdischer Architekt« angesprochen worden war. Ich war immer einfach ein Architekt. Ich habe in Israel gelebt und gearbeitet, in New York, in London und Mailand. Ich bin Jude, aber ich wurde nie als »jüdischer Architekt« bezeichnet, so als würde ich jüdische Architektur produzieren. Ich bin einfach ein Architekt, der am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts lebt. Doch ich begriff sehr bald, daß dies eine typisch deutsche Sprachregelung ist. Sie nimmt einen ins Visier, und sie isoliert einen, sowohl im positiven wie im negativen Sinne. Ich profitiere zwar davon, weil das Museum nun nach meinem Entwurf gebaut wird, aber das Ergebnis war, daß ich auf bestimmte Themen festgelegt wurde.

Vielleicht ist das der Grund dafür, daß Sie nicht zur Teilnahme an anderen Wettbewerben aufgefordert wurden.

Ganz bestimmt. Ich habe vor einiger Zeit darüber mit einem Senator gesprochen. Er sagte: »Sie sind ein jüdischer Architekt. Sie bauen das Jüdische Museum.« Darauf antwortete ich: »Ich bin auch in der Lage, anderes zu bauen. Ich bin nicht nur ein Architekt für jüdische Museen«, und er sah ziemlich verblüfft aus.

Sie haben Ihr Buch über den Entwurf zum Jüdischen Museum im Berlin Museum Ihrem Vater gewidmet: »... dessen Leben bewiesen hat, daß die politische Geschichte nicht das letzte Wort hat«. Können Sie erklären, was das bedeutet?

Mein Vater, der 85 Jahre alt ist und noch in New York lebt, ist ein ausgesprochenes Produkt seiner Zeit. Wie viele polnische Juden war er Opfer dieser schrecklichen Ereignisse. Er war Kriegsgefangener, Emigrant, Exilpole, Immigrant. Trotz oder vielleicht gerade wegen seiner Erfahrungen habe ich begriffen, daß es andere Qualitäten und andere Bereiche von Verständigung gibt, die nichts mit der politischen Geschichte zu tun haben. Auch wenn sie durch sie bedingt, wo nicht gar produziert worden sind, sind sie doch gleichzeitig von ihr abgekoppelt. Für mich besteht darin die jüdische Erfahrung von Geschichte: Juden werden bedroht und zu Opfern gemacht, doch sie nehmen ihr Verschwinden aus der Geschichte nicht hin. Sie haben dem immer widerstanden, sie haben die Geschichte auf andere Weise gedeutet. Ihre Auffassung von Geschichte ähnelt einem Mosaik. Die Avantgarde wähnte sich immer an der Schwelle zur Erlösung, während die Juden,

glaube ich, immer verstanden, daß diese Erlösung in ihrer Welterfahrung etwas ganz anderes ist, und sie haben darum auch anders gehandelt.

Wie gehen die Deutschen fünf Jahre nach der Wiedervereinigung mit ihrer Geschichte um?

Selbst heute haben manche diese Geschichte noch nicht begriffen, und in dem Maße, wie Deutschland voranschreitet, möchten sie sie vergessen. Mein Sachsenhausen-Projekt war ein Beitrag für den Wettbewerb, der vor einem Jahr in Oranienburg zur Ausgestaltung des früheren SS-Kasernengeländes ausgeschrieben wurde, von dem aus das Konzentrationslager geführt wurde. Die Aufgabenstellung verlangte den Entwurf von 8.000 Wohneinheiten, womit die historische Stätte praktisch erledigt war. Ich habe darüber nachgedacht, und selbstverständlich war mir klar, daß ich mich beruflich disqualifizieren würde. Denn als Architekt habe ich schlicht die Aufgabe zu lösen, die mir gestellt wird, trotzdem habe ich keine Wohneinheiten gezeichnet. Ich habe vielmehr eine völlig neue Art der Behandlung des Geländes vorgeschlagen – ich habe zwar auch neue Einrichtungen und Veranstaltungsorte auf dem Gelände untergebracht, aber sie beherrschen den Ort nicht und machen ihn nicht vergessen. Die Jury verlieh mir für den Entwurf einen Sonderpreis, aber der erste Preis ging trotzdem an einen Architekten, der die Wohnungen entworfen hatte, nach denen verlangt worden war, und der dann sagte: »Schon wieder Libeskind. Er hat die Stadt traumatisiert.«

Das erinnert mich an Henryk Broders Satz: »Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie vergeben.«

Ich habe dann gesagt: Ich habe das Trauma nicht geschaffen, ich habe nur versucht, damit umzugehen. Sachsenhausen ist als Ort in der ganzen Welt bekannt. Man muß mit dem Trauma umgehen. Man kann es nicht einfach zudecken, weil es die Stadt heimsucht. Es ist das schwarze Loch der Stadt. Ich hatte Glück, daß die Stadt sich für mein Modell interessierte, und nach vielen politischen Diskussionen nahmen sie Abstand von der Wohnbebauungsidee und übernahmen meinen Vorschlag. Ich hoffe, er wird auch realisiert.

Die Entwürfe von Daniel Libeskind für das Jüdische Museum und für Sachsenhausen sowie fünfzehn weitere Pläne sind vom 3.9. bis zum 6.11. 1994 in der Ausstellung »Radix – Matrix, Libeskinds Architekturen« im Züricher Museum für Gestaltung anzuschauen. Sie wird danach weiter durch Europa und die USA wandern.

Die Übersetzung des Interviews besorgte Christel Dormagen.

Layla Dawson schrieb in KONKRET 5/94 über den Dichter Ian McEwan

Konkret 08/94, S. 42

Harald Fricke

Schlüpferstürmer

Großer Bahnhof für den Konzeptkünstler Martin Kippenberger. Eine Retrospektive des »kalkuliert asozialen Arschlochs«, die in Potsdam gezeigt wurde, hat einmal mehr die Frage aufgeworfen, wen gezielte politische Unkorrektheit noch provoziert

Alles achtziger Jahre Marke Martin Kippenberger: Die Längswand der schlauchartigen Halle ist mit zahllosen Einladungskarten vom frühen Punk bis zum späten Pseudo-Ost-Cowboy vollgehängt, in einer Seitenkammer hat Kippenberger sechs Bleitafeln als Familiengrab installiert und am Ende der Raumflucht hängen kubo-geometrische Serien als Kritik am Sozialstaat (»Noch sind Matjes nicht zu teuer«), der dem Künstler immer nur sein Geld wegnehmen will. Dazwischen der »Entwurf für ein Müttergenesungswerk« von 1985, und ganz am Ende eine eher abstrakte Malerei mit dem bekannten Titel: »Keiner hilft keinem«, dem Slogan, der für Kippenbergers Zugehörigkeit zur »Lord-Jim-Loge« steht, einem Männerverein, der unter dem Banner »Sonne Busen Hammer« frauenfeindliche Statements publiziert. An einigen Säulen liegen wunderschöne, buntgeknüpfte New-Age-Toilettenfußmatten.

Der Ort – ein ehemaliger Kornspeicher für die königlich-preußischen Pferdeställe Friedrichs des Großen – paßt recht gut zur Retrospektive »Das 2. Sein«. Martin »Kippi« Kippenberger, der jahrelang wegen seines Zynismus von Museumsleuten gemieden wurde, hat in Potsdam Freunde gefunden. Die Sammlerfamilie Grässlin aus dem Schwarzwald, seit Mitte der 80er Dauerabnehmer von Kippenberger, hat einen teuren Katalog spendiert, so daß der Kunstverein Potsdam bloß 70.000 Mark beisteuern mußte. Kippenberger ist gut im Geschäft; auch Rotterdam zeigt eine Ausstellung mit 100 Büroeinrichtungen.

Ein wenig verwirrt starren die Potsdamer Bürger auf einen Frosch am Kreuz mit dem Untertitel »Was ist der Unterschied zwischen Casanova und Jesus: Der Gesichtsausdruck beim Nageln«, auf mit Pornos beschmierte Hotelrechnungen und auf Grußkarten, die ein kleines Mädchen im Badeanzug zeigen, das die Beine vor der Ka-mera spreizt. Dazu der aufgedruckte Kommentar von Kippenberger: »(Seidene Schlüpfer sind keine Ausrede für hautfarbene BHs)«. Der Potsdamer Magistrat hat den ehemaligen Ost-Zampano Christoph Tannert, Initiator der Schau, dennoch zu sich beordert, damit Tannert ihm erkläre, »warum Staatsgelder für solchen Scheiß ausgegeben werden«.

Trotz des Ärgers ist Christoph Tannert mit der Breitenwirkung der ersten großen Ost-Schau des Provo-Konzept-Künstlers Martin Kippenberger in Potsdam vollauf zufrieden. Die Arbeiten werden kontrovers diskutiert, die Kritiken sind vernichtend, manche Zeitungen drucken gleich Pro- und Contra-Artikel ab. Mit einem Wort: Die Sache läuft. Dabei ist sich Tannert durchaus bewußt, welche Strategie er da als Debattenbeitrag fährt. Indem eine eher diffus linke Kritik sich mit den schon sehr konkret rechts-anarchischen Sprüchen, Bildern und Haltungen Kippenbergers auf der Basis eines 80er-Pop-Kontextes auseinandersetzt, sind die aktuelleren Themen für den Moment aus dem Blickfeld verschwunden – als wäre es das dringlichste, politische Korrektheit an kunstvereinsgeförderten Bilderbuchausstellungen und 500-Seiten-Katalogen zu beweisen oder an Kippis Tischmanieren (der Künstler ißt am liebsten beim Italiener, Mozzarella-Salat und Linguini).

Richtig einleuchten will diese konstruierte Ausgewogenheit – hier der Anti-Künstler, dort die erwartbare Aufregung – aber nicht. Schon zur Fontanelle-Ausstellung im vergangenen Jahr hatte Tannert den Erkundungen zur politischen Kunst in den 90er Jahren den Rechtsausleger Jörg Schlick zur Seite gestellt. Zu den Arbeiten von Katharina Karrenberg oder Rene Green durfte der Österreicher sein Pamphlet »Haltung ist das Problem von zweitklassigen Künstlern!« in den Katalog schreiben: »Jeder Mensch ist ein Serbe« – gemäß dem kollektiven deutschen Feindbild die Übersetzung von Kippenbergers »Keiner hilft keinem« in sauberes Marinetti-Deutsch. In Potsdam hat diese als »konstruktive« Gegenposition eingeforderte Stahlgewitterrhetorik der letzten starken Männer den künstlerischen Alleinvertretungsanspruch erlangt. Mit Kippenberger läßt sich nun auch die »längst Mainstream gewordene pawlowsche Anti-p.c.-Rhetorik« (Klaus Walter) von »FAZ«, »Emma« oder »Spiegel« feiern. Zeitgleich wird in Berlin diskutiert, ob Willi Sitte und ein bekennender Mitteldeutscher wie Wolfgang Mattheuer in die Nationalgalerie und so in die Geschichte gesamtdeutscher Realisten eingehen dürfen, weil sie so gut malen können. Gerne würden Sub-Strategen wie Roberto Ohrt und Diedrich Diederichsen bei Kippi dieselben Maßstäbe anlegen und den Künstler im eigenen p.c.-Umfeld mit anderem Vorzeichen, aber ebenfalls rein formal einarbeiten.

Zunächst einmal gab es natürlich auch in Potsdam nicht Haltungen zu sehen, sondern Bilder. Martin Kippenberger, Jahrgang 53, verdankt seinen Ruhm dennoch nicht den bloß figurativ anti-formalistisch gemalten Öl-Cartoons zu Arafat, Maffay oder Pierre Littbarski aus der Serie »Bekannt durch Film, Funk, Fernsehen und Polizeirufsäulen« von 1981. Und auch nicht den ständig wiederkehrenden pornografischen Portraits von taschenschleppenden nackten Hausfrauen als dummdreisten Wohlstandsschlampen. Vor allem gelten die Bilder als Kommentar zur jeweils aktuellen Gegenwart, die sich in den Arbeiten spiegelt. Anfang der achtziger Jahre malt der gebürtige Dortmunder, später Exil-Berliner, -Kölner und jetzt Professor an der Frankfurter Kunstschule bissig wie Punkrock den Ekel, der damals im Underground gegenüber sozialliberaler Vereinnahmung aufkam. Das Aufsaugen von Minderheiten via Fernsehhearings, der allzeit bemühte

Betroffenheitsjargon der Regierungsparteien, das alles bildet eine Sprache, die Kippenberger ins Gegenteil verkehrt. Der Nikolaus auf dem Anselm-Kiefer-matschbraunen Panzer (»Krieg böse«, 1983) mokiert sich über die bürgerbewegte Friedensfront, und die »Sympathische Kommunistin« mit trübem Schlafzimmerblick spiegelt das westliche Wunschbild vom devoten Ostblock wieder. Gleichzeitig grenzt sich diese Kritik von jeder Utopie des konkreten Eingriffs ab, wie in Kippenbergers Statement zu Joseph Beuys: »Seine Fehler: Diese alterswerkhafte Schallplatte ›Sonne statt Regen‹, anstatt Reagan, wo doch Reagan gemeint war. Und daß er sich wirklich dort gesehen hat, im Bundestag mit Rose und Hut. Er hat daran geglaubt und sich benutzen lassen, mit dem Risiko durchzufallen – und da ist er auch durchgefallen (als Politiker).«

Hat Kippi Angst vor dem Konsens? Schon bald findet er Verbündete im Kampf gegen das demokratische Establishment: Werner Büttner, Georg Herold, Albert Oehlen, Günther Förg und den Galeristen Max Hetzler. Die Männerriege fährt schwereres Geschütz auf, Oehlen malt Adolf Hitler in den Grundfarben, um »ein Optimum an Inhalt zu haben«; Kippenberger arbeitet an einer Serie von Bildern unter dem Titel »Heil Hitler, Ihr Fetischisten«. Der Führergruß wird zur avancierten Antihaltung, mit dem Vernissagenspruch »Heil Hitler, du Arschloch, hast du eine Tüte voll Geld dabei?« erklärt Kippenberger im Interview der englischen Kunstzeitschrift »artscribe« noch 1992 den eigentlichen Stil der Gruppe, der sich bei ihm mit Sexismen und Rassismen paart. Seine Zeichnung eines abgemergelten Afrikaners im Stil von Käthe Kollwitz untertitelt Kippenberger mit dem Satz »Neger haben einen Längeren – stimmt nicht!«, und zum Bildnis einer hungernden Afrikanerin mit Kind fällt ihm der Kommentar ein: »Südländer sind feuriger – stimmt nicht!«.

Geändert hat sich an Kippenbergers Einstellung trotz Hoyerswerda oder Rostock nichts. Für »Black Power« kann sich der Künstler samt Loge nicht begeistern: »So lang ist unser Schwanz nicht«, erklärt Kippenberger »artscribe«. Statt dessen würde er sich gerne in Afrika bewegen »wie Leni Riefenstahl, Hitlers Beste«. In Berlin druckten die Kippenberger-Jünger und Logenbrüder Markus Schneider und Nikolaus Schaffhausen ein Comic als Attacke auf die p.c.-Kunst des englischen Künstlerpaars »Art in Ruins«, in dem sie der Künstlerin des Duos nur ein Interesse am »niggerdick« bei ihrem Engagement für den ANC unterstellten. Mittlerweile leitet Schaffhausen das Künstlerhaus Stuttgart, um dort gegen »Schwulen- und Fremdenfeindlichkeit« auf Kunstebene zu intervenieren.

Mit Rundumverweigerung hat das Ganze nichts zu tun, es ist vielmehr ein permanentes Abfeiern der Dumpfmoral in der Nachwende-Bundesrepublik. Der Zynismus richtet sich längst nicht mehr gegen den Sozialstaat, sondern gegen die Opfer seiner Abschaffung. Kohls Wende von 1983 ist der Zeitpunkt, an dem die »Hetzler-Boys« den Durchbruch auf dem Kunstmarkt erzielen. 1984 widmet das Essener Folkwang-Museum Büttner, Kippenberger und Oehlen eine Gruppenshow. Diedrich Diederichsen verteidigt im Katalog »Malen ist Wahlen« das Trio gegen eine sich allmählich formierende Kritik. Ihre Provokation um der Kunst willen sei die einzige Chance, eine Aussage zu machen, die nicht relativierbar ist, der Grundfarben-Hitler die Rettung der Dissidenz gegen den Pluralismus. In der überarbeiteten Fassung von 1993 heißt das beim selben Diederichsen, daß das Wissen von 1984 fehlerhaft gewesen sein mag: »Der sozialdemokratische Intimitätsterror war noch zu real, um die Gestalt seiner eigenen Poesie finden zu können« (in *Freiheit macht arm*). Gleichwohl ließ sich Diederichsen nie in seinem Glauben an Kippenberger beirren. Im Rahmen der im übrigen politisch schwer korrekten »trap«-Veranstaltung der Kölner Projekte »BüroBert« und »Minimal Club« wehrte er alle Kritik an der Frauen-, Schwulen- und Fremdenfeindlichkeit Kippenbergers und seiner Loge mit dem Argument ab, daß er schon lange mit ihm befreundet sei. »Spex« war eine der ersten Zeitungen, die den Maler hochlobten, Mitherausgeberin Jutta Koether besitzt noch heute Exklusivrechte für eine ganze Reihe Interviews mit dem Meister. Seltsam nur, daß sie ihm in ihrem Band *Gespräche mit Martin Kippenberger* kaum widerspricht, wenn er der Frau den Platz am Schreibtisch, nicht aber in der Kunst zubilligt.

Möglicherweise steckt hinter Kippenbergers Verweigerung aber auch wahrhaftiger Humor. Sein großes Vorbild Sigmar Polke etwa hatte schon in den 70er Jahren unter dem Begriff »Kapitalistischer Realismus« Ikonen der Warenwelt zum ironischen Spiegel des narzißtischen Künstler-Ich umgewertet. So wie Kunst zur Kapitalanlage wurde, ließen sich die persönlichen Bedingungen als Wirklichkeit des Kapitalismus darstellen, ohne über den eigenen Tellerrand blicken zu müssen. Eine Persiflage auf Beuys richtete sich bei Polke auch gegen dessen Käufer. Kippenbergers Zynismus identifiziert dagegen alles Sozialgefüge mit der repressiven Toleranz des Konsumerismus. Seine Malerei ist eine Anhäufung von Banalitäten aus 70er-Jahre-Karstadt-Kultur und Elendstypen, der damit verbundene Gesellschaftsbackground wird als dilettantisch, häßlich und unkreativ bloßgestellt. Die leidvolle Realitätserfahrung des »geborenen Künstlers«, der sich, wie er sagt, von der »Vorsehung« und seinen »Genen« auserwählt fühlt, konstruiert eine von Paranoia getriebene Leidabwehrstrategie: Je mehr Horror des Alltäglichen in die Bilder eingeht, umso deutlicher kann sich der Künstler vom angeeigneten Lebensmodell der anderen abtrennen: »Das ist der große Trick überhaupt... Ich bin normal, ich bin arschnormal... Ich bin der Arsch von Deutschland, ich bin das Normalste vom Normalen.«

Wie im italienischen Futurismus gehen Identität und Selbsthaß Hand in Hand. In dieser Mischung aber kippt die Verachtung vom Ich gegenüber seiner sozialen Konstruktion in Auslöschung statt Auseinandersetzung (in Form einer Dekonstruktion) um: In seiner Arbeit »Who's afraid of Martin Kippenberger?« läßt der Künstler malerisch rot-gelb-blaue Spielzeugsoldaten als Stellvertreter des Artisten in der Gesellschaft in einer Alukiste robben, präsentiert sich wie ein Underdog in Unterhosen für einen Wandkalender und eignet sich damit die Hilflosigkeit des »Titanic«-Covermanns in der

vollgepißten Herrenhose an. Zuletzt geht seine Solidarität auch mit dem zündelnden Deutschen im Sportdress zusammen, der hier wie ein Vorbild in die Arbeit eingeht, so will es die Kippenberger-Logik der Aneignung: »Ich will der Erste unter den Zweitklassigen werden.«

Die kalkulierte Koketterie mit den allzumenschlichen Schwächen lassen es zu, daß aus antibürgerlichen Witzen ein Rassismus der Mitte spricht, die »enthemmte Spießerebene«, von der Wolfgang Max Faust 1989 behauptete, sie entspringe demselben diffusen Milieu, »aus dem die Neo- und Altnazis, die Funktionäre und Mitläufer, vor allem aber die Denunzianten stammen«. Tatsächlich nutzt Kippenberger die eigenen Lebenswidersprüche von antibürgerlicher Boheme und antibohemistischer Spießbürgerlichkeit als Zeugnis nationaler Identität: Es ist die Mauer, die er wiederhaben will, »weil Steinchen auf Steinchen, das ist so deutsch«.

Zielstrebig klinken sich solche Sätze in die Revision von Underground-Geschichtsmodellen ein, die sich an den realen Veränderungen messen wollen. Nach 89 haben sich eine ganze Reihe ehemaliger Pop-Dissidenten zu ihrer deutschen Herkunft bekannt. Die NdW-Dada-Gruppe »Der Plan« wird von Moritz Reichelt in seiner Biografie als Versuch definiert, eine deutsche Musikkultur gegen die amerikanische Unterhaltungsübermacht als Ergebnis des zweiten Weltkriegs durchzusetzen. Auf der anderen Seite wird die Suche nach Liebe zur Metapher für lang im Stillen gehegte Heimatgefühle: Christoph Schlingensief wünscht sich in die saubere Kleinfamilie zurück, Wilfried Bonengel läßt sich vom Berufs-Neonazi Althans erotisiert in die PR-Arbeit der rechten Szene einspannen, und Riefenstahl bekommt eine Altershommage im ZDF. Und Martin Kippenberger? In seiner Potsdamer Ausstellung hat er programmatisch eine Arbeit an den Anfang der Retrospektive gehängt: »Nach Danzig 462 km«. Wieder ist die Provokation eine Haßliebe – Konfrontation und zugleich Affirmation als Ersatz für ein unterschwelliges Feindbild zur Herstellung der eigenen Ordnung. Krude spuken Kippenberger, der sich als 80er-Jahre-Künstler der deutschen Ur-Truppe im Kreise der Hetzler-Galerie sieht, die Folgeschäden der Wiedervereinigung im Kopf herum.

Zu Zeiten der Parteikunst war Kippenberger im DDR-Underground wie im Westen ein Idol, das sich zwischen Punk, Poststrukturalismus und der Ästhetik der Genialen Dilettanten einfügte. »Wir heizen mit Pupen«, ein Gedanke Kippenbergers über die Museumskunst angesichts furzender Besuchermassen, wurde zum Schlüsselbekenntnis im Land der Braunkohlereviere. Mögliche Ursachen für die Kippi-Begeisterung hat a.r. penck im Sammelband *ariadnefabrik* zur DDR-Dissidenz beschrieben. Dort räsoniert er über die nicht vorhandene künstlerische Durchschlagskraft der Staatsmaler: »Sie haben niemals ihren Hass gegen den Klassengegner als freies ästhetisches Symbol in ihrer Reinheit fixiert.« Dieses Vermögen spricht er in seinem Text dem Prenzlauer Berg der späten 80er Jahre zu, der laut Tannert eine Verlängerung der konsequenten Anti-Haltung Kippenbergers im Westen war. Tannert meint, im Künstler als exemplarischen Arschloch – eine häufig verwendete Selbststilisierung Kippenbergers – eine doppelte Strategie der Negation zu erkennen: Eigentlich wolle der Provokateur an der Schnittstelle von zwei Systemen (p.c./anti-p.c., pro/contra, ost/west oder wie-auch-immer) sich beiden Seiten verweigern und zugleich als Übergang dialogisch, wenn nicht diskursiv wirken.

Nun ja, der Künstler als Exorzist des Realen scheint doch ein wenig hoch gehängt. Zumal sich Kippenberger mit dem Realen schon in der Hamburger »Post-Human«-Ausstellung sehr gut affirmativ in Szene setzen ließ. Sein in den Deichtorhallen abgestelltes Behindertenfahrzeug ließ sich prima als Beleg unter die Ausgangsthese von Jeffrey Deitch subsumieren, der im Katalog die biogenetische Vermarktung des Menschen als Fortschritt posthumaner Technologien verteidigte. Muß man als dissidenter Künstler bei solchen Konstellationen mitwirken und sich in einer Ausstellung präsentieren, die von einer sozialen Elite ausgehend Machtmodelle entwirft? Man sollte den Beitrag eines Künstlers, selbst als kalkuliert asozial agierendes Arschloch, immer auch im Zusammenhang mit Interessen anderer Vertreter ernstnehmen. Der Hakenkreuzpulli von Rosemarie Trockel, den der Manager der Naziband »Störkraft« in Bioleks Talkshow trug, hing schon vor Jahren bei Sammlern im Schrank.

Kippenberger jedenfalls bereut nichts. Er hat seine Erfahrungen nur für sich und die Dinge aus der Distanz gemacht. Daß er damit Leute beeinflußt hat, schon möglich. Aber warum präsentiert der Nationalpark Potsdam einen deutschen Kleingärtner?

Katalog: Kippenberger fanden wir schon immer gut. Hg. von der Sammlung Grässlin 1994. 423 Seiten, 40 Mark. Gespräche mit Martin Kippenberger. Reihe Cantz 1994, 192 Seiten, 28 Mark

Harald Fricke ist Redakteur der »Tageszeitung«

Konkret 08/94, S. 45

Klaus Bittermann

»Fucking Culture«

Zu den scheußlichsten Begleiterscheinungen des bosnischen Bürgerkrieges gehört der Tourismus westeuropäischer Künstler nach Sarajevo

»Geht die Kultur, kommt die Gewalt«, orakelte Gerhard Zwerenz zum Auftakt des dreitägigen »Kongresses zur Verteidigung der Kultur« Mitte Juni in Halle. Nun ist – was immer der Dichter uns hat sagen wollen – Kultur natürlich gerade kein die Gewalt ausschließendes Prinzip, und oft sind es gerade die Künstler, die eine erstaunliche Blutrünstigkeit an den Tag legen. Im vielgepriesenen multikulturellen, -ethnischen und -nationalen Sarajevo etwa ist der tiefere Sinn der kulturellen Friedensmission besonders deutlich geworden. Hier hat sich die Gewalt keineswegs beschämt verdrückt, als die Kultur mit Susan Sontag, Juan Goytisolo, André Glucksmann und Bernard-Henri Lévy Einzug hielt, hier lautete die Formel vielmehr »Kommt die Kultur, kommt die Gewalt«. Die Künstler, die Sarajevo in den letzten Monaten mit ihrer Anwesenheit beehrten, waren vor allem gekommen, um die Bewohner der Stadt mit Durchhalteparolen aufzumuntern und den Krieg mit kulturellen Mitteln weiterzuführen, kurz: um in eigener Sache die Werbetrommel zu rühren.

Susan Sontag war die erste prominente Künstlerin, die von ihrer Anwesenheit in Sarajevo und ihrem symbolischen Kampf profitierte. *Der Liebhaber des Vulkans*, ihr zuletzt erschienener Roman, war in der deutschen Presse durchgefallen und vom »Literarischen Quartett« verrissen worden. Auch ihr letzter öffentlicher Auftritt in Berlin, bei dem sie den Filmemacher Syberberg vor seinem eigenen völkischen Gebrabbel in Schutz nahm, war vom »Spiegel« zu Recht hämisch kommentiert worden. Vor diesem Mangel an Kultur kapitulierend, flüchtete die in Berlin gastierende Regisseurin nach Sarajevo ins Exil, inszenierte Becketts *Warten auf Godot*, und alles wurde gut. »Ich war erstaunt über die große Aufmerksamkeit, die Godot in der internationalen Presse erregte. ... Am Tag nach meiner Ankunft bekam ich im Foyer und Speiseraum des Holiday Inn ein Dutzend Anfragen hinsichtlich Interviews, am nächsten wieder, am übernächsten ebenfalls.« Nirgendwo sonst als in Sarajevo, einem fast schon mythologischen Ort, weil dort nach Meinung der Kulturschaffenden Europa »stirbt«, wahlweise auch »beginnt«, »endet« oder »lebt«, hätte Sontag mit einer schlichten Theaterinszenierung so auf sich aufmerksam machen können; anders ausgedrückt: Nirgendwo sonst als im Holiday Inn, dort, wo ganze Reporterteams gelangweilt herumhängen, hätte *Godot* eine nettere Abwechslung sein können.

Der Rummel um Susan Sontags *Godot*-Inszenierung erweckte den Eindruck, die Einwohner Sarajevos könnten nun ein Bedürfnis befriedigen, das mindestens ebenso wichtig ist wie das nach Nahrung, Kleidung und Wohnung. Die Regisseurin förderte diesen Irrglauben nach Kräften und schwärmte von der »äußerst lebendigen und reizvollen Provinzhauptstadt« und »deren Kulturszene«, die keinen Vergleich mit mitteleuropäischen Großstädten scheuen müßte. »Kultur, ernsthafte Kultur ist ein Ausdruck menschlicher Würde; eine Würde, die die Menschen in Sarajevo glauben verloren zu haben«, der sie nun jedoch nicht länger nachtrauern sollten, da ihnen mit *Godot* diese »ernsthafte Kultur« geboten würde, von der Sontag selbst am meisten beeindruckt war: »Ich glaube, es war am Schluß dieser Aufführung ..., daß in meinen Augen Tränen zu brennen begannen.«

Wem derlei Kitsch nicht liegt, der wird mit einer propagandistischen Interpretation des Stückes bedient. Demnach wollte Sontag *Warten auf Godot* als »Illustration der Gefühle der Menschen in der Stadt« verstanden wissen: »ausgeplündert, hungrig, verzagt, wartend auf eine launische fremde Macht, die sie erretten oder unter ihre Fittiche nehmen würde«. Ihre Mission war ein voller Erfolg: »Die Menschen in Sarajevo führen ein herzzerreißendes Leben; dies war ein herzzerreißender Godot. Ines war als Pozzo besonders theatralisch und Atko der ergreifendste Lucky, den ich je gesehen habe.« Kein Wunder also, daß ihr im New Yorker Lincoln Center für das Sarajevo-Projekt der »Montblanc de la Culture« verliehen wurde und Catherine Deneuve und Vanessa Redgrave herzlich gratulierten.

Natürlich hat Sontag in ihrem langen Bericht über die Theateraufführung, der immer wieder von militanten Interventionsforderungen unterbrochen wird, nie erwähnt, daß schon vor dem Krieg in Sarajevo genauso wie in Berlin oder Bielefeld Theaterflaute herrschte und »daß sich das anwesende Publikum aus der politischen und militärischen Elite zusammensetzte, von denen man diejenigen an den Fingern einer Hand abzählen kann, die vor dem Krieg wenigstens einmal das Theater betreten haben. Oder die Tatsache, daß auch Schauspieler an die Front gezwungen werden, es sei denn die Kriegsregierung erkennt ihr künstlerisches Engagement als einen Teil ihres gemeinsamen Kampfes für die gleichen politischen Ziele an.« Das schrieb Zeljko Vukovic, von 1986 bis 1992 Vorsitzender des bosnisch-herzegowinischen Journalistenverbandes, der Sarajevo verlassen mußte, weil sein Leben von allen drei Kriegsparteien bedroht wurde.

Im April 93 besuchte André Glucksmann für 24 Stunden Sarajevo und hielt dort eine Pressekonferenz ab. Der Jet-Set-Philosoph erklärte dem anwesenden Publikum, daß »Kriege im Fernsehen gewonnen oder verloren werden«, womit er zu verstehen geben wollte, daß es keinen besseren als ihn gebe, um diesen Krieg zu gewinnen. Für Izetbegovic war das alles kalter Kaffee; er hatte schon lange vorher die PR-Agentur Ruder Finn damit beauftragt, seine Interessen in den Medien wahrzunehmen. Die von Glucksmann beschworene »individuelle Verantwortung« nicht nur in diesem Konflikt richtet sich

seit neuestem allerdings generell gegen »moralisches Aids«, eine der Hauptkrankheiten der westlichen Zivilisation. »Saurierhafte, reptilienähnliche Gleichgültigkeit« heißt die Krankheit bei Juan Goytisolo, der im Schützenpanzer nach Sarajevo einfuhr. In seinen *Notizen aus Sarajevo* wechseln Hymnen auf das »geliebte Wesen« Sarajevo mit Beschreibungen von Folter, die so genüßlich sonst nur von »Bild« verbreitet werden, in diesem Fall jedoch in der »Frankfurter Rundschau« erschienen. In der Buchausgabe der *Notizen* ist ein Photo des Autors in schußsicherer Weste in den Ruinen der Nationalbibliothek Sarajevos abgebildet. Ein Safarimotiv? Eine Heldenlegende? Mit Sicherheit ein Photo, das in keiner Sammlung ei-nes Kriegsveteranen fehlt und durchaus geeignet ist, Goytisolos Berichte zu illustrie-ren: Während der Westen im Sumpf der Friedensverhandlungen steckengeblieben sei, so der Dichter, habe sich das »moralische Empfinden in Sarajevo geläutert und gebes-sert«, weshalb man sich fragen kann, ob so eine Belagerung samt Dauerbeschuß nicht doch ein gar nicht so schlechtes Mittel ist, um der degenerierten westlichen Moral etwas aufzuhelfen. Die Reise hat sich gelohnt, Goytisolo erhielt für seine *Notizen* den Nelly-Sachs-Preis.

Wer gerade keine Zeit hat oder sonstwie verhindert ist, Sarajevo mit seiner Anwesenheit zu ehren, läßt sich entschuldigen und teilt der Presse zumindest mit, daß er dort sein Herz verloren oder noch einen Koffer stehen hat. Salman Rushdie erklärte sich zum »geistigen Einwohner« Sarajevos, und Umberto Ecos Herzenswunsch ist es, »Bürger von Sarajevo« zu werden. Auch für Maria von Welser wurde Sarajevo zum Schicksalsort. Auf dem Weg dorthin lernte sie im Cockpit einer Bundeswehrmaschine ihren neuen Mann kennen, einen Piloten und Oberstleutnant. Die Moderatorin des ZDF-Magazins »Mona Lisa« hatte als eine der ersten die »systematischen Massenvergewaltigungen« muslimischer Frauen durch serbische Soldaten entdeckt. Für ihre Reportage über »die fast toten Frauen«, der anschließend das Buch zum Film folgte, wurde sie zur »Frau des Jahres 1993« gekürt.

Der Philosophendarsteller Bernard-Henri Lévy hat den Medienrummel um Sarajevo am besten für sich zu nutzen gewußt und mit seinem »Bosna«-Film in Cannes und seiner »Bosna!«-Liste für die Europawahlen einen bisher einzigartigen Medien-Coup gelandet (s. KONKRET 7/94). Weniger spektakulär, aber von großer Wirkung war eine Aktion der »Reporter sans frontières«. 13 europäische Tageszeitungen fanden sich bereit, Reportagen aus Sarajevo von Peter Schneider, Goytisolo, Lévy, Erich Rathfelder und anderen abzudrucken, deren Berichte sich nur in Nuancen unterschieden. Interessant an der konzertierten Aktion war die Gleichschaltung der Medien auf europäischer Ebene, denn zu Wort kamen, zumindest in der »Taz«, die sich auf deutscher Seite an dieser Aktion beteiligte, nur die bekannten Kriegshetzer. Für den Fernsehkanal »arte«, der die Aktion der Reporter ohne Grenzen finanziell unterstützte, war die Beschäftigung mit Sarajevo eine Art Ablaßhandel, täglich fünf Minuten ließ sich der Sender das gute Gewissen kosten.

Im Herbst 93 beklagte Iris Radisch in der »Zeit«, daß nur wenige namhafte Schriftsteller, Theaterleute und Künstler »sich selber ein Bild von dieser Stadt gemacht und über sie geschrieben haben«. Susan Sontag machte die »Shopping-Ära« dafür verantwortlich, daß nicht mehr Intellektuelle nach Sarajevo pilgerten. Auch wenn Sontags und Goytisolos Aufruf nicht den gewünschten Erfolg hatte, so blieb er doch an der kulturellen Heimatfront nicht ungehört. »Welt-Moral« ist der bezeichnende Titel einer Ausstellung, die z.Z. noch in Basel läuft und davon Zeugnis ablegt, daß die Künstler wieder Betroffenheit und Weltschmerz auf die Tagesordnung gesetzt haben, wie z.B. Jenny Holzer, deren mit dem Blut muslimischer Frauen bedrucktes Insert im Magazin der »Süddeutschen Zeitung« als Exponat zu bewundern ist. Holzer hatte sich von Berichten über die Massenvergewaltigungen inspirieren lassen: »Da wo Frauen sterben bin ich hellwach« troff von der Titelseite des Magazins und erzeugte ein heftiges Rauschen im hiesigen Blätterwald.

Weil aber die vorderen Seiten der Tageszeitungen von Meldungen über den Völkermord an den Muslimen okkupiert und die Kulturschaffenden ins Feuilleton gesperrt blieben, sahen sich Holzers Kollegen genötigt, eine kleine begriffliche Korrektur anzubringen, und aus Völkermord mehr als Völkermord zu machen. An diesem nämlich zeige sich die »Zielgerichtetheit, mit der die jahrhundertealte Kultur des bosnischen Volkes vernichtet werden soll«, hieß es im »Tagesspiegel« als Quintessenz dessen, was das Starensemble in Sarajevo schon seit längerem predigte. Dieser Gedanke wurde in einem »Offenen Brief zur Gründung einer Bosnischen Bibliothek« historisch zurückverfolgt: »In diesem Jahrhundert hat Europa schon einmal die massenhafte und folgenschwere Vernichtung seiner Kultur erlebt ... In Europa wird heute wiederum eine einzigartige Kulturlandschaft vernichtet.« Dieser »geistige Kahlschlag« müsse »verhindert«, »den Vertriebenen« dürfe nicht »die unmittelbare Verbindung zu ihren Kulturen und dadurch zu ihrer Erinnerung und Identität gekappt werden«. Als wär's aus einem Grußwort zum Schlesiertreffen.

Aus Sorge um die Vernichtung der »einzigartigen Kulturlandschaft« rief man zahlreiche Initiativen ins Leben. Im Theater am Halleschen Ufer wurde ein Erlebnisbericht mit dem Titel »Mirad – ein Junge aus Bosnien« aufgeführt. Die Schaubühne in Berlin veranstaltete unter dem Titel »Memozid Sarajevo« einen Leseabend, auf dem u.a. Goytisolos *Notizen* vorgetragen wurden. »Eine fast zeremonielle Veranstaltung«, schrieb die »Taz«, »bei der eine Komposition von Giacinto Seelsi eine hinduistisch-meditative Grundstimmung vermittelte«. Das Scharoun Ensemble beteiligte sich an einem »Benefiz-Konzert für Sarajevo«. Das Gripstheater brachte Ende April 93 das Stück »Bosana« auf die Bühne, von dem die »Taz« berichtete: »Hier erzählen Betroffene tatsächlich selbst.« Im Januar 94 ließ sich das Gripstheater von Erich Rathfelder die »richtigen Kontakte« knüpfen, um »mit einem aktuellen Stück eine eigene Position zu diesem Balkan-Massaker zu beziehen«. »Bosana« war Pflichtveranstaltung für Schulklassen mit Schülern ab 13 Jahren. Großes Echo fand vor allem eine

»Kunstauktion für Künstler in Sarajevo«, die von 149 in- und ausländischen Künstlern und Galerien unterstützt wurde und einen Erlös von 557.600 Mark erbrachte. Auch der Berliner Senator für kulturelle Angelegenheiten wollte etwas für die Künstler in Sarajevo tun. 94.000 Mark wurden dank eines Aufrufs gesammelt, der einen nicht genannten Senatsangestellten ziemlich ins Schwitzen gebracht haben muß: »Mit dem Leiden Sarajevos leidet ein Stück unserer europäischen Kultur. Kultur darf nicht sterben, nicht in Sarajevo.« Kein Wunder, daß die Kultur in Sarajevo, von der man vorher nie etwas gehört hatte, nun blüht und gedeiht.

Im März 94 präsentierten die Filmemacher der Gruppe SAGA, »bestehend aus vierzig bis sechzig verschiedenen Ethnien entstammenden MitarbeiterInnen« (»Taz«), in Frankfurt und Berlin ihre Arbeiten. »Wir leben in Sarajevo in einem Konzentrationslager, auf das man Bomben wirft. ... Wir sind umzingelt von einer Kraft, die dreimal so groß ist, wie die um Stalingrad«, begründeten die Filmemacher von SAGA ihre »historische Mission«, die hauptsächlich darin besteht, auf die Straße zu gehen und abzufilmen, was immer sich bewegt. Selbst der »Zeit« blieb nicht verborgen, daß solcherart »reine Dokumentation« immer auch ein Ziel verfolgt: »Die SAGA-Videos verzichten keineswegs auf ästhetische Überhöhung. Von Ruinenromantik bis zum Pop-Videoclip produziert der Krieg in Sarajevo seinen eigenen Kitsch, seinen Stil, seine Moden.« Finanziert wird die Gruppe von einem der reichsten Männer der Welt, dem New Yorker Börsenspekulanten George Soros, der sich die Destabilisierung kommunistischer Neigungen verdächtigter Wirtschaftssysteme sowie die Unabhängigkeitsbestrebungen der Muslime und Makedonen Millionenbeträge kosten läßt.

Aus der Dokumentar-Produktion von SAGA stammt u.a. der Film »Bekenntnis eines Ungeheuers«, womit der zum Tode verurteilte serbische Freischärler Borislav Herak gemeint ist. John Burns von der »New York Times« erhielt für ein Interview mit Herak den Pulitzer-Preis. Später stellte sich heraus, daß Herak kein besonders glaubwürdiger Zeuge war. »Bozo,]ein Dolmetscher, der bei mehreren Interviews mit Herak zugegen war und diesen beobachtete, sagt es so: Der ist verrückt, der erzählt, was du von ihm hören willst, und will bei jedem Interview noch besser, das heißt noch blutiger sein« (Martin Lettmayer, s. KONKRET 4/94). Herak war sowohl Interview-Partner in Lévys »Bosna«-Film als auch in einer deutschen Produktion von Didi Danquart und Johann Feindt (Kamera-Mann des Films »Beruf Neonazi«) mit dem Titel »Wundbrand«, der auf den Filmfestspielen in Berlin uraufgeführt und später von »arte« ausgestrahlt wurde.

Den krönenden Abschluß der kulturellen Propagandaschlacht um Sarajevo bildete der Auftritt von Zubin Mehta, José Carreras, Raimondi und anderen, die am 20. Juni in der Ruine der Nationalbibliothek das »Mozart-Requiem« gaben. Die Kultur hielt Hof – unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Nur Präsident Izetbegovic und ein General samt Gefolge kamen in den Genuß der Aufführung, denn das Stück wurde einzig zu dem Zweck intoniert, die Übertragungsrechte zu verticken. Der Erlös aus dem Verkauf von CDs und Videokassetten soll an das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge gehen, aber ob »die edle Spende« die Flüchtlinge aus Bosnien und Ruanda je erreicht, daran hatte sogar die »FAZ« ihre Zweifel. »Bitte keine ernsthaften Zwischenfälle, die nur die Produktion stören würden«, bespöttelte sie die PR-Veranstaltung. Nachdem es seit dem Waffenstillstand vom Februar ruhiger in Sarajevo geworden war, bot der Prominenten-Auftrieb wieder einen Grund, aus der Stadt zu berichten. Prompt wurden die Heckenschützen aktiv, und man sah in den Tagesthemen die bekannten Bilder von Leuten, die rannten, als ob sie eigens vom Reporterteam dazu aufgefordert worden wären.

Nur das in kultureller Schönheit erstrahlende Sarajevo hat diesen Kitzel zu bieten, weshalb »Tempo« (6/94) eine Antwort auf die brennende Frage »Was macht Sarajevo wieder lebenswert?« suchte. Anhand eines Stadtplans informierte die Ekel-Illustrierte darüber, »wo man tanzt, küßt und stirbt« und daß es in Sarajevo die schönsten Frauen Europas gibt. Kein Wunder, daß mittlerweile die Einwohner der kulturgeplagten Stadt den Rummel mit zwei Worten treffend kommentieren: »Fucking Culture«.

Klaus Bittermann schrieb in KONKRET 7/94 über den Bosnien-Kämpfer Bernard-Henri Lévy

Konkret 08/94, S. 48

Oliver Tolmein

Rassismus & Normalität

Zwei neue Bücher des Historikers Karl Heinz Roth beschreiben die deutsche Geschichte unter Fixierung auf eine proletarische Klassenperspektive

Die deutsche Restlinke gründet ihre routinierte Praxis, mit der sie zu retten versucht, was kaum zu retten sein wird, nicht gerade auf ein solides theoretisches Fundament. Die deutschen Geschichtswissenschaftler, die sich heute, im Anschluß an den »Historikerstreit«, als Sinnstifter für den Rechtsnachfolger des Dritten Reiches bewähren, zeichnen sich nicht gerade durch gesellschaftskritisches Bewußtsein aus. Karl Heinz Roth, einer der Begründer der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts und einer der ersten deutschen Autonomen, gehört zu den wenigen Ausnahmen, die beide Feststellungen bestätigen. Daß kürzlich gleich zwei Bücher von ihm erschienen sind, die sich mit Rassismus, Arbeiterklasse und deutscher Intelligenz auseinandersetzen, unterstreicht das.

Intelligenz und Sozialpolitik im »Dritten Reich«, Roths Dissertation, ist zweifellos die gewichtigere Arbeit. In ihr untersucht der Autor nicht nur die Tätigkeit des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront, sondern befragt am Beispiel der Auseinandersetzung mit diesem Institut, das die Leitlinien nationalsozialistischer Sozialpolitik maßgeblich beeinflußt hat, auch das Forschungsinteresse bundesdeutscher Geschichtswissenschaftler. Scharf und überzeugend argumentiert er gegen die einst von Ralf Dahrendorf begründete und heute von Rainer Zitelmann aufs äußerste zugespitzte These, derzufolge der Nationalsozialismus der deutschen Gesellschaft einen »Modernisierungs«-Schub verpaßt haben soll. In den Jahren 1933 bis 1945, so Roth, habe es weder eine besondere Beschleunigung des Urbanisierungstempos gegeben noch eine Bildungsexpansion, weder einen Abbau traditioneller Bindungen noch eine Aufweichung der Geschlechterrollen. Die rechtsstaatliche Standardisierung wurde durch polizeistaatliche Willkür ersetzt, und auch die soziale Lage der Arbeiterklasse verbesserte sich nicht. Eine Modernisierung der deutschen Gesellschaft, die anhand nachprüfbarer Indikatoren tatsächlich einen Bruch der »Kontinuität« bedeutete, datiert Roth dagegen auf die 60er Jahre: »Es läßt auf tiefe restaurative Legitimationsbedürfnisse schließen, wenn dieser von den meisten Autorinnen und Autoren selbst miterlebte Umbruch ... in die NS-Zeit als Quasi-Kinderstube zurückverlegt wird.«

Roths Thema ist der Versuch der Intelligenz des Dritten Reiches, die »nationale Dynamik«, die maximale Mobilisierung des Volkes und eine intensivierte Kapitalbildung der Volkswirtschaft, in Gang zu setzen. Ihn beschäftigt die Frage, welche Folgen die Übersetzung der empirischen Erkenntnisse der Sozialplaner in Herrschaftspolitik hatte: »Sie waren sich bewußt, daß sie durch eine zunehmend perfektionierte Enteignung sozialen Wissens zugunsten der politischen Funktionseliten der Diktatur Wissens- und Handlungsebenen eröffneten, die der lohnabhängigen Bevölkerung immer mehr die Voraussetzungen für selbstbestimmtes Handeln und damit die Widerstandsperspektive selbst entzogen.«

Das Belastungsmaterial, das Roth zusammengetragen hat, um die Verantwortlichkeit der wissenschaftlichen Elite für die nationalsozialistische Gesellschaftspolitik, die vor allem Vernichtungspolitik war, zu belegen, ist so beachtlich wie die Disziplin, die er sich bei der Auswertung der in langjähriger Arbeit erschlossenen Quellen auferlegt hat: Roth treibt den nüchternen Ton wissenschaftlicher Arbeit ins Extrem – und fordert so bei der Lektüre die Phantasie und Vorstellungskraft heraus.

Doch so überzeugend es Roth gelungen ist, die »prinzipielle Verantwortungslosigkeit« der auf totale Verwertung und Vernichtung zielenden nazistischen Sozial- und Arbeitspolitik zu belegen, so unbefriedigend bleibt seine knappe Skizze der Motive und Triebkräfte, die diesen rassistischen Gewalt-apparat in Gang gebracht und gehalten haben.

Roth legt ein Entwicklungsmodell nahe, in dem auf »Enteignung sozialen Wissens« durch die »Technokratiebewegung« »stummer Massenprotest gegen die sozialpolitischen Einschränkungen« folgt, auf den das System dann wiederum mit verstärkter Disziplinierung reagiert. Der linksradikale Historiker müht sich, die deutsche Arbeiterklasse der 30er Jahre zu einer »für die Herrschenden kaum mehr kalkulierbaren Größe« zu stilisieren – bleibt dafür die Belege aber weitgehend schuldig. Statt dessen spürt er einfühlsam Haltungen nach, die sich als Protest und Verweigerung interpretieren lassen, und versucht zu zeigen, daß die Verbindung von Demoralisierung aus Zeiten der Depression und Repression, von sozialwissenschaftlich abgesicherter Dissoziierungspolitik und von enormer Leistungsverdichtung dem Proletariat keine andere Wahl gelassen habe, als, wenn überhaupt, »informellen Widerstand« zu leisten. Wäre Roth mit vergleichbarem Engagement daran gegangen, zu erforschen, wie und warum das Kalkül der Nationalsozialisten, »Bezieher kleiner Einkommen ... meist auf Kosten der diskriminierten Bevölkerungsgruppen (Roth erwähnt Juden, Polen und andere ›Fremdvölkische‹,O.T.) ... bei Laune zu halten«, so gut aufgegangen ist – sein Befund über die nur angeblich existierende »Volksgemeinschaft« hätte wohl anders ausfallen müssen.

Wie sehr es in der Beschäftigung mit diesem Thema auf die Wahl der Perspektive ankommt, wird deutlich, schlägt man die Sammlung politischer Texte von Karl Heinz Roth auf: *... und es begann die Zeit der Autonomie*. Schon in früheren, dort dokumentierten Texten – wie der 1978 auf dem Tunix-Kongreß gehaltenen Rede »Neuer Faschismus?« – hat Roth einen

Blick auf den Nationalsozialismus eröffnet, der die Gleichförmigkeit der Unterdrückung in den Vordergrund rückt und nach ausführlicher Befassung mit dem Klassencharakter des Regimes – kein Gedanke dabei an die Vernichtung der Juden – zum ersten Mal Auschwitz erwähnt, um eine Linie zur Repression zu ziehen, der Linksradikale selber ausgesetzt sind: »Zweifellos ist es eine bittere Tatsache, daß der Nationalsozialismus mit riesigen innerdeutschen wie europäischen Überwachungs- und Besatzungsarmeen operiert und Millionen Menschenleben ausgelöscht hat, und zweifellos gibt es das alles heute nicht. Aber weist das allein schon den historischen Bruch aus? ... Ist es ein Zufall, daß gerade wir, die wir zum ersten Mal ernsthaft daran arbeiten, die Massaker von Auschwitz und Treblinka zu begreifen, mehr und mehr am eigenen Körper erfahren, daß die Barbarei fortschwelt? ... Das Überwachen, Desinformieren und Strafen ist heute abstrakter geworden, es ist weniger sichtbar. Aber ist es deshalb qualitativ anders?«

Im Gespräch mit den Herausgeberinnen und Herausgebern, einer Gruppe mit dem an »von unten« erinnernden Namen »Frombeloff«, zeichnet Roth dann ein bemerkenswertes Bild vom wiedervereinigten und sich, wie ich meine, erneut nazifizierenden Deutschland: »Ich meine also, es gibt so etwas wie einen plebejischen oder subproletarischen Rassismus, der sehr ambivalent ist, der dann in der Phase danach von den neofaschistischen Organisationen unterwandert und auch vom Rassismus der Regierung und der Asylgesetzgeber benutzt worden ist, der aber seine eigene Qualität hat und der zunächst einmal mit einer faschistischen Revolte in diesem Sinne nichts zu tun hat.« Die Parteilichkeit Roths für die proletarischen und subproletarischen Massen droht auch hier seine Gesellschaftsanalyse in ein schematisches Oben-Unten zu verkehren – und damit den Volksrassismus seiner nazistischen Komponente zu entledigen. Fatalerweise droht ihm auch seine ökonomistisch orientierte Analyse der bundesdeutschen Regierungspolitik in ähnliche Ergebnisse zu entgleiten: Er entkleidet diese ihrer besonderen Aggressivität und deutet Deutschland zum »normalen« imperialistischen Regime um. Roth behauptet: »Es ist richtig, daß es weitgehend irrelevant ist, ob und wie die BRD jetzt Weltmacht geworden ist, weil sie in einem Kontext agiert, der von den internationalen Finanzmärkten und von 200 Weltkonzernen bestimmt wird.«

Karl Heinz Roth spürt den übergreifenden technokratischen Utopien und den zugrundeliegenden Klassenstrukturen und ökononomischen Kräfteverhältnissen nach – das aber lenkt ihn von der darüber hinausweisenden Dimension der Verbrechen der Deutschen und der Besonderheit, daß sie sich gerade *so* in diesem Land und nicht auf irgendeinem Finanzmarkt abspielten, ebenso ab wie von der Tatsache, daß die Opfer heute wie damals nicht in erster Linie durch ihren ökonomischen Status definiert, sondern Juden, Sinti/Roma, Ausländer oder Behinderte sind.

Es ist bemerkenswert, zu sehen, wie Karl Heinz Roth, der systemkritische Linksradikale, und Götz Aly, der längst staatsloyale Liberale mit wertkonservativem Touch, hier auf gleichem Terrain mit vergleichbaren Schlußfolgerungen paarlaufen. Aly, der die Shoah restlos entziffern und erklären können will, und Roth, der sich auf die Analyse der Gemeinsamkeiten der »internationalen Technokratiebewegung« konzentriert und die Nähe von Nationalsozialismus und »Fordismus« akzentuiert, entwickeln beide eine Sichtweise, der der Nationalsozialismus nur noch als Epoche erscheint. Zwar werden so die real existierenden, mit schlechten, aber gut nachvollziehbaren Gründen lange verleugneten Kontinuitäten herausgestellt, der Preis dafür ist jedoch, daß angesichts der Anbindung an die »internationale Technokratie« bzw. das »internationale Kapital«der Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus vergleichsweise bedeutungslos erscheint. Damit werden aber auch die Folgen, die die Erfahrung, an der planmäßigen Vernichtung beteiligt gewesen zu sein, für das Kollektiv der Täter und Mitläufer hat, analytisch eingeebnet: Nachkriegsdeutschland wird wieder zu einem ganz normalen kapitalistischen Staat. Für Aly ist er als solcher bereits erträglich, für Roth weiterhin zu bekämpfen.

In der aktuellen Situation, in der mit guten Gründen eine Faschisierung, gar Re-Nazifizierung der deutschen Gesellschaft konstatiert werden kann, ist die kritische Auseinandersetzung gerade mit Karl Heinz Roths Arbeiten, die, obwohl sie qualitativ herausragen, doch die für die linke Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus typischen Fehler transportieren, besonders wichtig: Sie kann helfen, diese alten Fehler nicht einfach zu wiederholen. Gerade um das Bedrohliche des Prozesses, mit dem wir augenblicklich konfrontiert sind, zu verstehen, müssen wir uns der Besonderheiten des Nationalsozialismus bewußt sein – und das heißt vor allem, daß die Untersuchung ihren Ausgang bei der Behandlung der unmittelbar gefährdeten Gruppen nehmen muß und nicht bei den objektivierten ökonomischen Faktoren oder der deutschen Arbeiterklasse.

Karl Heinz Roth: Intelligenz und Sozialpolitik im »Dritten Reich«. K.G.Saur 1994, 396 Seiten, 128 Mark.

Frombeloff (Hg.): ... und es begann die Zeit der Autonomie. Politische Texte von Karl Heinz Roth u.a., Verlag Libertäre Assoziation 1994, 330 Seiten, 25 Mark

Oliver Tolmein ist Redakteur der»Jungen Welt«

Konkret 08/94, S. 50

Kurt Pätzold

Gut, daß es nichts kostet

Am 15. Juni ist das Bonner »Haus der Geschichte« eingeweiht worden, ein Museum, in dem die Bundesrepublik ihre Erfolgsgeschichte abfeiert. Der Historiker Kurt Pätzold hat sich darin umgesehen

Bibelfest oder nicht – der Christ, der am 13. Oktober 1982 die Stufen zur Rednertribüne des Deutschen Bundestags hinaufstieg, um seine erste Regierungserklärung vorzulesen, hielt sich jedenfalls an des Jesaja Rat: »Bestelle Dein Haus, denn Du wirst sterben und nicht lebendig bleiben.« Freilich: Er nahm's schöpferisch und nicht sklavisch, und das will sagen, er bestellte sich ein Haus, das »Haus der Geschichte«, das »gewidmet« sein sollte der »Geschichte unseres Staates und der geteilten Nation«.

Die unabgewogene Formulierung leistet dem häßlichen Verdacht Vorschub, es sollte da ein »Staats-Museum« entstehen. So führte der lange Weg von der Idee zur Wirklichkeit nicht nur durch Ausschüsse und Kommissionen, besetzt mit Parlamentariern, Gutachtern, Sachverständigen und solchen, die sich dafür bloß hielten, er mußte immer wieder auch mit Dementis gepflastert werden. Gezielt werde nicht auf »eine Harmonisierung des Geschichtsbewußtseins«, schon gar nicht auf eine »simple Harmonisierung« (der Zusatz läßt stutzen), nicht auf »einseitige Geschichtsbilder« oder gar ein »regierungsamtliches Geschichtsbild«, das es in einer pluralistischen Gesellschaft ohnehin nicht geben könne, und beileibe nicht auf ein »Museum Kohl«.

Beziehungsreich sei der gewählte Standort dennoch, bekannte sein Direktor, eröffne sich doch aus dem Haus ein »herrlicher Blick auf das Bundeskanzleramt«, wenn erst das Gebäude des Bundespresseamtes unter die Abrißbirne gekommen sei. Doch sollte des Besuchers Blick da lange nicht verweilen, sondern sich auf das Hausinnere richten. Und dies wieder nicht in der im Dichterwort beschriebenen Weise, sondern suchend nach sich selbst. Denn das war eine Sorge, die sich früh einstellte, als die Gestaltung des Hauses beraten wurde: Wie könnte sich der Bürger darin wiederfinden? Schon wurde ihm angeraten, was er zu tun habe, hätte er sich vom erwartungsfrohen Besucher in einen glücklichen Finder verwandelt. Er solle sich »selbstkritisch fragen, ob der eingeschlagene Weg der richtige war«. List war vor dem 15. Juni 1994, dem Eröffnungstag, da also auch schon im Spiele, denn das ist ein rechtes Staatsbewußtsein, daß eine sechzehnjährige Schülerin sich nach den viertausend Quadratmetern Ausstellungsfläche »selbstkritisch« befragte, anstatt undankbar nachzudenken, ob die Herrschenden und deren Gefolgschaft in den Jahrzehnten vor ihrer Zeit irgendetwas falsch gemacht hätten, das sie womöglich korrigieren müsse.

Genug der Vorgeschichten, wäre da zwischen die Grundsteinlegung des Museumsbaus und das Richtfest nicht ein Ereignis gefallen, das die ursprüngliche Widmung an die »geteilte Nation« erledigte. Die Verlegenheit schien indessen nicht groß, war doch von vornherein daran gedacht gewesen, die »Schnittstellen« von deutscher Geschichte West und deutscher Geschichte Ost unter Dach und Fach zu bringen. »Schnittstellen« genannt wurden da, ohne den doppeldeutigen Sinn des Begriffs in dieser Verwendung wahrzunehmen, vor allem zwei Daten: der 17. Juni 1953 und der 13. August 1961.

So standen oder lagen die Dinge noch gegen Ende des Jahres 1992. Da machten sich in Sachsen und Brandenburg ähnlich lautende Kritiken hörbar. Der Aufbaustab des Hauses kam nicht umhin, »Vertreter der neuen Bundesländer« (korrekt: Beamte aus Ministerien) zu einer »Gesprächsrunde« einzuladen, und bekam zu hören, daß das Konzept nicht länger haltbar sei, »die DDR durch ›Fenster‹ in den Blick zu nehmen«. Kämen »DDR-Bürger«, hieß es in einem leichthändig geschriebenen Protokoll – wie das fehlende »ehemalige« erkennen läßt – , in diese Ausstellung, »müßten sie sich wie im ›Büßerhemd‹ vorkommen«. Deshalb, so hätte ein Schelm hier einwerfen können, brauchten sie nicht an den Rhein zu kommen, das könnten sie in ihrer engeren Heimat so kostenlos haben wie den Eintritt in das Haus ohne ihre Geschichte.

Solch Schelm war nicht geladen, und die beiden Ostdeutschen quengelten an und für sich schon genug. Es müßten, wagte sich einer von ihnen vor, »auch die Utopien und Hoffnungen sichtbar werden, die die Menschen trotz des Scheiterns der DDR bewegt hätten«. Nun konnte hier freilich ein Museologe billig einwenden, daß sich bei aller Findigkeit Träume wie Utopien schlecht ausstellen lassen. Solch halbherzige Antwort ließ der Mann nicht zu, der den wissenschaftlichen Beirat vertrat. Hermann Weber, vielberufener intimer Kenner der Geschichte der Ostdeutschen, befand »die Bedeutung von Träumen und Utopien in der DDR-Geschichte für gering«. Aus solchem Gedankenholz sind Denker geschnitzt, die sich über Wahlergebnisse zwischen Zinnwald und Kap Arkona wundern.

Treten wir endlich ein, im Ohr noch das Versprechen eines Gestalters der Ausstellung, wonach deren Aussagen »niemals unangemessen eindeutig sein« würden. Wer der Ankündigung geglaubt hat, mag enttäuscht werden. Die Grundaussagen lauten: Die Geschichte der Bundesrepublik ist die Geschichte eines Aufstiegs. Dessen Fundamente bildeten die Westintegration und die Wahl des richtigen politischen Systems. Dessen Motoren aber waren Arbeit und eine Gruppe bedeutender deutscher Politiker, aus der der erste Bundeskanzler noch herausragt. Das ist so angemessen unzweideutig wie das offerierte Gegenbild vom deutschen Staat hinter dem Eisernen Vorhang, von dem ein Kritiker gesagt hat, es diene den

Ausstellungsmachern einzig als Folie, vor der die Erfolgsgeschichte umso augenfälliger sich darstelle. Lassen wir das einen Moment.

Unruhe und Unruhestifter gab es in den Jahrzehnten des glatten Weges, den schon die Innenarchitekten sinnfällig gemacht haben, indem sie dem Besucher nur auf der Strecke in das Jahr 1949 ein Paar Treppenstufen zumuten. Auch politische und wirtschaftliche Krisen blieben nicht aus. Da ist oder scheint nichts weggelassen: nicht die frühen Auseinandersetzungen um »Wiederbewaffnung«, die doch eine Erstbewaffnung war, nicht die Massenaktionen gegen die Stationierung von Atomwaffen, nicht die vor allem von Studenten getragene Bewegung gegen Ende der sechziger Jahre, deren Forderungen etwas unklar bleiben und als deren Ergebnis sinnbildlich im Modell die neugegründete Universität Konstanz erscheinen kann. War es denn das, und wenn es das war, war es das allein?

Das Loch tut sich indessen schon zwei Ebenen tiefer auf, dort, wo sich Auslassungen zur Vor- und Frühgeschichte des Staates Deutschland-West nicht finden, aber doch bemerken lassen. Sie betreffen den Umgang mit der Erblast, die NS-Vergangenheit geheißen wird und nicht etwa NS-Imperialismus, würde doch das allein schon den Gedanken provozieren können, ob es von dieser Spezies etwa andere geschichtliche oder gegenwärtige Ausgaben noch gab oder gibt.

Nein, die Verbrechen dieses mysteriösen NS werden da nicht umschifft. Den an einem der Monitore abrufbaren bewegten Bildern von drei Nürnberger Prozessen, darunter dem gegen Industrielle, sind andere direkt konfroniert, welche in Nahaufnahme in Gesichter von Aufsehern und Aufseherinnen der Konzentrations- und Vernichtungslager blicken lassen. Der hörbare zeitgenössische Begleittext zu den Aufnahmen aus den Gerichtssälen scheint sorgfältig ausgewählt: Es richteten die Sieger über die Verlierer. Doch mag das ein ganz ungerechtfertigter Verdacht sein. Womöglich wollten die Gestalter anhand eines Originaldokuments nur verdeutlichen, wie früh die Diffamierung von Richtern und Urteilen im sich erst herausbildenen demokratischen Gemeinwesen begann. Wollten sie?

Die Frage kehrt wieder und lautet: Was ist nur Gedankenlosigkeit, was auch dem Zeitdruck geschuldet, und worin drückt sich jenes von niemandem verordnete pluralistische Geschichtsbild aus, das »niemals unangemessen eindeutig« angeboten wird? Nahezu 50 Jahre nach dem Ende des Tötens und Mordens geraten die Textschmiede und der Gutachterstab, der zu deren Entwürfen sei-ne Zustimmung gab, in Schwierigkeit, wennes um Zahlenangaben geht. Nicht immerund nicht in jedem Falle. Genau wissen sie, daß bei Kriegsende zunächst etwa 10 Millionen Deutsche sich in Kriegsgefangenschaft befanden. Kommt der Text auf die im Frühjahr 1945 in Deutschland befreiten Kriegsgefangenen, Zwangsverschleppten, Insassen von Lagern und Haftanstalten, so waren es schlicht »Millionen«, und wo die Ermordeten benannt werden, da waren es »viele«. Schlampigkeit? Das gezählte Leid der»Eigenen« und das ungezählte der »Fremden«.

Oder irgendetwas zwischen schlechtem Gewissen und Unbehagen? Darauf könnte kommen, wer – noch im dunkel gehaltenen Eingangsbereich – unter dem Stichwort »Entnazifizierung« liest: »NS-Verbrecher werden hart bestraft; später gehen viele straffrei aus« und sich weitergehend dann fragt, wie es zu solcher Nachsicht denn gekommen ist. Die Frage nimmt er/sie mit ins Freie. Das Thema verschwindet. Kein weiteres Wort über die »Hartbestraften«, von denen nicht wenige rasch wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Kein Wort über deren Rolle im zeitigen Nachkriegsleben der westdeutschen Gesellschaft – ausgenommen die Zurschaustellung einer DDR-Propagandapappe, die ein Zerrbild vom »Klassenfeind« gab. Zweifellos: Die Charakteristik der frühen Bundesrepublik als ein von Faschisten regierter Staat, made in GDR, dient hier bequem dazu, Tatsachen und mit ihnen Fragen an die Geschichte unter den Teppich zu kehren. Später, nur noch an Gräbern abzustattender Dank an Albert Norden und seine Gesellen von der Abteilung Agitation des Zentralkomitees der SED. Vom Nutzen der beendeten Existenz der DDR. Aber das hatten wir schon und »kriegen« wir noch mal.

Die Erblast wollten – es sei ihnen nicht Unrecht getan – die Ausstellungsmacher dennoch nicht billig abwerfen. Sie kommen auf sie, zunächst verschlüsselt, zurück mit Hilfe eines Ausschnitts aus einem Film, der nicht so unpolitisch war wie sein Titel. »Grün ist die Heide«, ein Streifen, in dem Alteingesessene und »Vertriebene« aufeinandertreffen und der in die versöhnlichste Begegnung beider mit Gesang des »Liedes der Schlesier« mündet, hat seinen – mit Verlaub – gedanklichen Höhepunkt erreicht, wenn der Sprecher der »Vertriebenen« sagt, nein eingesteht: »Ich weiß, wir sind ja manchmal auch nicht so gewesen, wie wir hätten sein sollen«, um sogleich fortzufahren, »aber wir sind auch am härtesten bestraft worden«. Das war das Niveau der Selbstkritik, gegen das die Studenten gegen Ende der Sechziger rebellierten. Daß ihnen dieses moralische Verdienst nicht angerechnet wird, sondern der Anstoß zur Konstanzer Universitätsgründung, mag mancher der seinerzeit Beteiligten als eine Gemeinheit empfinden, und es sollte ihm nicht ausgeredet werden. Wichtiger hingegen ist, daß sich darin ein Grundverhältnis zur Massenbewegung ausdrückt, wenn sie sich nicht auf den Gang zur Wahlurne reduziert.

Solche Massenbewegungen, an deren zurückhaltender Darstellung erkannt werden soll, daß sie ihre Ziele niemals erreichten, und aus der nicht zu ersehen ist, wie oft sie die Zeitpläne der Herrschenden durchkreuzten, besaßen Geist und waren mit Geistern von Rang verbündet. Welche Kopfbefindlichkeit aber hat jenen Satz geboren und akzeptiert, der im Kontext zu dem Eichmann- und dem ersten Auschwitz-Prozeß steht: »Heftig umstrittene Theaterstücke über die NS-Zeit heizen die politische Diskussion zusätzlich an«? Dramatiker und Dramaturgen »heizen an«. Da kommt Erinnerung auf an

jene sich durch die Geschichte der Bundesrepublik ziehende Spur, in der sich ein Verhältnis von Geist und Macht auffinden läßt. Es taucht sonst in der Ausstellung nicht weiter auf, und deshalb sei den Endredakteuren gedankt, die in diesem Falle sich zur angemessenen Eindeutigkeit entschlossen, denn ursprünglich hatte der Text unter der Dachzeile »Gegenwärtige Vergangenheit« sachlich-neutral gelautet: »In der politischen Diskussion und auf den Bühnen der Theater findet diese Auseinandersetzung ebenfalls statt.« Das war nun wirklich dem Herrgott keine Kerze und dem Teufel kein Schüreisen.

Später wird des Endes eines Bundestagspräsidenten gedacht. Hochrangige Politiker seien über den Umgang mit der Geschichte gestolpert, wird mitgeteilt. Damit aber soll der mündige Bürger sich nicht beruhigen, sondern sich unter dem Stichwort »Schatten der Vergangenheit« fragen lassen: »Haben 13 Prozent der Bundesbürger ein rechtsextremes Weltbild, wie Untersuchungen erkennen lassen?« Er wird, wieder auf der Adenauer-Allee, das sofort zu überprüfen beginnen, da ihm die Ausstellungsmacher mit ihrem Fragezeichen den Stachel des Zweifels ins Fleisch gesetzt haben. Dabei mag er ein wenig von der großen Plakatwand abgelenkt werden, auf der ihm vor einer Parteizentrale versichert wird: »Jetzt geht's los«. Doch erinnert er sich der eben betrachteten Wahlplakate aus den frühesten Nachkriegszeiten, deren Texte noch nicht auf Fußballplätzen abgehört und irgendwie konkreter waren – bis dem mündigen Bürger soviel Klartext nicht mehr zugemutet werden sollte. Seinerzeit war dem Wähler immerhin noch gesagt worden, wer für die »beste deutsche Schule« eintrat und wer zeitig für die Beseitigung der »Bürger zweiter Klasse« focht, also für das Wahlrecht der aktiven Nazis, denen es anfänglich nicht zugestanden wurde. Das war die Partei, die sich später einen Ritterkreuzträger – pikant übrigens die Kurzdarstellung der Geschichte des EK, ist sein Entwurf doch von einem gewissen Schinkel – zum Vorsitzenden nahm, der ihr später abhanden, zuvor aber in ein Ministeramt kam.

Und jetzt folgt der Seitenblick auf die Geschichte der DDR, sinnig plaziert hinter metallenen Rosten, die Mauer, Stacheldraht, Gefängnisgitter und Schuhabtreter (»Haxen abkratzen!«) in einem symbolisieren. Es war dieser zweite deutsche Staat gekennzeichnet durch Fahnen und Trommeln, Plakate und Plaketten, Orden und Uniformen, Politkitsch jeglicher und Repression alltäglicher und allgegenwärtiger Art. Zudem besaß er einige sich entweder anpassende oder sich abkehrende Intellektuelle, namentlich Schriftsteller. Seine Hinterlassenschaft bestand aus Nahrungsmitteln in unappetitlich-grauen Verpackungen mit Beschriftungen wie »Speisevollsalz«, »Malzkaffee«, »Himbeerdessert« und »Nährgries für Kleinkinder« sowie aus Unmassen von Stasiakten.

Wer in der Überfülle des Gebotenen sich erinnert, dem wird nicht entgehen, daß doch mancher Hinweis zu tieferlotender Analyse gegeben ist. Da heißt es, wo etwas über die Kommandowirtschaft in der DDR zu sehen ist: »In der DDR fehlen Arbeitskräfte. Die SED drängt Frauen deshalb zur Ganztagsarbeit.« Von den Frauen in Deutschland-West indessen wird an gehörig entfernter Stelle mitgeteilt: »Immer mehr sind erwerbstätig. Die Industrie wirbt um ihre Arbeitskraft.« Über solche Unterschiede läßt sich nachdenken, und über die Sprache, die auch ein Verräter ist.

Das führt zum Thema: zu erwartende Beschwerdeführer. Denn es sind in dieser Ausstellung Kräfte und Leute, die die Geschichte der Bundesrepublik permanent oder zeitweilig bestimmt oder doch mitgeprägt haben, ganz oder erheblich zu kurz gekommen. Zuvörderst die Vertriebenenverbände, dann die Industriellen und die Bankiers, gleichermaßen in Persona und als Institution, und die großen Verbände. Klagend sollte sich das Bundesverfassungsgericht bemerkbar machen, das gleichsam beiläufig zu einem Instrument der Exekutive entstellt worden ist. Denn wo nahe am DDR-Rost die 1956 verbotene KPD aufscheint, wurde leichthändig getextet: »Die KPD bekämpft die Politik der Bundesregierung. Mit ihrem Verbot verliert die DDR einen wichtigen Verbündeten im Westen.« Bisher war gelehrt worden, die Partei sei wegen ihrer Verfassungsfeindlichkeit illegalisiert worden. Nun erscheint das Urteil als Bestrafung für Widerstand gegen eine Politik. So läßt sich Schrecken verbreiten. Die Texte seien in ihren Überschriften, erklärt eine »Handreichung« treffend, »auf die Botschaft hin formuliert«. Und der eigentliche Text »holt den Besucher ab«, kaum zu erraten weshalb und wo – »beim visuellen Eindruck«.

Alles in allem: Das Haus ist seit seiner Eröffnung ein Besuchermagnet, mit dem Gang durch die Segmente eines »Rosinenbombers« und dem strahlenden Mercedes-Wagen des Kanzlers, mit dem Kino und der Eisdiele aus vergangener Zeit und vielem anderen, wovon die Tagespresse reiselustigen und neugierigen Bürgern schon einen Vorgeschmack gab. Eine Eintragung auf den ersten Seiten des Besucherbuches versichert das Wiederkommen. Von Kinderhand ist da auch niedergeschrieben: »Gut, daß es nichts kostet.« Da spricht sich Erleichterung über den verschonten schmalen Taschengeldbeutel aus und zugleich ein Irrtum. Mutti und Vati haben beigesteuert zu geplanten und verbrauchten 116 Millionen Deutschmark. Und das ist nicht alles.Was die Geschichtsbilder kosten, die Massen »ergreifen«, stellt sich erfahrungsgemäß immer erst später heraus.

Kurt Pätzold schrieb in KONKRET 2/94 über zwei Neuerscheinungen zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik

Konkret 08/94, S. 54

Kay Sokolowsky

Alle Menschen werden Schwätzer

Hans Meiser und Ilona Christen umschlingen mit ihren nachmittäglichen Talkshows Millionen

Die Macht des Fernsehens: daß alles, was es berührt, seine Würde verliert, daß alles, was in seinen Bann gerät, wie erniedrigt vor uns steht, daß alles, was es zeigt, sich am Ende gleicht – diese Macht ist allen Beteiligten wohl bewußt. Hinter der Bewunderung für jeden, der einen Rest von Anstand und Distanz im Fernsehen zu wahren vermag, lauert dauernd die verächtliche (und berechtigte) Erwartung, dieser Schlaukopf werde sich im nächsten Moment gewaltig zum Affen machen. Die Schadenfreude des Zuschauers, wenn die Leute vor der Kamera sich knochentief blamieren, kommt auch daher, daß er heilfroh ist, selber nicht im Bild zu sein. Der ungeheure Neid auf alle, die es ins Fernsehen geschafft haben, korreliert mit der riesigen Angst, vom Fernsehen erwischt zu werden. Nirgendwo läßt sich blankes Entsetzen besser beobachten als bei Opfern der versteckten Kamera.

Aber natürlich winken die wenigsten ab, wenn das Fernsehen ruft. Denn erstens hat der Bewohner der verwalteten Welt nicht viel Würde zu verlieren übrig, und zweitens steigert ein Auftritt selbst beim mickrigsten Sender den eigenen Marktwert enorm. Und wo es was zu holen gibt, siegt des Bürgers Raffgier über alle Bedenken und Ängste; der Nachschub an Leuten, die sich zum Beispiel für die Gameshow »Geh aufs Ganze« überhaupt nicht zu blöd sind, scheint, nein: ist unerschöpflich. So offensichtlich zumal die Kandidatinnen sich vor Jörg Draeger ekeln, dem fettgefönten Conférencier, so überdeutlich auch signalisieren sie, für egalwelchen Preis zu jedem Scheiß bereit zu sein und wirklich aufs Ganze zu gehn.

Der Macht des Fernsehens, Menschen in Typen und Typen in Deppen zu verwandeln, entgehen selbstverständlich auch die Professionellen nicht. Allerdings haben sie gegen die Laien den enormen Vorteil, sich aussuchen zu können, zu welcher Sorte Pappkameraden sie gehören wollen. Als Handlanger der Macht sind die Moderatoren ziemlich sicher vor Gemeinheiten der Regie und sehen in jedem Fall besser aus als ihre Gäste. Alles können die Showmaster sich erlauben, sogar talentiert dürfen sie sein, solange sie ihr Image nicht antasten. Wenn aber einer wie Gottschalk auf einmal glaubt, er wäre mehr als eine, mit Hermann Piwitts goldenem Wort, »entsetzliche Heiterkeitsmaschine«, glaubt, er müsse jetzt erwachsen werden und wäre berufen, satirisch zu tun wie Schmidt und ironisch wie Küppersbusch, dann nützt ihm nicht mal ein Ex-»Titanic«-Texter als Gagschreiber was: Das Medium zahlt jegliche Überhebung fürchterlich heim. Es verpaßt dem Studio eine sagenhaft billige Dekoration, die das ganze Unternehmen »Late Night« als Trash bloßstellt, und belegt das einstige Lieblingskind mit der denkbar schwersten Strafe: Nicht der Gast, sondern der Host muß den Dummen August geben.

Weil das Fernsehen die Macht hat, jeden Charakter auf eine Maske zu reduzieren, leistet es sich mit Vergnügen den Luxus, »Nonkonformisten« zu fördern. Die fahren edle Grimme-Preise ein, zeichnen den Sender als liberal aus und werden nebenbei schneller vereinnahmt und zu schicken Stänkerern zurechtgestutzt als irgendein Bürgerblatt es fertigbrächte. Roger Willemsens Bemühungen, inmitten des oberkorrupten Programms von Premiere integer zu bleiben, nahmen sich von der ersten Sendung an mehr kokett als heroisch aus und sind mittlerweile nur mehr eine ausgeleierte Masche. Das kommt eben davon, wenn einer zwar *Minima Moralia* gelesen hat, aber denkt, es seien da immer nur die anderen gemeint.

Doch obwohl das Fernsehen sich alles unterwirft, was ihm begegnet, läßt es erstaunlich selten die Sau raus: Eine offen manipulative Veranstaltung wie »Die 100.000 Mark Show« findet keine zwanzig Mal im Jahr statt. Die sadistischen Exzesse der »Gong-Show« tobten sogar nur einige Monate lang über den Schirm. Die werbende Wirtschaft bevorzugt das harmonische Umfeld, die Marktherren haben den gebremsten Terror lieber als den überschnappenden. Also erschufen Helmut Thoma und seine RTL-Knechte erst »Hans Meiser«, dann »Ilona Christen«.

Die Faszination und Attraktion, die das Fernsehen auf jeden, vom Kleinsten und Gemeinsten bis hinauf zu Arno Schmidt, von jeher ausübt, hat sehr viel mit der Überschaubarkeit und Beschaulichkeit, mit der Puppenstubenhaftigkeit der Welt zu tun, die das Schirmbild allein durch seine geringe Größe suggeriert. Und weil nichts näher liegt, als Sendungen zu entwickeln, die den heimeligen Effekt verstärken, den Kosmos zu einer spärlich möblierten Bühne schrumpfen lassen und die Menschheit zu einer Handvoll Damen und Herren darauf, entstanden die Seifenopern und die Talkshows. Noch durch ihre ambitionierten Produkte wie »Talk im Turm« und »Lindenstraße« weht der kleine Geist des Kasperletheaters mit seiner Tendenz zu Gekeif und Gezänk, seiner Sehn-sucht nach einem guten Ende und seiner kindischen Lust, jeden Furz zu kommentieren.

In Talkshows und Seifenopern passiert eigentlich nichts außer Gerede, monströsen Strömen von Gerede. Konflikte und Katastrophen tauchen in diesen Meeren aus Geschwätz nur auf, um etwas Bewegung hinein zu bringen, und wer beim Abspann noch sagen kann, worüber da palavert worden ist, der rät oder schummelt. Ein Nachmittag auf den Privatkanälen, der mit »Springfield Story« beginnt und bei »Hans Meiser« endet, hinterläßt im Kopf vor allem eine Art weißes Rauschen, ein leicht duseliges, aber nicht unwohles Gefühl, und statt an das wohltemperierte Gequassel erinnert man sich halbwegs

präzise nur an die viel grelleren und lauteren Werbeinseln dazwischen. Um diese Wirkung nicht zu gefährden, unterliegen »Ilona Christen« und »Hans Meiser« einigen Direktiven, die aber zugleich der Botschaft kräftig nachhelfen.

Der Ablauf der Show, Kamerapositionen und Montage sind ebenso genormt und fixiert wie das Mobiliar, die Beleuchtung und der gesamplete Jingle vor und nach jedem Werbeblock. Das erlaubt nicht nur die Aufzeichnung mehrerer Sendungen an einem Tag, spart Regieassistenten und gute Techniker. Es erzeugt auch den Seriencharakter, ohne den ein Stammpublikum nicht zu haben ist – das bei Meiser zuletzt im Schnitt gut 2,1 Millionen Abhängige zählte, bei Christen rund 500.000 weniger.

Laut darf es in den Shows nur werden, wenn's was zu lachen oder zu applaudieren gibt; Wutanfälle und wildes Durcheinanderreden haben zu unterbleiben, und sowieso darf nur der den Schnabel aufmachen, den die Moderatoren was gefragt haben. Um bloß keine Schreierei zu provozieren, reden sie mit ihren Gästen, besonders mit den Gestörten, stets wie mit Verbündeten. Heikle Fragen hat die Redaktion vor der Sendung aussortiert, und zu den Standardsätzen Meisers und Christens gehört bei heiklen Antworten: »Ich laß' das jetzt mal so im Raum stehen.«

Streng achtet die Regie darauf, daß die Befragten nie frontal in die Kamera sehen, sondern fest und unverwandt zu den Moderatoren. Das nahezu gläubige Starren der Laien auf Christen und Meiser muß ein Ergebnis von Drill sein ebenso wie von echter Devotion. Die Ehrfurcht, mit der nicht wenige Gäste »Herr Meiser« hauchen, ihr reflexhaftes Grinsen, wenn Christen ihre dürftigen Witze reißt, outen sie als geübte Fans, die es nun endlich selbst in die Show geschafft haben. – Der direkte Blick ins Objektiv aber ist den Moderatoren vorbehalten; und auch ihnen nur dann erlaubt, wenn sie den »lieben Zuschauern« das aktuelle Thema vorstellen oder sich nach der Werbung zurückmelden. Das hat einiges mit den psychischen Deformationen zu tun, die bei Leuten, die ihren Nachmittag vor dem Fernsehgerät verbringen, reichlich ausgeprägt sein dürften: Es nimmt Rücksicht auf die Menschenscheuen und Kontaktschwachen, auf die in ihrer Einsamkeit von Atavismen Übermannten, die jeden Blick in ihre Richtung als Bedrohung empfinden.

Und doch wollen auch sie dabeisein und miterleben, ganz wie die Eigenwerbung der Sender es in äußerster Verlogenheit verspricht. Deshalb werden die Redenden prinzipiell in Nahaufnahme abgebildet, deshalb beschränkt sich die Montage auf das sehr bewährte Verfahren der Seifenoper und schneidet immer brav auf den um, der das Wort hat, und deshalb rührt sich die Kamera, die auf Sendung ist, nicht vom Fleck: »Als säßen Sie daneben!«

Natürlich bleibt es bei der Illusion. Wo Wutausbrüche unerwünscht sind, haben auch Intimitäten nichts verloren. Und die Sprache, die man bei »Hans Meiser« und »Ilona Christen« benutzt, verhindert ohnehin jedes tiefere Bekenntnis schon im Ansatz. In dieser Sprache hat selbst die Elementargrammatik keine Chance (Christen), und dreihundert Vokabeln gehen für einen respektablen Wortschatz durch (Meiser). Es ist die Sprache, die von Brokdorf und Mutlangen aus das Land erobert hat, in der man fortwährend die eigenen Worte kommentiert mit Phrasen wie »Ich will mal so sagen« und es für ein Argument hält, »Ich glaube« mit Emphase auszusprechen. Es ist die Sprache der Toscana-Therapiegruppen, ein Matsch aus Modefloskeln und Füllwörtern, in dem es sich gleichsam automatisch quatschen läßt. Unmöglich, in diesem Idiom konkret zu werden, eine Erfahrung plastisch mitzuteilen oder gar einen Gedanken zu fassen.

Darum greifen alle daneben, die den Erfolg von »Hans Meiser« und »Ilona Christen« in den »reißerischen« Themen suchen. Jeder Gegenstand wird hier planmäßig und in Minutenschnelle von Geschwafel überwuchert; und richtige Hämmer sind »Der Partner aus der Zeitung«, »Frauen reden über Affären« und »Pfusch am Bau« ja nun eben nicht. Die Leute lieben Meiser und Ilona vielleicht am meisten dafür, daß sie ihnen jede Aufregung ersparen. (Und können »Fliege« nicht so recht leiden, weil der, ein gelernter Pfarrer und geborener Windmacher, sich ständig empört und vor lauter heiligem Zorn hinter jedes dritte Wort ein Ausrufezeichen setzt.) Überhaupt geht die moralisch gestrickte Kritik an diesen Shows weit vorbei. Wer ausgerechnet vom flachsten aller Medien Hintergründe, Analysen und den ganzen Menschen erwartet, der hat entweder die letzten dreißig Jahre seinen Apparat nicht eingeschaltet oder ein Buch von Peter Glotz gelesen. Wer Christen und Meiser vorwirft, sie hätten von dem, worüber sie reden, keine Ahnung, der entlarvt sich nicht nur als mieser Klugscheißer, sondern auch selbst als Ahnungsloser. Denn im Puppenstubenuniversum der Show verkörpern die Moderatoren das Volk und seine massive Dummheit bzw. seinen festen Willen zur Halbbildung; und sowieso heißt die Absicht der Shows nicht Information, sondern Sendung.

Die Botschaft aber lautet: »Das Fernsehen ist Dein Kumpel«; und: »Jeder darf mitreden«. Darum wurden die Formate nach den Moderatoren benannt (oder umgekehrt?); deshalb wird nach Kräften vermieden, die Gäste zu blamieren; daher sitzen auf der Bühne immer Amateure und höchstens mal »Promi-Kids« (bei Meiser). Dieser vielleicht dickste Schwindel im Kampf um die Marktanteile funktioniert so gut, die Beschwindelten haben so viel Zutrauen in diese Art Fernsehen gefaßt, daß die Produktion von »Ilona Christen« frische Gesichter getrost per RTL-Videotext suchen kann (und damit überdies den zweiten Teil der Botschaft nach Kräften verwirklicht).

Die Macht des Fernsehens: alles, was ihm in den Kram paßt, mühelos zu absorbieren – dieser Macht hat schon gar nicht die demokratische Idee zu widerstehen vermocht. So findet die große Tradition bürgerlich-liberaler Utopien in »Hans Meiser« und »Ilona Christen« einen besonders bizarren Schluß: Die Gleichheit der Menschen sinkt herab zur Gleichheit in der

Abbildung, die Brüderlichkeit zum Komplizentum mit den Befragten, und frei sind wir zu klatschen oder nicht. Alle Menschen werden Schwätzer, die auf der einen Seite fünf Mann hoch die Bühnensessel füllen, auf der Seite gegenüber stumm ihren Einsatz erwarten. Dazwischen vermitteln die Volksvertreter: ein charmant ergrauter Mann, der berlinert, obwohl er aus Stuttgart stammt; und eine laute Frau, die geschmacklosere Brillen trägt als Elton John, obschon sie offenkundig nicht einmal lesen kann. Und dazu hören wir dauernd diese Geräusche: »Also, ich mein' – dafür muß man einfach dann Verständnis haben, daß jemand sagt, wenn sich diese Erscheinungen so darstellen, wie wir's im Augenblick immer wieder erleben und immer wieder aus verschiedenen Teilen des Landes hören, daß man dann sagt, na nun gut, dann fühl' ich mich hier einfach nicht mehr *wohl*, vor allen Dingen: Ich fühl' mich nicht mehr sicher« (Hans Meiser über Juden in Deutschland).

Kay Sokolowsky schrieb in KONKRET 7/94 über »Die 100.000 Mark Show«

Konkret 08/94, S. 56

Petra Brückner, Korbinian Pfaff, Paul Schwan

Picknick mit dem Führer

Hochsaison im Berchtesgadener Land: Mehr als 320.000 NS-Nostalgiker tummeln sich jährlich im ehemaligen »Führersperrgebiet« am Obersalzberg, um jener »unbeschwerten Zeit« nachzuspüren, als die Deutschen noch an allen Fronten siegten

»Mit Berchtesgaden, dem berg- und seenumschlossenen Kleinod der Alpen, ist eine neue Landschaft in das Geschichtsbewußtsein der Deutschen eingegangen.«
Kulturhistorische Ausstellung Berchtesgaden, 1943

Beeindruckt sind sie alle hier oben. Wovon? »Na, das klotzige Mauerwerk«, »von der Leistung, daß man hier in dieser Höhe noch so einen Bau hinsetzen kann. Und das unter den Bedingungen damals«. »Der hat ja richtig massiv bauen lassen, was es ja heute nimmer gibt.« Der da so massiv hat bauen lassen, ist der Führer gewesen, und die sich da so beeindrucken lassen, stehen 1994 vor dem Kehlsteinhaus, alias Adlerhorst, alias Hitlers Teehaus. Mehr als 320.000 kommen jede Sommersaison hierher, auf den »historischen Aussichtspunkt über dem Berchtesgadener Land«, wie es die örtliche Kurdirektion nennt. Bei schönem Wetter können die Besucherinnen und Besucher das Panorama durch »deutsche Wertoptik« genießen, aber auch bei Nebel finden sich genug, die der Historie dieses Ortes nachspüren. Die Fahrt zum Obersalzberg und von dort aus zum Kehlsteinhaus gehört einfach zum Urlaubsprogramm im Berchtesgadener Land, oder, wie ein Tourist aus Hamburg es ausdrückt: »Erstmal einen Knödel im Adlerhorst essen, und dann sehen wir weiter.« Eine Brauereitafel weist den Weg ins Eva-Braun-Zimmer – zu Schweinebraten mit Knödel.

Vom Parkplatz Hintereck am Obersalzberg fahren im 30-Minuten-Takt Linienbusse auf den Kehlstein. Dort, wo früher das Zentrum des »Führersperrgebiets« war, stauen sich die Menschen vor dem Kartenschalter und an den Souvenierläden. Hier wird die Aufmerksamkeit ganz auf »Historisches« gelenkt. Ein verglaster Schaukasten zeigt den Obersalzberg im Spielzeugformat. Im Holzmodell ist auferstanden, was der Bombenangriff und die Sprengungen nach dem Krieg beseitigten: Hitlers Berghof, Görings Haus, die SS-Kaserne, Bormanns Haus ... Tausende touristischer Zeigefinger suchen an dieser Vitrine nach Orientierung.

Nebenan, im ehemaligen Unterkunftshaus des Reichssicherheitsdienstes, kann gegen fünf Mark ein Teil des drei Kilometer langen Bunkersystems, das den Obersalzberg durchzieht, besichtigt werden. Am Eingang zu diesem unterirdischen Ausflugsziel werden bunte DIN-A4-Broschüren verkauft, die gleichen, die auch in den Andenkenläden ausliegen.

Berchtesgadener Geschichtsschreibung

Wie am Obersalzberg, so kommen wir auch in Bad Reichenhall, Berchtesgaden, in der Ramsau und am Königssee nicht an den Hochglanzbroschüren vorbei. An keinem Andenkenstand oder Souvenierladen, in keinem Buchladen im Berchtesgadener Land fehlen sie, selbst Supermärkte bieten sie an. Ein Dutzend verschiedener Werke präsentieren die »Geschichte des Obersalzbergs im 3. Reich«. Auch Videos zum gleichen Thema sind zu haben.

Marktführend sind die beiden ortsansässigen Verlage Plenk und Fabritius, aber auch Langen-Müller ist an der ortsüblichen Geschichtsschreibung beteiligt. Geschrieben sind die Broschüren von »authentischen Zeitzeugen«. Auf großformatigen Fotos werden Rehe gefüttert, deutsche Schäferhunde und deutsche Kinder getätschelt. Hitler, der Tierfreund, der Kinderfreund, der gute Nachbar. Und immer wieder jubeln begeisterte Menschenmassen – diejenigen zum Beispiel, die im Kraft-durch-Freude-»Volkshotel« selbst in der Nacht noch ihrem Führer nahe sein durften. »Ausgedehnte Spaziergänge und Picknick auf der Bergwiese«, die der Führer während seiner Mußestunden gern unternahm, werden ebenso anschaulich beschrieben wie die »Verbindung privater und politischer Interessen bei einer gemütlichen Plauderstunde, die sich nicht selten bis zum Abendessen ausdehnte«. Die Faszination durch die »gewaltige Natur« modelt die »Faszination der Persönlichkeit Hitlers« zu »monumentaler Größe«.

Diese Inszenierung ist freilich keine Nachkriegserfindung. Bereits 1933 setzt der Pilgertourismus zum Obersalzberg und eine entsprechende Andenkenproduktion ein. Der Obersalzberg hatte rasch seinen festen Platz in der NS-Propaganda: »Saubere Landschaft, Natur, kultivierte Heimatliebe, Tier- und Kinderliebe des ›Führers‹, Menschliches ›abseits vom Alltag‹, hießen die Botschaften, die von Hitler auf dem Obersalzberg handelten ... Die Schranke zwischen der Privatheit der Mächtigen und der Öffentlichkeit schien gefallen« (Ausstellungskatalog: *München, Hauptstadt der Bewegung).* Damals begann die Produktion der Bildbände und Broschüren. Ihre Machart ist bis heute – einschließlich der Fotos und Autoren – die gleiche geblieben. Vom Leibfotografen Hitlers, Heinrich Hoffmann, stammen noch heute die meisten der Bilder, die die Broschüren schmücken.

Den Publikationen der Berchtesgadener Geschichtsschreibung entströmt ein penetranter brauner Mief. Ihr Aufbau ist simpel: Zunächst präsentieren sie die »Faszination des Rätsels Hitler« im »prächtigen Ambiente« eines »einzigartigen Alpenpanoramas«. Die Propagandafotos zeigen eine Bergidylle mit heiteren Menschen. Dann folgt die NS-Erfolgsstory 1933 bis 1939. Von »der Beseitigung der Arbeitslosigkeit mittels Autobahnbau«, »diplomatischem Geschick«, »innen- wie außenpolitischen Erfolgen«, »den berechtigten großdeutschen Interessen« und der Notwendigkeit, »sich aus den Fesseln des Versailler Vertrages zu befreien«, ist die Rede. Mit dem Überfall auf Polen, dem »letzten Objekt der Rückgewinnung ehemals deutscher Gebiete«, bricht die Geschichte dann meistens ab und setzt erst wieder mit dem Leiden der Deutschen bei Kriegsende ein. Die nationalsozialistischen Verbrechen werden mit keinem Wort erwähnt.

Die Plenk KG

Neben Panoramabildbänden, Wanderkarten und Bergführern macht dieser Berchtesgadener Verlag noch immer sein Geld mit dem Führer. Inhaber ist Anton Plenk – er übernahm den Betrieb vom Vater, dem langjährigen Bürgermeister von Berchtesgaden. Das historische Verlagsprogramm umfaßt zahlreiche Titel. Unter anderen: *Der Obersalzberg im 3. Reich; Die Rettung Berchtesgadens und der Fall Göring; Hitler und München; Obersalzberg im Mittelpunkt des Weltgeschehens – Eva Braun, Adolf Hitler und das brennende Berlin.* Autor vieler dieser Schriften ist Dr. Bernhard Frank, ein »noch lebender Zeitzeuge«, der »von den wahren Geschehnissen am Berg und dessen Verstrickung in die Weltpolitik« berichten könne, so die Verlagswerbung. Frank war SS-Kommandant am Obersalzberg. Sein als »Studie« angepriesenes Buch *Geheimnis Kehlstein* ist, wie die Anzeigen in den Schaukästen des Fremdenverkehrsverbandes verkünden, »exklusiv nur am Kehlsteinhaus« erhältlich. Allein die Literaturlisten seiner Schriften sind Programm: Albert Speers *Erinnerungen* (Propyläen, 1969), die Memoiren der Sekretärin Hitlers (Langen Müller, 1985), *Hitler und seine Feldherrn* vom englischen Nazi David Irving (Ullstein, 1975) und Rainer Zitelmanns *Hitler, Selbstverständnis eines Revolutionärs* hat der ehemalige SS-Kommandant zu Rate gezogen.

Das Bestreben des Führers, den Wiederaufstieg Deutschlands friedlich zu betreiben, sei der Versuch einer Quadratur des Kreises gewesen, erklärt Frank im Vorwort seiner Broschüre *Der Obersalzberg im Mittelpunkt des Weltgeschehens*. Sein Wahlversprechen »Arbeit und Brot« habe Hitler jedoch zunächst eingelöst: »In erstaunlich kurzer Frist fingen die Schornsteine wieder an zu rauchen, lohnte sich wieder die Arbeit auf den Äckern.« Aber weder Hitlers »Allmacht« noch seine »Genialität«, mit der er allgemeine Stimmungen in politische Parolen umsetzte – »Novemberverrat, Ausbeutung fleißiger Menschen, Versailler Schanddiktat, Negermusik, entartete Kunst, sexuelle Enthemmung, jüdische Machenschaften« – hätten den zweiten Weltkrieg verhindern können: »Hat beispielsweise die teilweise Mobilmachung der Polen und haben Unterdrückungsmaßnahmen gegen Deutsche in den an Polen abgetretenen Gebieten den Beginn des Krieges, der ein deutsch-polnischer Krieg bleiben sollte, verursacht?«, fragt Frank. Er fragt das nur rhetorisch, denn für ihn steht fest, daß der Überfall auf Polen nur eine Reaktion auf »Ausschreitungen der Polen gegen Deutsche« war. Auch mit dem Angriff auf die Sowjetunion sei man, erklärt des erfahrenen Ostfrontkämpfers Broschüre, Stalin lediglich um Tage zuvorgekommen. Das Ende aber war denn doch unerfreulich: »Eine deutsche Stadt nach der anderen versinkt unter dem Bombenterror der alliierten Bombengeschwader in Schutt und Asche. Ströme von Blut wurden an den Fronten vergossen, Berge von verbrannten und erschlagenen Deutschen liegen in den Städten.«

Bernhard Frank trat 1932 in die SS ein. Kurz nach Kriegsausbruch wurde er nach Breslau verlegt und nahm 1941 am Überfall auf die Sowjetunion teil. 1943 wurde er SS-Kommandeur auf dem Obersalzberg. Seine Überlegungen bei Kriegsende schildert er so: »Nun wußte ich, daß uns keine andere Wahl blieb, als den Kampf im Osten durchzustehen, wir aber keine Gelegenheit auslassen sollten, mit den Westalliierten eine Möglichkeit zum Frieden zu suchen.« »Gegen Rußland kämpfen bis zur letzten Patrone« sei auch sein Motto gewesen. Aber 1945 habe er in Berchtesgaden, um einen »sinnlosen« Kampf zu vermeiden, dann doch gemeinsam mit Landrat Jacob die »ordentliche Übergabe« des Landkreises an die US-Armee betrieben – und gleichzeitig seinen eigenen »geordneten Rückzug« vorbereitet: »Wir richteten in den Bergen Ausweichquartiere ein und statteten diese mit Lebensmittelvorräten aus. Diese Maßnahme erwies sich später als hilfreich, verhalf sie doch so manchem meiner Männer, aber auch Berchtesgadener Bürgern, sich dem Siegesrausch der Eroberer zu entziehen und im Gebirge versteckt ruhigere Tage abzuwarten.«

Auch heute ist Frank nicht allein, die Plenk KG hat ihm weitere Zeitzeugen zur Seite gestellt. Zum Beispiel Max Hartmann. »Aus unpolitischer Sicht ...« sei sein Buch *Die Verwandlung eines Berges unter Martin Bormann – Meine 10 Jahre auf dem Obersalzberg* entstanden. Breiten Raum nimmt darin das Kapitel »Die Kapitulation« ein, in dem von allerlei rüpelhaftem Verhalten die Rede ist: »Der Amerikaner, ein Offizier, reißt dem Bürgermeister die Armbanduhr herunter und steckt sie ein. Das also ist ›Friedenszeremonie‹!« Obwohl der Autor erleben mußte, »daß mein Fahrrad von den Amerikanern einem Polen als Entschädigung für die Hilfe beim Waschen eines Amifahrzeuges geschenkt wurde«, blieb auch in der Niederlage sein Weltbild intakt: »Schändliches Verhalten zeigten fast nur die Farbigen der französischen Besatzungssoldaten.«

Und noch ein »authentischer« Autor: Josef Geiß, der alles »vor Ort aufgezeichnet« hat. Während des zweiten Weltkrieges war er in der Verwaltung der Vereinigten Baufirmen beschäftigt. Gleich nach dem Krieg verfaßte er sein Buch *Obersalzberg – Die Geschichte eines Berges von Judith Platter bis Hitler*, das 1951 erschien. Geiß führte die Bahnhofsbuchhandlung und saß bis zu seinem Tod 1967 für die SPD im Gemeinderat von Berchtesgaden. Bis heute hat sein Werk 15 englische und im Januar 1993 mit einer Sonderausgabe 19 deutsche Auflagen erreicht. Der Text ist im Laufe der Zeit unverändert geblieben, um, wie der Herausgeber erläutert, »Eindrücke oder Geschehnisse durch falsche Interpretation« nicht zu verwischen.

Weil, schreibt Geiß, »über den Obersalzberg ... Geschehnisse erzählt (wurden), die oft ins Unglaubliche gingen«, habe er es unternommen, sein Wissen aus dieser Zeit festzuhalten, »um den Berchtesgadener Gästen ein wahres Bild von den Geschehnissen am Obersalzberg zu vermitteln«. Etwa so: »Bormann (Reichsleiter der NSDAP) war also nicht nur ein Despot und ein unvergleichlicher Ehrgeizling, um seine Hobbies zu verwirklichen, sondern auch ein Mann der Tat, weil er ... viel schuf und so vielen Menschen Arbeit und Brot gab.«

Verlag Fabritius

Silvia Fabritius, Inhaberin einiger größerer Andenkenläden am Königssee und am Obersalzberg, verlegt Broschüren im Eigenverlag. Gedruckt werden sie beim »Berchtesgadener Anzeiger«, dem ortsansässigen Traditionsblatt, das, dürfen wir den Broschüren zumindest in diesem Punkt glauben, bereits vom Führer selbst gelesen wurde, »um auch über örtliche Geschehnisse Bescheid zu wissen«. Von Ernst Baumann und Erwin Fabritius stammt *Obersalzberg – vor und nach der Zerstörung*. Baumann war seit 1926 selbständiger Fotograf in Bad Reichenhall. Zwischen 1932 und 1939 war er Mitarbeiter von Luis Trenker. Im zweiten Weltkrieg wurde er »Kriegsberichter an der Ostfront«, wie er selbst schreibt. Nach mehr als zweijähriger amerikanischer Kriegsgefangenschaft widmet er sich dem Aufbau eines eigenen Fotobetriebs und Ansichtkartenverlags in Bad Reichenhall sowie der Aufbereitung der Geschichte: Seine Bilder »sind es wert, in dieser Zusammenstellung veröffentlicht zu werden«, denn »sie dürften eine wertvolle Dokumentation einer vergangenen Zeit sein«. Eine Marschkolonne deutscher Soldaten vor dem Alpenpanorama macht bereits auf der Titelseite klar, wo's langgehen soll. Auf Seite drei fixiert uns der Führer persönlich, großformatig, vor das Untersbergmassiv plaziert, mit ernstem Blick und Hakenkreuzbinde. Der Text darunter erklärt: »Man erwartete von seiner Regierung die Lösung aller damals anstehenden Probleme, was ihm auch zum Teil kurzfristig gelang. Wiedereinführung der deutschen Wehrmacht – 1935 – Angliederung Österreichs – Frühjahr 1938 – Sudetenland – Herbst 1938.« Auch Eva Braun kann besichtigt werden, mit Schwester und Hund oder mit Kindern auf der Terrasse des Berghofs: »Es war damals noch eine unbeschwerte Zeit mit Siegen an allen Fronten.« Auf zehn Seiten wird »das Wunder« der Reichskanzlei besungen. Sie habe »das großdeutsche Reich grandios zu repräsentieren« gehabt und sei, sehr zum Bedauern der Autoren, im Bombenhagel des zweiten Weltkrieges zerstört worden.

Baumann und Fabritius erinnern daran, daß Deutschland »damals noch von der Maas bis an die Memel reichte und im Nordosten an Litauen grenzte«. Da dürfen die Werke des Bildhauers Arno Breker natürlich nicht fehlen, schließlich konnte »nur das Beste, Künstlerischste, Wertvollste, Teuerste ... für Adolf Hitler und Deutschland gut genug sein«. Und es gab noch mehr vom Besten Deutschlands: »Später gründete man die Waffen-SS, eine Elitetruppe, die mit vielen Divisionen neben der Wehrmacht an allen Fronten kämpfte und zufolge ihrer anerzogenen Ideale eine vorbildliche Kampfkraft hatte.« Auf 15 Seiten stellen die Autoren diese »Elitetruppe« vor: beim Hissen der Fahne »mit den Runen der SS«, beim Exerzieren, beim – von den Autoren fachmännisch kommentierten – Üben am MG: »Beachtlich ist der Schützenwechsel. Schütze 2 bei einer vorbildlichen Flanke über den Schützen 1 – besonders schön bei der rechten Gruppe.« Auch Sport, Kartenstudium und Zielschießen wurden »streng und intensiv« durchgeführt, da man sich ja »auf diese Soldaten im Ernstfall bedenkenlos verlassen können« mußte.

Ende der 80er Jahre hat Frau Fabritius das Familienunternehmen von ihrem Mann übernommen und zeichnet in den neueren Auflagen der braunen Erbauungsschriften alleine verantwortlich, auch für *Obersalzberg, vor und nach der Zerstörung*. Untertitel: »Biographie des III. Reiches – illustriert mit sensationellen Farb- und Schwarz/Weiß-Aufnahmen aus der Hitlerzeit«. Zur Einstimmung soll uns wieder »Adolf Hitler privat« nahegebracht werden. »Der Führer« habe »Menschen verschiedenster Interessengebiete, Offiziere und Wissenschaftler, Männer der Wirtschaft und der Kunst, hohe Parteiführer und alte Kriegskameraden zu sich auf den Obersalzberg« eingeladen. »Unbeschwert und frei von Regierungsgeschäften« habe er sich nur selten »zu einer privaten, gemütlichen Kaffeestunde im Kreise seiner Freunde zusammensetzen« können. Nachkolorierte Fotos sollen den Besuchern des Obersalzbergs »die Atmosphäre dieser persönlichen Räume« ans Herz legen und den »guten Geschmack bei der Einrichtung« beweisen, den ein »bescheidener Charakter bestimmt« habe. Strahlende BDM-Mädchen überreichen Blumen, auf Wunsch Hitlers tragen sie Berchtesgadener Trachtenjacken. Auch für seine Schäferhunde habe der Führer immer wieder Zeit gefunden, aus guten Gründen, wie die Autorin weiß: »Die Mentalität des deutschen Schäferhundes vereinbarte sich sehr gut mit Hitlers Einstellung zum Deutschtum. Kraft, Stärke, Mut und Treue, so gelangte der deutsche Schäferhund zu noch mehr Ruhm und Ansehen.« Es folgen jede Menge Bilder von Begrüßungszeremonien »mit dem damals üblichen Gruß, Heil Hitler, die

rechte Hand halb erhoben«. Auch Albert Speer, »ein begnadeter architektonischer Künstler«, wird von Frau Fabritius vorgestellt. »Als Mann in den besten Jahren schlossen sich für zwanzig Jahre die Gefängnistore von Spandau hinter ihm. Ungebrochen«, tröstet die Autorin, »verließ er mit einundsechzig Jahren die Haftanstalt und schrieb den größten Memoirenerfolg der Nachkriegsgeschichte.«

Obwohl die Deutschen, wie Fabritius versichert, den zweiten Weltkrieg »auch aus Vaterlandstreue und Verteidigung«führten, haben sie doch sehr unter seinen Folgen leiden müssen – vor allem, als er schließlich aus war: »Doch das deutsche Volk hatte noch nicht ausgelitten. Besatzung, Gefangenschaft, Vertreibung, Hunger und Entnazifizierung traten an die Stelle von Polizeiterror, KZs, Fronteinsatz und Bombennächten.«

Alles in allem aber kann Frau Fabritius zu guter Letzt doch eine positive Bilanz ziehen: Im Platterhof, dem in den 30er Jahren zum »Volkshotel« umgebauten KDF-Touristen-Quartier, habe »Frau Änne Fabritius, eine resolute Geschäftsfrau, ein sehr schickes Geschäft mit bodenständigen Andenken, schönen Schnitzereien, volkstümlichen Textilien und so prominenter Kundschaft wie Frau Bormann, Frau Göring, Eva Braun und viele andere« gehabt. Zwar sei »1945 auch dieser Ladenbau zerstört« worden und habe sie »mit ihrem Sohn Erwin wieder ganz klein anfangen« müssen. Doch »zwischen Schutt und Ruinen verkaufte sie von einem alten Küchentisch unter einem geflickten Sonnenschirm Ansichtskarten und selbstgebastelte Souvenirs«. So habe die Familie es geschafft, wieder nach oben zu kommen – die ganz große Familie übrigens auch: »Dank Fleiß und Diplomatie hat das deutsche Volk wieder Ansehen, Rang und Namen erlangt. Nun ist es an der Zeit, die Vergangenheit ruhen zu lassen und Schuldgefühle abzulegen, aber man sollte stets bedenken, nur Arbeit, Toleranz und Frieden führen zum Erfolg.«*

Obersalzberg 1919 – 1945

Zusammen mit Dietrich Eckart, dem Mitbegründer der NSDAP und Schriftleiter des »Völkischen Beobachters«, ist der Führer zum ersten Mal auf den Obersalzberg gekommen. Schnell haben die beiden in dieser Gegend Gleichgesinnte gefunden. Schon 1922 entsteht in Berchtesgaden eine Ortsgruppe der NSDAP. Nach seiner Festungshaft zieht sich Hitler hierher zurück, um *Mein Kampf* abzuschließen. Der Obersalzberg wird zu seinem Landsitz.

Nach 1933 nehmen Hitler und andere Prominente des Dritten Reichs den Obersalzberg vollständig in Besitz. Einige der früheren Eigentümer überlassen den Nazis ihre Grundstücke gerne. Andere, die nicht bereitwillig verkaufen, werden enteignet und ins KZ verschleppt.

Nicht nur der Obersalzberg, der zum NS-Großplanungszentrum wird, sondern der gesamte Landkreis erlebt einen Bauboom. Berchtesgaden erhält neben einer Gebirgsjägerkaserne auch zahlreiche »zivile« Einrichtungen: Kreissparkasse, Finanzamt, Fernsprechbezirksgebäude, ein großes Postamt und einen neuen Bahnhof. Eine Dienststelle der Reichskanzlei wird nach Bischofswiesen verlegt, und über die ganze Region verstreut entstehen neue Zollgebäude. Ganz besonders wird die deutsche Jugend bedacht: Neben einer BDM-Sportschule und einem HJ-Heim entsteht eine Jugendherberge mit 400 Betten – für die organisierten Pilgerfahrten. Bis heute florierenden Baufirmen wie Philipp Holzmann, Leonhard Moll, Sager und Wörner, Herl und Franke, Polensky und Zöllner bescherten diese NS-Bauprogramme ein ungeahntes Geschäft.

Neben Hitlers »Berghof« und den Privatbauten anderer Nazigrößen entstehen am Obersalzberg mehrere Verwaltungs- und Gästehäuser, eine Gärtnerei, eine Theaterhalle und eine SS-Kaserne, insgesamt ein zehn Quadratkilometer großes »Führersperrgebiet«. 27 Kilometer Zaun schützen vor ungebetenen Gästen. Bis 1945 wird am Obersalzberg weiter gebaut: Die beiden NS-Musterwohnsiedlungen »Klaushöhe« und »Buchenhöhe« für linientreue deutsche Angestellte sowie Modellhöfe für den »eroberten Ostraum zwecks mustergültiger Kolonisierung durch arische Bauern« werden hochgezogen und das ganze Gelände schließlich mit einem drei Kilometer langen Bunkersystem untertunnelt.

»Da finden Sie keine Greueltat«

Wer hier gebaut hat, ist nicht einfach zu erfahren. In den braunen Traktaten zum Obersalzberg sind immer nur Sätze zu lesen wie: »Auch während des Krieges waren auf dem Obersalzberg 4.000 Arbeiter und Angestellte, ausgerüstet mit modernsten Maschinen und Arbeitsgeräten und bei bester Verpflegung sowie Freizeitbetreuung, tätig« (*Der Obersalzberg – Brennpunkt der Weltgeschichte*, Verlag Langen Müller). Stutzig machen die »ausländischen Mitarbeiter«, die nebenbei erwähnt werden. Josef Geiß wird in seinem *Obersalzberg – Die Geschichte eines Berges von Judith Platter bis Hitler* etwas deutlicher: »Es gab Razzien in den Barackenlagern durch die SS, und die Arrestbunker füllten sich. Daß es zu Unmenschlichkeiten kam, beweist die Tatsache, daß sich am Ende des Krieges ein Gefängnisverwalter erschoß, weil er befürchten mußte, wegen seiner Taten zur Rechenschaft gezogen zu werden.« Als hätte er sich damit bereits zu weit vorgewagt, setzt Geiß hinzu: »Die Geschichte der Vertreibung Deutscher aus den Ostgebieten kennt so viele und so himmelschreiende Ungerechtigkeiten, daß das, was am Obersalzberg geschah, harmlos erscheinen muß.«

Stutzig geworden, versuchen wir mehr zu erfahren. Auf die Frage nach historischem Material, etwa in Stadtarchiven, antwortet der heutige Landrat Seidl: »Offiziell finden Sie in keiner Kommune was«, und ergänzt: »Auch wenn ich alles

darstelle, was am Obersalzberg war, finden Sie keine Greueltat. Das ist doch das Dilemma!« Im Landkreis finden wir tatsächlich außer den nostalgischen Broschüren kein Material. 1987 fand Ulrich Chaussy für einen Radiobeitrag eine Zeitzeugin, die über den Einsatz von Zwangsarbeitern berichten konnte. Aus Angst vor ihren Nachbarn wollte sie nur anonym aussagen. So bleibt zunächst festzuhalten, daß es am Obersalzberg Barackenlager mit mehreren tausend Zwangsarbeitern gab. Darüber hinaus geht aus dem Archiv der KZ-Gedenkstätte Dachau hervor, daß 1944 am Königssee ein Nebenlager für 120 Häftlinge errichtet wurde. Sie mußten das Haus des SS-Führers Himmler renovieren und ein Schloß für den Großadmiral Dönitz umbauen. Ein weiteres Nebenlager des Konzentrationslagers Dachau war auf der Rückseite des Obersalzbergs errichtet worden, im österreichischen Hallein. Etwa 90 Menschen mußten dort in einem Steinbruch für die Waffen-SS, die Polizei und für das Gebirgsjägerbataillon 6 arbeiten. In der Gemeinde Ainring, in der sich der Flugplatz für die prominenten Besucher des Obersalzbergs befand, waren von 1940 bis 1945 1.100 Personen in einem Zwangsarbeitslager eingesperrt, die zur Arbeit im Rüstungswerk »Annahütte« abkommandiert wurden.

»Der von KZ, Lager und Gestapo geprägten Innenansicht des NS-Reiches steht die architektonische Schauseite der geplanten neuen NS-Zentren gegenüber. Beide Seiten illustrieren nicht nur das Gesicht des Nationalsozialismus, sondern stehen in direktem Zusammenhang, denn das Material für die Großbauten zur Verherrlichung der NS-Macht stammte vielfach aus den Steinbrüchen (Flossenbürg, Groß-Rosen, Natzweiler, Mauthausen) und Ziegeleien (Buchenwald, Neuengamme, Sachsenhausen, Stutthof), in denen KZ-Häftlinge geschunden und ermordet wurden« (Ausstellungskatalog: *Bauen im Nationalsozialismus – Bayern 1933-1945*). Diese Einsicht hat sich im Landkreis Berchtesgaden bis heute nicht durchsetzen können. Dagegen erregte 1949 »ein unvergessener Willkürakt« die Lokalpresse: »Wer ließ Görings Jagdhütte abreißen?«

Flächendeckend war der gesamte Landkreis Berchtesgaden von nationalsozialistischer Infrastruktur erfaßt: Musterwohnsiedlungen, militärische Anlagen, Baracken für Zwangsarbeiter oder Verwaltungs- und Parteizentren. Aber auf einer aktuellen Karte, die sämtliche Gedenkstätten und Mahnmale für die Opfer des Nationalsozialismus verzeichnet, ist die Gegend ein weißer Fleck. Kein Wunder, ist doch der Landrat strikt gegen jede noch so winzige Erinnerungstafel, und auch der Kurdirektor erklärt: »Wir wollen hier ganz bewußt die geschichtliche Aufbereitung nicht in den Vordergrund stellen.« Das überlassen sie anderen.

»Gemeinnützige Zwecke«

Am 25. April 1945 bombardieren britische Flugzeuge den Obersalzberg, vom »Führersperrgebiet« bleiben nur Ruinen. Das gesamte Areal wird im Mai 1945 von der US-Armee beschlagnahmt. Sie baut einige nur leicht beschädigte Gebäude wieder auf und nutzt sie bis heute als »recreation area«. Die Ruinen von Hitlers »Berghof« und die anderen Trümmer, die der Bombenangriff stehenließ, werden 1949 unter Auflagen dem bayerischen Staat übergeben. Es entwickelt sich sofort ein reger Tourismus zu den Ruinen, Reisebüros veranstalten Fahrten, Görings Obersalzberger Hausmeister wirkt als Fremdenführer. Mit dabei die örtliche Filiale des amtlichen bayerischen Reisebüros, damals unter der Leitung von Frau Hippler. Ihr Mann, Fritz Hippler, drehte als »Reichsfilmdramaturg« unter anderem den antisemitischen Propagandafilm »Der ewige Jude«.

1951 findet sich erstmals ein Journalist, der den Obersalzberg-Rummel öffentlich kritisiert. Daraufhin reagieren US-Army und bayrische Staatsregierung. Der damalige Innenminister Högner (SPD) schlägt vor, sämtliche Trümmer am Obersalzberg sowie das unzerstörte Kehlsteinhaus zu sprengen. Das aber wollen die Berchtesgadener auf jeden Fall verhindern, eine »Interessengemeinschaft Berchtesgaden« sammelt 2.600 Unterschriften gegen die Sprengung, und der »Berchtesgadener Anzeiger« setzt sich vehement für die Erhaltung aller Nazi-Überreste ein. »Es handelt sich dabei insbesondere um eine Frage des für unser Land lebenswichtigen Fremdenverkehrs.« Am erfolgreichsten agiert jedoch der seit Mai 1944 amtierende Landrat Jacob. Er handelt aus, daß zwar die Ruinen gesprengt werden, dafür aber das Kehlsteinhaus erhalten bleibt und öffentlich zugänglich wird. »Die Sensation am Berg ist das Kehlstein-Haus. Ich glaube, es wäre töricht, mit dem Kampf für die Ruinen alles zu verpatzen.« Und gegen den Nazitourismus weiß er ein eigenes Mittel: »Ich hab immer gesagt, da schenken wir Münchner Höfbräubier aus, dann kommt schon keine weihevolle Stimmung auf.« Tatsächlich gibt 1952 die US-Army das Kehlsteinhaus frei. Noch im selben Jahr vergnügen sich dort bereits 79.000 Menschen – bei Münchner Bier und bayerischer Kost, die der Alpenverein serviert.

1960 übergibt Bayern dem Landkreis Berchtesgaden das Kehlsteingebiet. Man gründet die Berchtesgadener Landesstiftung, die die Einnahmen aus dem Obersalzberg/Kehlsteintourismus gemeinnützigen Zwecken zuführen soll. Was nach Ablaßhandel aussieht, entpuppt sich als profane Entlastung der Gemeindekassen. Die Stiftung finanziert nämlich ausschließlich Projekte im Landkreis, z. B. Kindergärten und Schwimmbäder. Und das Geschäft läuft nicht schlecht. Die Besucherzahlen steigen von 1961 bis heute von 150.000 auf über 320.000.

Zwischendurch gibt es immer mal wieder Kritik am Nazi-Rummel auf dem Obersalzberg und an den dort vertriebenen Schriften. 1984 ermittelt sogar die Staatsanwaltschaft. Folge: Auf der Broschüre des Fabritius-Verlags *Biographie des III. Reichs* muß das Hakenkreuz, das als Schmuckpunkt hinter der »III« steht, überklebt werden. Bei den folgenden Auflagen

ist es durch einen Punkt ersetzt, sonst ändert sich an dem braunen Traktat nichts. Die Hakenkreuze und SS-Runen im Inneren oder gar der Inhalt der Broschüre stören die Staatsanwaltschaft nicht.

1986 steht die Entscheidung über die Bewerbung Berchtesgadens für die Olympischen Winterspiele 1992 an. Eine Bürgerinitiative gegen Olympia entdeckt den Obersalzberg als Argument und schreibt an das IOC: »Wir appellieren an Sie, vergeben Sie keine Olympischen Spiele, solange in Berchtesgaden gegen Hitler-Nostalgie nicht energisch vorgegangen wird!« Der damalige Kurdirektor verteidigt seine Einnahmequelle. Er findet die kritisierten Heftchen zwar »flach und sicher auch verniedlichend«, kann aber keine Nazipropaganda erkennen. Wegen der Meinungsfreiheit könne er sowieso nichts machen. Im übrigen frage er sich, »warum die Gäste am Obersalzberg so viele dieser Broschüren und seriösen Bücher kaufen. Und warum von denen, die im Besitz derartiger Publikationen sind, keine Beschwerden über deren Inhalt kommen. Lauter Nazis? Oder lauter verklemmte, unmündige Bürger?«

Der SPD-Abgeordente Kurz, Mitglied der Bürgerinitiative gegen Olympia, schreibt 1986 auch an den Bundespräsidenten. Das Bundespräsidialamt erklärt daraufhin: »Daß an Kiosken in Berchtesgaden und am Obersalzberg Schriften zum Verkauf angeboten werden, die sich in einseitiger Weise mit der NS-Zeit und führenden Personen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft befassen, wird von der bayerischen Staatsregierung nicht bestritten.« Es gebe aber keine rechtliche Handhabe, »wenn eine Schrift zwar einseitig, jedoch nicht historisch falsch über geschichtliche Ereignisse berichtet. ... Eine Änderung kann letztlich wohl nur auf kommunaler Ebene herbeigeführt werden.« Die kommunale Ebene aber beruft sich auf die Justiz. Und dabei ist es bis heute geblieben.

Heute ist Martin Seidl für den Obersalzberg zuständig. Und zwar gleich dreifach: als Vorsitzender der Berchtesgadener Landesstiftung, als Vorsitzender des Fremdenverkehrsverbands des Berchtesgadener Landes und als Landrat. Der Berchtesgadener Landesstiftung gehört das Kehlsteinhaus und die dorthin führende Busstrecke, der Fremdenverkehrsverband ist Generalpächter desselben Gebiets, und der Landkreis vermietet das Gelände neben der Busabfahrtsstelle, auf dem die Andenkenläden stehen. Kennt Seidl die Schriften, die dort vertrieben werden? »Ich kann nicht sagen, ich kenne sie. Ich habe mir nicht die Mühe gemacht, jede zu lesen.« Dafür kennt er offenbar Frau Fabritius sehr gut. Er versichert, ihr Broschürenhandel sei durch und durch ideologiefrei. »Das hat überhaupt nichts mit Gesinnung zu tun. Also wirklich nicht. Die macht da ein Geschäft draus, und zwar ein gutes.« Er hat sich von Frau Fabritius ausdrücklich versichern lassen, daß ihre Schriften von der Staatsanwaltschaft geprüft seien. Damit ist die Sache für ihn erledigt. Und überhaupt – was wollen'S?: »Wenn ich einen Bericht über den Obersalzberg mache – entschuldigen'S – dann kann ich halt kein Buidl von am KZ reinbringen, weil's des bei uns net gab.«

***** Über die Auflagen machen die Verlage der Obersalzberg-Literatur, zu denen auch Langen-Müller mit seinem Band *Der Obersalzberg – Brennpunkt der Weltgeschichte* (Verfasser: der »Kriegsberichter« Ernst Baumann, der Nazi-Fotograf Heinrich Hoffmann und Ferdinand Schaffing) gehört, keine Angaben. Anfang der 80er, als Frau Fabritius noch auskunftsfreudiger war, gab sie die Auflage von *Der Obersalzberg vor und nach der Zerstörung* mit 100.000 Stück jährlich an, davon 60.000 in deutsch und je 20.000 in englisch und französisch. Bei inzwischen jährlich 320.000 – 350.000 Besucherinnen und Besuchern, zu 80 Prozent Deutsche, sind die Verkaufszahlen wohl kaum eingebrochen. Am Obersalzberg ist der faschistische Diskurs hegemonial geblieben. Der NS-Propagandabetrieb im Berchtesgadener Land läuft dabei völlig unspektakulär, geprägt von jahrelanger Routine und Normalität.

Petra Brückner, Korbinian Pfaff und Paul Schwan arbeiten als »Text- und Bildmanufaktur München« (PF 221114, 80501 München). Zusammen mit anderen haben sie zuletzt die »Dokumentation gegen den Weltwirtschaftsgipfel (92 in München« herausgegeben

Konkret 08/94, S. 61

Horst Toma□ er

Toma□ ers ehrliches Tagebuch

Des morgens im Intercity Königsee, der einen von Hamburg zum Entspannungsseminar an den Ammersee bringen soll. Das Sportivrad ist im Gepäckwaggon angekettet, denn es ist einem auch schon geschehn, daß sie den Karren aus dem Zug herausgeklaut haben, die Hunde. In Würzburg wird viel umgestiegen, also Kontrollgang. Der Karren ist noch da. Der Zug ruckt wieder an, der Schaffner erkundigt sich nach Zugestiegnen. Hinter mir, im Großraumwaggon, hat ein Mittzwanziger mit zweistöckigem Rucksack Platz genommen. Auf einmal das laute »Ouuuha« des Schaffners, »ja wo woin Sie denn hin, nach Regensburg, ja mei, da fahrn mi net hin, unser nächster Halt ist München-Ost.« Ich dreh mich um und erschaue die blanke Perplexität im Antlitz des auf falschen Zug Gesprungnen, der als Jungakademiker durchgehn könnte und der zu jenem raren Typus von der tragischen Gestalt gehört, dem da, ohne daß er groß zu winseln braucht, aufgeholfen wird.

Jedenfalls, der Schaffner fängt unbeauftragt an, zu dessen Gunsten zu wirbeln, schlägt im Kursbuch nach und sagt schließlich: »Tja, vielleicht kriagn ma ja die Erlaubnis zum Stop in Ingolstadt, weil da steht dann noch der Eilzug nach Regensburg, und da müßtn halt die in Ingolstadt den bloß noch aufhalten, bis wir eingelaufen sind; dann schaffen Sie das noch nach Regensburg.« Der Schaffner geht in sein Dienstabteil, und ich geh ihm nach, weil ich das nicht glauben will, daß der sich für dieses Ichweißnichtwiemirgeschieht-Arschgesicht krumm macht. Aber der ruft tatsächlich in Ingolstadt an und – kriegt die Erlaubnis zum außerfahrplanmäßigen Halt. Sie sichern ihm auch zu, daß der Anschluß nach Regensburg wartet, bis.

Nun sagt er auch noch seinem Lokführer, daß er in Ingolstadt den Stachel reinhaun soll, und kommt mit der frohen Botschaft zurück zu dem Jungschn, daß. Und *der*? Kein Zwanziger, kein Zehner, kein Dank – *nichts.* Dieses macht mich raaasend, und ich reiche ihm ein schriftliches Memo nach hinten: »Mein Herr, diese Riesengefälligkeit des Herrn Konduktörs dünkt mich aber denn doch ein kleines Bakschisch wert!« Und?? Das juvenile Aas lacht, lacht, ja: glucksend! lacht das Aas, als ob nicht er schwer gestört sei, sondern ich einen an der Waffel hätte. Und ich fühle mich als praktizierender Sensibilist *der*maßen düpiert, daß ich gedanklich einen Zaun aufbaue, von welchem herab ich den Streit zu brechen trachte: Entweder du Saukerl mit deiner victimologischen Visage gibst dem Konduktör ein Trinkgeld *für* oder ich geb ihm ein Trinkgeld *gegen* den Halt in Ingolstadt. Aber da ist Ingolstadt itself schon zu sehen, und der »Königsee« stoppt, und der Saukerl steigt aus und hält, gemach-gemach, denn der Eilzug nach Regensburg muß ja auf ihn, den Saukerl, warten, auf den gegenüberliegenden Bahnsteig zu.

Niederlagen sind dies, die noch lange sprachlos machen ...

Prügelstrafe für Rrrrauschgiftdealer? Abba hallo und logo. Hundert pro! Nur, Zöller, *wie* soll das gehn? Wer (oder was?) schlägt, und womit, beziehungsweise mit was? *Wo* wird vollstreckt? Im Gefängnisstudio? Und wer wohnt bei? Der Herr Pfarrer? Der Doktor? Die Gastarbeiterputze, die wegwischt, wenn der Delinquent einmacht? Das sind, ein paar Jahre nach der Bogerschaukel, ganz schön Fragen, mein lieber Zöller, und rasend gern hätt ich da drüber telefoniert mit Ihnen. Aber wie oft ich auch angerufen hab bei Ihnen in Obernburg-Eisenbach die letzten Tage, allerweil war lediglich ihr Töchterl dran und sprach brav vom Bande herab die Schleife: »Grüßgott, lieber Anrufer, leider sind meine Eltern Petronia und Wolfgang Zöller nicht zu erreichen; falls Sie eine Nachricht hinterlassen wollen, sprechen Sie nach dem Pfeifen.« Ich sprach nach dem Pfeifen, daß ich was Hübsches für sie hätte, jedoch sie riefen mich nicht retour, was ich mir nur so erklären kann, daß sie entweder in einem Großstau steckten oder in einer Grußbotschaft an die Nutznießer einer neuen Anlage zur Zurückführung von Scheiße in Trinkwasser. Egal. Zur Sache, und zwar knapp. In vollautomatischen Zeiten wie den unseren kann, da sind wir hoffends d□accord, die Prügelstrafe nur maschinell vollzogen werden. Und zwar, vom Standort Deutschland aus betrachtet, auch nicht mit japanischem oder amerikanischem Gerät, sondern vorzüglich und ausschließlich mit einer heimischen, von solidem deutschen Erfindergeist (ja:) beseelten »Vorrichtung zur körperlichen Züchtigung«, wie sie der deutsche Großerfinder Otto Tuchenhagen 1976 unter der Kennung 2440396 beim Deutschen Patentamt offengelegt hat. Wenn, Zöller, ihr Votum fürs Auspeitschen von Rrrrauschgiftdealern nicht die übliche schäbige populistische Schaumschlägerei ist und Sie es ernst meinen mit der Bastonade und deren Verankerung im Strafrecht, dann kümmern Sie sich (Sie sind doch eh Ingenieur, »Sicherheitsingenieur« sogar) um Herstellung und Vorführung eines Prototypen.

Konkret 08/94, S. 62

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Der Leitartikler der »Tageszeitung« auf der Suche nach der Pointe:

Die Umstandslosigkeit, mit der Biermann den Vater Walter Jens für die Untaten des immerhin vierzigjährigen Sohns Tilman Jens zur Verantwortung zieht, kann man auch mit einem einzigen Begriff ausdrücken: Sippenhaft.

Kann man, sollte man aber nicht, und zwar weder aus Liebe zum Biermann noch aus Unliebe zu dem einen oder anderen Jens, sondern weil Sippenhaft fast der einzige Begriff ist, der auf den Vorgang nicht paßt, denn Sippenhaft bedeutet eine Haft, während der Begriff, auf den der Christian Semler Biermanns Tat umstandslos bringen wollte und nicht konnte, eine Haftung bedeutet und deshalb Sippenhaftung heißt. Zwischen sitzen und haften ist ein Unterschied, den Leitartikler, die an ihren Sitzen haften, leicht übersehen. Wahrlich, es ließe sich mit ihren nichtigen Meinungen leichter leben, wenn man den Verfassern nicht immerfort erklären müßte, was sie eigentlich hatten sagen wollen. Und weil die Aufklärung nur einmal im Monat erscheint, der Dreck aber täglich, kommt einem die »Tageszeitung« immer noch einmal dazwischen:

Der offene Reuebrief, der in einem Nebensatz Familie Jens aus der moralischen Sippenhaft entläßt...

In der Absicht, Semler, der mehr gegen den Biermann ist, eins auszuwischen, hat Semlers Kollege Jörg Lau, der mehr für den Biermann ist, den Unfug zum moralischen Unfug aufgeblasen. Wenn ich nur erriete, was sie ihr angetan hat, die Sippenhaft, der Sippschaft?

Manchmal aber ist, daß sie nicht sagen können, was sie meinen, auch wieder ein Segen, weil auf diese Weise die Wahrheit eine unerhoffte Chance hat. Wegen eines Plakates, das einen grinsenden Skin mit einem brennenden Streichholz zeigte, der von einem Beamten mit Füllfederhalter freundschaftlich umarmt wurde – Aufschrift: »Wir zünden an. Wir schieben ab« – , hat Hamburgs Innensenator Hackmann Strafanzeige erstattet.

Hackmann: Das Plakat suggeriert, daß sich Schreibtischtäter mit Brandstiftern verbrüdern.

Womit Hackmann gesagt hat, daß die Schreibtischtäter sich keineswegs mit den Brandstiftern verbrüdern, sondern fernab von ihnen ihre Taten am Schreibtisch vollbringen.

Letzte Meldung aus Ruanda:

Sehr geehrte Damen und Herren,

die wenigsten Reiter wissen, daß Pferden von der Natur kein Schmerzlaut gegeben ist. Das führt zu dem Mißverständnis, reiterliche Hilfsmittel wie Peitsche, Sporen, Kandare und viele mehr würden dem Pferd keine Schmerzen bereiten. Die Erkenntnis des fehlenden Schmerzlautes ist der Dreh- und Angelpunkt einer neu gegründeten reiterlichen Organisation, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die Ausbildung von Pferd und Reiter in gewaltfreiem Reiten zu fördern und das gewaltfreie Wanderreiten zur harmonischen Einheit von Natur-Tier-Mensch zu popularisieren. Wir bitten Sie, uns in unserem Bemühen durch eine Veröffentlichung zu unterstützen.

Bundesvereinigung für gewaltfreies Reiten e.V.

Da nicht für.

Einer der Erfinder dieser Wissenschaft, der Sprecher der Grünen Ludger Vollmer, hat der Zeitung der Deutschen Bank die Frage »Wo möchten Sie leben«, entsprechend beantwortet:

Als Frosch in meinem Gartenteich.

Dann käme ich dort aber furchtbar gern in kalter Nacht nach ein paar Fäßchen Bier mal vorbei.

Irre ich, wenn ich annehme, einer alternativen Journalistin, die

den Erhalt des Asylrechts in den Zielstaaten der Flüchtlingsströme die eine Seite der Forderungsmedaille

nennen muß, werde dem Verzicht auf dumme Metaphern bei günstiger Gelegenheit den Verzicht auf die Reste des Asylrechts vorziehen? Ich kann ja in vier Wochen mal wieder bei der »TAZ« vorbeikommen und nachsehen. Oder gleich bei »Vogue«.

Ein bißchen schmerzt es noch, wenn irgendein Nonnenmacher in der »Frankfurter Allgemeinen« mit dem Einfall

Was in Korfu, auf der grünen Insel Griechenlands, am ersten Tag des Europäischen Rates unterzeichnet wurde, hat allerhand mit dem Prinzip Hoffnung zu tun,

das opus magnum von Blochzu Blech macht. Aber irgendwie war es das halt schon immer.

Ein stinknormaler deutscher Sportjournalist in einer stinknormalen deutschen Regionalzeitung:

Nicht nur als hervorragender Fußballer sollte Effenberg hier auftreten, sondern auch als Botschafter Deutschlands. Und dann diese obszöne Ge-ste des »doppelten Stinkefingers«. Eine Menschenverachtung gegenüber den deutschen Fans, die jahrelang gespart haben,

um Effenberg die Reise zu bezahlen?

um sich diese Reise als Schlachtenbummler erlauben zu können. Auch gegenüber den amerikanischen Zuschauern, die vielleicht einmal in ihrem Leben das Glück haben, eine deutsche Nationalelf zu sehen, hat er seine eigene Nation »verraten«.

So redet der Mann der Mehrheit, die schweigt und riecht. Gewagtes setzt er in Anführungszeichen – wer weiß was kommt, vielleicht helfen sie einem einmal dabei, es nicht gewesen sein zu müssen. Wer ins Ausland reist, steht im Dienst der Nation, ob die Regierung ihm was dafür bezahlt oder nicht, und hat die Pflicht, sich den respektiven Ausländern, die vielleicht nur ein einziges Mal in ihrem ganzen Leben das Glück finden, Guido Buchwald und Jürgen Kohler Doppelpaß spielen zu sehen, als Botschafter Deutschlands zu begegnen. Wer aber seine Heimat verrät, indem er deutschen Fans zuwinkt, sie könnten ihn mal, begeht das Verbrechen der Menschenverachtung, das als schwerstes seit Ausrufung der Ökopaxie mindestens die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft wenn nicht den Ausschluß aus der Nationalmannschaft auf Lebens- bzw. Hans-Hubert Vogts Amtszeit zur Folge hat.

Nun hat sich der Fronteinsatz der deutschen Medienfrauen doch noch gelohnt:

3. Ehe. ZDF-Star Welser fand ihre Liebe in Sarajevo. Es knisterte über den Wolken. Die ZDF-Lady flog für »Mona Lisa« in einer Bundeswehrmaschine nach Sarajevo – ins Kriegsgebiet. Im Cockpit saß ihr neues Glück: Pilot und Oberstleutnant Klaus Häusler (52). Liebe auf den ersten Blick.

Na, bitte. Wozu so ein serbischer Völkermord denn doch wieder gut ist. Frau Rosh soll bloß den Mut nicht sinken lassen.